

674
ZEITSCHRIFT FÜR

GEO POLITIK

IN

GEMEINSCHAFT UND POLITIK

XXVII. JAHRGANG **12** DEZEMBER 1956

Das Gesetz des Sieges

Steuersystem und Bodenkultur
Christentum und Kommunismus
Kassel - Großstadt am Zonenrand
Friedrich Nietzsche und wir
Vom künftigen deutschen Soldaten

HERAUSGEGEBEN VOM INSTITUT FÜR GEOSKOLOGIE
UND POLITIK / BAD GODESBERG / VERTRIEB DURCH
KURT VOWINCKEL VERLAG HEIDELBERG

Postverlagsort Darmstadt

Zeitschriften
Kardex-Kontrolle

15. JAN. 1957

Hamburgisches
Welt-Wirtschafts-Archiv

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

IN

GEMEINSCHAFT UND POLITIK

XXVII. JAHRGANG · HEFT 12 · 1956

INHALT

	Das Gesetz des Sieges	1
Gemeinschaft und Verfassung		
Heinrich Richard:	Steuersystem und Bodenkultur	5
Ulrich Abraham:	Zum 600. Jahrgedenken des ersten deutschen Reichs- grundgesetzes	11
Volk und Welt		
Johannes Bauer:	Christentum und Kommunismus — Das „Ultimatum Gottes“ im Mißverstehen der westlichen Ideologie	13
Bericht des Instituts:	Weltpolitische Rückschau	19
Georg Jentsch:	Die Kenntnis vom tiefsten Wesen des Gegners	22
Bericht des Instituts:	Auf den Spuren der christlichen Zivilisation	23
Bericht des Instituts:	Halbmond um Israel — Ägypten im Bild — Libanon	24
Selbstbehauptung und Sicherheit		
Alexander Andrae:	Militärische Integration und Gehorsamspflicht	25
Georg Jentsch:	Vom künftigen deutschen Soldaten	28
Mensch und Raum		
Klaus-Eberhard Murawski:	Die Entstehung der Zonengrenze	29
Kurt Fürer:	Kassel — Großstadt im Zonenrandgebiet	33
Kurt Plück:	Hilfeleistungen des Bundes für die Zonenrandgebiete	39
Geist und Tat		
Siegfried Bokelmann:	Indischer Psalm	45
Robert Scholz:	Der Modernismus läuft leer — Zur Lage der Bildkünste	45
Herbert Cysarz:	Die große Lücke in Friedrich Nietzsches Moralkritik	51
Die Schriftleitung:	Verehrter Leser!	55

MITARBEITER

Abraham, Ulrich	Kiel, Hansastraße 6
Andrae, Alexander	General a. D., Wiesbaden, Mainzer Straße 40
Bauer, Johannes	Anschrift über die Schriftleitung
Bokelmann, Siegfried	Augustfehn/Oldenburg
Cysarz, Herbert	Universitätsprofessor, Dr. phil., München
Fürer, Kurt	Dr. jur., Hauptgeschäftsführer der IHK Kassel, Ständeplatz
Jentsch, Georg	Mitarbeiter des Instituts für Geozozoologie und Politik, Bad Godesberg, Römerstraße 11
Murawski, Klaus-Eberhard	Dr. phil., Bonn/Rh., Bundesmin. für gesamtdeutsche Fragen, Am Hofgarten
Plück, Kurt	Dr. phil., Beuel b. Bonn, Elsa-Brandström-Straße 43
Richard, Heinrich	Oberreg.- und -baurat, Bonn, Hohenzollernstraße 40
Scholz, Robert	Fürstfeldbruck/Obb., Ludwigstraße 3

Preis des Einzelheftes: DM 2,30. Vierteljahresbezug: DM 6,50.

Postcheck: Kurt Vowinckel Verlag Ludwigshafen 124 61 / Bank: Süddeutsche Bank, Heidelberg

VERTRIEB: KURT VOWINCKEL VERLAG · HEIDELBERG · SCHMEILWEG 3

Das Gesetz des Sieges

Die Ereignisse in Ungarn waren für die Bundesregierung und ihre Presse zum Signal geworden, um in größter Lautstärke zu verkünden, daß uns jetzt nichts anderes übrig bleibe, als mit allen Mitteln die Rüstung der Bundesrepublik zu verstärken. Das sei der einzige Weg, um uns das ungarische Schicksal zu ersparen.

Diese Auffassung sollte eigentlich durch die Ereignisse selbst Lügen gestraft worden sein. Schließlich haben wir ja alle miterlebt, wie das ungarische Blutopfer gerade dadurch nötig wurde, daß die Freiheitskämpfer durch den Appell an die Waffen den militärisch überlegenen Gegner erst herausforderten. Schließlich mußte man damit rechnen, daß er zurückschlagen würde. Wenn aber einmal Blutopfer entstanden sind, dann gibt es auf der abschüssigen Bahn einer gewaltsamen Auseinandersetzung so lange kein Halt mehr, bis sich wenigstens die eine der beiden Parteien auf andere Möglichkeiten besinnt. Das hätte sie aber auch schon am Beginn tun können. Sie hätte dann sich und dem Gegner Schäden an Gut und Blut erspart und jede mögliche Lösung leichter herbeiführen können als nun.

Wie kommt es zu dieser falschen Lageanalyse der Bundesregierung? Die meisten von denjenigen, die heute die Politik der Bundesregierung bestimmen, haben ein gemeinsames Kennzeichen. Sie sind durch die Woge von 1945 nach oben gespült worden in dem Augenblick, da die Politik der brachialen Gewalt zusammenbrach. Sie haben alle miteinander diesen Zusammenbruch nicht leidvoll erlitten. Sie waren „nicht betroffen“ oder nur „Mitläufer“. Sie haben also die entscheidende innere Wachstumsstufe des deutschen Volkes, die sich naturnotwendig nur im Leiden vollziehen konnte, nicht mitvollzogen. So ist es auch möglich, daß sie heute Grundsätze verkünden, die für das gewandelte Bewußtsein der Geschlagenen von 1945 unannehmbar geworden sind. Was die Bundesregierung heute tut, entspricht dem öffentlichen deutschen Bewußtsein von 1936. Es ist die Tragik der Bonner Regierung, daß sie ihre Maßstäbe von den in der inneren Entwicklung stehengebliebenen Siegermächten bezieht, so daß sie 20 Jahre hinter dem eigenen Volk herhinkt und jetzt dabei ist, bei diesem Volk alle Glaubwürdigkeit zu verlieren.

Noch möchte man sich in Bonn zwar trösten, weil die Meinungsfabriken es bisher immer zustandebrachten, beachtliche Prozentsätze der Bevölkerung im Sinne der Regierung zu beeinflussen. Man sollte aber nicht vergessen, daß die öffentliche Meinung sehr schnell umzuschlagen pflegt, wenn ein System in die Krise kommt.

Als am 7. Mai 1945 der nationalsozialistische Staat zusammenbrach, war damit geschichtlich eine Epoche zu Ende gegangen. Die entfesselte Gewalt der vorangegangenen Jahrzehnte und damit zugleich ein jahrhundertelanger Weg der Freistellung von Einzel- und Gruppenegoismen hatten ihren Scheitelpunkt erreicht. Die Welt sollte frei werden von Furcht und Unterdrückung. Alle sittlich-ethischen Maßstäbe aus drei Jahrtausenden drängten erneut ins Bewußtsein empor, um die völlige Wandlung aller Impulse und Wert-Ebenen vorzubereiten. Es kann kein Zweifel sein, daß diese Hinwendung auf lange verschüttete Bewußtseinsschichten der Menschheit in vielen der Besiegten Wurzel schlug. Gerade sie waren es ja, die soeben die Grenzen der Gewalt am eigenen Leibe erfahren hatten. In ihnen war der Boden gepflügt und bereit, um einen neuen Samen aufzunehmen.

Es vollzog sich an ihnen die Wahrheit des Paracelsus-Wortes: „Der Sieg ist allein dem behalten, der geschlagen wird. Der ungeschlagen davonkommt, was hat er für eine Ehre oder Sieg, dessen er sich berühen mag?“ Wer am Boden liegt, völlig entmachtet und am Ende aller seiner Möglichkeiten, der ist dazu bereit und vielleicht sogar imstande, eine neue Wirklichkeit in der Idee vorwegzunehmen. Hier liegt das Mysterium des Leidens.

Wenn dieser Zusammenbruch so vollständig, so ohne jede nachträgliche Gegenwirkung möglich war, so lag das daran, daß die Idee der Gewalt sich ausgelebt hatte und an sich selbst zerbrochen war. Gleichzeitig war in dieser tiefsten und dunkelsten Nacht der deutschen Geschichte bei den unmittelbar Beteiligten ein neues Licht entzündet und in ihren Herzen ein erlösender Gedanke geboren worden.

In den Jahren um 1945 wurde das innerste Bewußtsein einer vielleicht zahlenmäßig kleinen aber geschichtlich bedeutsamen Menschengruppe verändert. Während die ersten Atombomben neue Zerstörungskräfte ins Spiel brachten, vollzog sich eine Atomspaltung des innersten Bewußtseins in den Herzen derer, die bisher nur Soldaten oder politisch Verantwortliche gewesen waren. Während aber die Atombombe die ganze Welt erschütterte, vollzog sich diese Atomspaltung der Seelen in geheimnisvoller Stille. Das Damaskus-Erlebnis dieser Wandlung ist der Welt bisher noch nicht zum Bewußtsein gebracht worden. Das ist nachzuholen. So sei es hier bekannt.

Damit vollzog sich eine Wandlung, die dazu zwang, eine Umwertung aller Werte vorzunehmen. Was gestern noch für richtig und gut gehalten worden war, das wurde abgetan und dafür das gesucht und befolgt, was gestern noch feindlich schien. Damit rückten die Gewandelten mit einem Mal in die engste Nachbarschaft von Menschen und geistigen Bereichen, die sie vorher nicht verstanden hatten und deshalb glaubten, bekämpfen zu müssen. Sie lösten sich aber dennoch nicht von ihren bisherigen Freunden. Wer kann schließlich einen Verirrten und Blinden allein im Nebel zurücklassen, obwohl er selbst den rechten Weg wiedergefunden hat.

So entstand also hier eine Menschengruppe, die sich aus dem Gewaltdenken befreit hatte, ohne ein Ressentiment gegenüber den Gewalttätigen zu besitzen. Diese Gruppe weiß aus eigener Erfahrung nur zu gut um die innere Zwangsläufigkeit und Eigengesetzlichkeit der Erkenntniswege. Es erlebt sich alles. Gutes Zureden hilft hier nichts. Jede Fehlentwicklung muß ihre innere, unübersteigbare Grenze finden. Erst dann wird sie zurückgenommen.

So sind also die Gewandelten von 1945 ohne Ungeduld, ohne Furcht und ohne Haß.

Bonn sollte jetzt zur Kenntnis nehmen, daß es in Deutschland diese Gruppe von Menschen gibt, die durch die harte Schule des Soldatentums und einer großen politischen Bewegung hindurchgegangen ist und sich der Wiederbewaffnung in beiden Hälften Deutschlands mit allen ihren sittlichen Kräften entgegenstellt. Man kann diese Menschen nicht als feige Pazifisten abtun. Sie waren mit Begeisterung Soldaten. Sie wurden verwundet, an ihrer Seite fielen Brüder und Kameraden. Sie gingen durch die Internierungs- und Gefangenenlager oder lebten jahrelang im Untergrund. Kein Leid, kein Opfer, kein Schrecken ist ihnen unbekannt. Man soll sie auch nicht für politisch harmlos und versponnen halten. Dazu haben sie zu lange Jahre politische Verantwortung getragen und ihre Fehlentscheidungen und

Schwächen auf Heller und Pfennig beglichen. Man soll auch nicht glauben, daß sie die Milchmädchenrechnung unserer Aufrüstungspropagandisten einer Er widerung für wert gehalten hätten. Nicht aus Schwäche oder Resignation haben sie geschwiegen. Es geschah aus der unerschütterlichen Überzeugung, die Geschichte werde nicht dulden, daß man sie so mißverstand. Das Geschwür mußte reif werden. Die Demaskierung sollte erst dann erfolgen, wenn keiner mehr bezweifeln kann, daß dieses System genau dort landen wird, wo diejenigen aufhörten, an deren Stelle sie einst traten. Damit haben sie jedes Recht verwirkt, irgendein Richteramt in Anspruch zu nehmen.

Diese Entwicklung versöhnt und entwaffnet zugleich. Sie stimmt uns fast heiter. Sie aktiviert uns aber auch. Wir haben uns bisher nicht vorgedrängt. In zwölf Jahren der Wandlung lernten wir Zurückhaltung und Würde. Es gibt aber Entwicklungen, in denen man nicht still bleiben darf um des Ganzen willen, in denen man alle Selbstachtung verlieren würde, wenn man sich nicht erwecken ließe.

Dieser Punkt ist jetzt erreicht. Einer Führerschicht, über die die Entwicklung hinweggegangen ist, muß bewußt gemacht werden, daß ihre Zeit zu Ende ist. Vernunft will sich Bahn brechen.

Was ist Vernunft in dieser geschichtlichen Stunde? Die Antwort ergibt sich aus der Tatsache, daß durch die beiden Atomgiganten alle Gewaltmöglichkeiten blockiert sind. Diesen beiden ist jede Entscheidung auf der Gewaltebene auf jeden Fall vorbehalten. Eine solche Entscheidung ist aber in Ost wie in West für uns unannehmbar. In beiden Lagern werden nur Bruchstücke des Menschentums verteidigt. Es würde deshalb nichts nützen, am Ende unbestritten ein solches Bruchstück in Händen zu halten. Es wäre ein Pyrrhus-Sieg. Die Aufgabe heißt vielmehr, aus den beiden großen Bruchstücken der Menschheitsentwicklung endlich ein Ganzes zu formen. Es geht also um einen schöpferischen Versöhnungsprozeß, der, wie alle Versöhnung, nur durch das Zusammenwirken zweier Pole im Geist der Liebe sich vollziehen kann, um das Dritte — den Sohn — zu ermöglichen, der in Zeit und Raum über beide hinausführt. In einem solchen Prozeß hat Gewalt oder Berufung auf die Gewalt nichts zu suchen. Sie hindert den Prozeß nur, der ein Vorgang der Wahrheitsfindung und -verwirklichung ist.

Daß die Bundesregierung das geschichtlich Notwendige nicht in dieser Weise zu deuten vermag, ist bedauerlich für sie. Es wird sie auch niemand zu einer solchen Auffassung zu überreden vermögen, wie die Vergangenheit gezeigt hat. Man ist zu stark in Bonn. „Was groß und stark geworden ist, steht nah am Ende“, sagt Laotse.

Man soll aber wissen, daß wir einer solchen Bundesregierung jede Anerkennung versagen müssen, wenn sie meinen sollte, daß wir uns von ihrer Furcht und Panikmache anstecken lassen müßten. Wir sind vielmehr der Meinung, daß wir Deutsche für alle Zukunft keine Armee mehr brauchen. Die Armee ist nach dem Zweiten Weltkrieg für uns genauso abgetan, wie die Kolonien nach dem Ersten. Kein vernünftiger Mensch wird uns heute noch Kolonien wünschen. Soweit ist bei uns die Wandlung des Bewußtseins schon fortgeschritten. Das geschah, obwohl in dieser Frage unsere westlichen Freunde noch auf dem Standpunkt von 1918 stehen geblieben sind. Dennoch dämmert es langsam auch bei ihnen. An uns aber ist es, das Faktum der Entmachtung von 1945 zum Ausgangspunkt einer umfassenden Erneuerung aller Lebensbereiche zu machen. Es sind

Methoden der staatlichen Selbsterhaltung zu entwickeln, die wirkungsvoller sind als alle Armeen und Atombomben der Welt.

Heute kann man noch sagen, ohne sich lächerlich zu machen, daß es eine Existenzsicherung des Volkes ohne Militär nicht geben kann. In dieser Richtung liegt die Aufgabe, die nicht leichter sein wird als der Aufbau einer Wehrmacht. Unsere Generation wird begreifen lernen, daß die oben genannte Behauptung den gleichen Wahrheitsgehalt hat wie die, daß jemand umkommen wird, der ohne Pistole spazieren geht. So folgern nur Menschen im Verfolgungswahn. Ihnen ist die Gesamtschau der Schöpfungswirklichkeit verloren gegangen. Sie wissen nicht mehr, daß in dieser Welt Gesetze wirksam sind, die eine sittliche Existenz des Menschen nicht nur möglich machen, sondern als Erfüllung des Menschseins geradezu fordern.

Wenn ein ganzes Jahrhundert glaubte, aus der Darwinschen Selektionstheorie die Folgerung rücksichtsloser Durchsetzung des eigenen Lebensrechtes ziehen zu müssen, so sollten wir allmählich lernen, daß Selektion in bezug auf den Menschen nur heißen kann, daß ein Erscheinungsbild verwirklicht werden soll, das sich als Ebenbild Gottes bewährt.

Damit gehört nicht nur der Gewaltverzicht zum Wesensbild der neuen Entwicklung. In allen Bereichen wird an die Stelle eines lebensfeindlichen Dualismus, der das gegnerische Prinzip abwertet, die polare Weltanschauung des mit allem versöhnten Menschen treten müssen. Dieser Mensch steht über dem Streit der Völker, der Rassen, der Klassen und Religionen, der Regierungssysteme und Entwicklungsstufen. Dieser versöhnte Mensch ist niemandem hörig, weil er aus dem Mut zur Armut lebt, der sich in einem jahrelangen Weg am Abgrund entlang zu bewähren vermochte. Dieser Mensch kann auch die eigene Geschichte ohne ängstliche Streichungen und Fälschungen wieder ertragen. Er gründet in den Jahrtausenden und gewinnt damit freien Zugang auch zum Entwicklungsgesetz des Gegners. Sein Platz ist dort, wo einem Schwachen die Kraft zum Erkennen oder zum Durchhalten fehlt. Er teilt sein Brot, auch wenn es das letzte ist, mit dem Hungernden, denn er weiß, wie weh der Hunger tut und daß der neue Tag neue Möglichkeiten bringen wird. Unbestechlich, furchtlos, vertrauend, verzeihend, bescheiden und geduldig, das dünkt uns der Mensch zu sein, wie ihn eine in der Auflösung befindliche Welt heute braucht. Sich auf dieses Leitbild zu verpflichten, scheint uns ein Beitrag zur Lösung der Weltprobleme zu sein, der bisher noch nicht geleistet wurde.

Aus dem deutschen Volk wird aber ein neues Staatsdenken hervordringen, dessen lange und tiefe Wurzeln in die mütterlichen Bereiche der Menschheitsvergangenheit hinabreichen werden. So wird allmählich aus Staat und Volk die gestaltete Nation entstehen. Um die Freiheit zu dieser Entwicklung zu haben, werden wir uns ablösen müssen von den aus der Furcht geborenen Bündnissen in Ost und West. Das deutsche Volk wird als der Freund und Bundesgenosse aller Nachbarn und der übrigen Völker in der Welt seine Geschichte wieder in die eigenen Hände nehmen. Das tiefe Abgleiten in untermenschliche Bereiche, das sich in Deutschland vollzog, erzwingt naturgesetzlich im gleichen politischen Spannungsraum das entsprechende Emporsteigen zum Übermenschlichen. Nur so kann das Vergangene überwunden werden. Nur so wird Geschichte wieder sinnvoll. Nur so wird der Bann gelöst. „Die Wunde schließt der Speer nur, der sie schlug“.

Steuersystem und Bodenkultur

HEINRICH RICHARD

„Es gibt nichts, das die Weisheit und die Klugheit sorgfältiger beachten müssen als die Entscheidung, welchen Anteil man dem Steuerzahler nehmen darf und welchen Anteil man ihm überlassen darf“.

(Esprit des lois Buch XII Kap. 2).

Diese hohe Staatsweisheit *Montesquieu* (1689 bis 1755) sollte jedem Gesetz, das das Steuerwesen betrifft und damit Aufstieg und Niedergang der Wirtschaft beeinflußt, zu Grunde liegen. Aber die Praxis sieht anders aus: der Bürger ist es gewohnt, daß die Steuererhebung die Gütererzeugung stört. Das gilt als so selbstverständlich, daß niemand danach fragt, ob es unbedingt nötig ist, und die geschichtliche Entwicklung scheint ihm recht zu geben. Die Unrentierlichkeit von Unternehmungen, genauer gesagt, von Grundstücken, auf denen Unternehmungen errichtet wurden, als unausbleibliche Folge der geltenden Steuern ist eine alte Erfahrung. Die Extensivierung der Wirtschaft, die in derselben Richtung liegt, wird heute sogar zum System erhoben.

Edmund Rehwinkel, der Präsident der Landwirtschaftskammer in Hannover, empfiehlt sie seinen Bauern:

„Weiten Sie ihren Viehbestand nicht mehr! Seien Sie vor allem nicht so unvorsichtig, die Saubestände zu vermehren; denn die jetzigen Schweinepreise bilden voraussichtlich für längere Zeit eine gute Rente. Der Import von Rindern aus Dänemark verdirbt uns den Markt vollkommen“.

(Der Spiegel Nr. 5/1954).

Die Hungernden, denen das Brot zu teuer ist, haben also kein Recht zu Anklagen, wenn die Ernte in Amerika verfeuert wird. Aber sie haben auch kein Recht zu Anklagen gegen Personen, die heillose Ratschläge erteilen müssen, weil heilsame Ratschläge unterdrückt werden und daher unbekannt bleiben müssen. An warnenden Stimmen vor dieser Entwicklung hat es nie gefehlt. *Mommsen* schildert die Spätzeit der römischen Republik:

„Die ordentlichen Abgaben wurden weit drückender durch die Ungleichheit der Steuerverteilung und durch die verkehrten Hebesysteme als durch ihre Höhe“.

Der große Historiker fährt über das Treiben des berüchtigten Oberfinanzpräsidenten *Verres* fort:

„Während der dreijährigen Verwaltung Siziliens durch *Gaius Verres* sank die Zahl der Ackerwirte in *Leontinoi* von 84 auf 32, in *Motyka* von 187 auf 86, in *Herbita* von 252 auf 120, in *Agyrion* von 250 auf 80, so daß in vier der fruchtbarsten Distrikte Siziliens von hundert Grundbesitzern 59 ihre Äcker lieber brach liegen ließen als sie unter diesem Regiment bestellten“.

(Römische Geschichte III)

Aus *Ciceros* Reden gegen *Verres* wird die Landflucht, die Verödung der Kornkammer Roms besonders klar. Aber der vorsichtige *Cicero* wendet sich nur

gegen die Person des Verbrechers, während er mit einem Bruchteile seiner Tira- den das verbrecherische System hätte treffen und vielleicht hätte beseitigen können. Aber das hätte seine Beamtenlaufbahn gefährdet, und das ist ein Umstand, der noch 2000 Jahre später die besten Gesetzesvorlagen sabotieren kann. Es ist daher nicht unmöglich, daß aus diesen Gründen der Vorsicht noch heute der Bodenertrag, nicht aber der Bodenwert besteuert wird. — *Rothkegel* berichtet über die „außerordentlich unvollkommene Steuerordnung“ des Kaisers *Diokletian* (243 bis 316):

„Infolgedessen war es oft vorgekommen, daß bei jeder Neuveranlagung die Besitzer von Ölplantagen sehr viele ihrer geringwertigen Bäume haben umhauen lassen, da sie dadurch in eine niedrigere Steuerstufe rückten“. (Geschichtliche Entwicklung der Bodenbonitierungen 1950 S. 18).

Man fragt sich nur, warum *Rothkegel* bei seiner Bodenschätzung an der Einbeziehung der Bepflanzungen in die Bemessungsgrundlage festhält. — *Thomas Morus* (1478 bis 1535), der große britische Kanzler und Märtyrer, weist eindringlich auf die Schäden hin, die die Schafzucht auf Waldweiden der Landwirtschaft seiner Heimat zufügt („Utopia“, Reclam S. 30). Ohne die unselige Steuerordnung, die Gebäude und Verbesserungen weit schwerer trifft als den Boden, wären Englands weite Jagdgebiete, wo einst der Bauer seinen Pflug zog, nie möglich geworden. — *Siegfried Passarge* schildert in der Zeitschrift für Geopolitik (1924 S. 691) die Entwicklung Madrids:

„Trotz des glänzenden Hofes im 17. Jahrhundert unter Philipp III. und IV., trotz der rauschenden Feste und der Anwesenheit des reichsten Adels der Erde blieb Madrid ein schmutziges, engstraßiges und elendes Nest. Warum? *Wegen der Steuerpolitik!* Große Häuser wurden mit hohen Abgaben bedacht. Aus Widerspruchsfanatismus baute man deshalb kleine, niedrige Häuschen, die der Volkswitz „Bosheitshäuser“ — *Casas de malicia* — nannte“.

Aber man braucht nicht die Bosheit als Motiv heranzuziehen, um den Mißerfolg einer törichten Steuer zu erklären, die die gesunde Flachbauweise übrigens genau so verhindert wie die Stockwerkshäufung. — Nicht anders zur gleichen Zeit in Venedig:

„So ist es überall: wenn ein Mensch eine Idee hat, die ihm Geld bringt, nimmt es ihm der Staat fort. Wenn ein Bürger tüchtig ist und seine Tüchtigkeit bringt ihm Früchte, nimmt sie ihm der Staat fort. Wenn eine Stadt auf dem Festland einen neuen Wirtschaftszweig eröffnet, muß er verdorren durch Zölle, die zwischen Land und Venedig liegen. Kein noch so tüchtiger Mann kann es hier zu etwas bringen, und darum ist dem Staate nicht mehr zu helfen“. (*Gianfreddo Pisani* in „Königin der Meere“, *Langewiesche* 1940).

Vauban (1633 bis 1707), der große Marschall und Festungsbauer, kennzeichnet die damalige „taille“ in seinem an *Ludwig XIV.* gerichteten „Projet d' une dime Royale“, die nicht mit dem späteren „impôt unique“ der Physiokraten verwechselt werden darf:

„Mancher Bauer, der eine oder zwei Kühe mehr halten könnte, mit denen er seine Stelle und sein Land verbessern würde, sieht sich gezwungen,

sich dieses Vorteils zu berauben; denn sicherlich würde ihn im nächsten Jahre die *taille* überwältigen, wenn er aus jenen Dingen einen Vorteil ziehen würde oder wenn man seine Ernte etwas reichlicher als gewöhnlich sähe Darum läßt er sein wenig Land verderben, indem er es nur halb bearbeitet, aus Furcht, daß man, wenn es bei guter Düngung und Kultur einen vollen Ertrag brächte, dadurch nur veranlaßt würde, ihn mit doppelter *taille* zu belasten". (Zitiert nach *Fengler* „Die Wirtschaftspolitik *Turgots* und seiner Zeitgenossen" 1912 S. 39).

Die Antwort des Sonnenkönigs war höchste Ungnade. Die Allerchristlichste Majestät ließ das Werk des „Rebellen" vom Henker verbrennen, und Frankreichs bester Sohn starb an der Schmach. — Ein Meilenstein in dieser trostlosen Entwicklung, in der die Phrase von „den erprobten alten Steuern" ständig wiederkehrt, ist *Moheaus* Schilderung der „*taille*" kurz vor der großen Revolution:

„Die Steuer ist weniger drückend durch den übertriebenen Hebesatz als durch ihre falsche Verteilung". (*Recherches et considérations sur la population de la France 1778*).

Werner Bosch irrt also, wenn er in „Anlage — und Betriebskapital in der Volkswirtschaft (1951, S. 112) schreibt:

„Die Steuerbelastung als Faktor ist erst in unserem Jahrhundert voll in Erscheinung getreten";

denn ohne die ungleiche Belastung wäre die französische Revolution nie ausgebrochen. Aber die von *Vauban* und anderen bereits vor 250 Jahren gekennzeichneten Mängel der Steuern bestehen heute noch. — In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts heißt es bei *Henry George* über die Verhältnisse in Ägypten:

„Eine von *Mohamed Ali* auf Dattelbäume gelegte Steuer veranlaßte die ägyptischen Fellah, ihre Bäume niederzuschlagen. Aber eine Besteuerung des Bodens von doppelter Höhe gab kein derartiges Resultat".

(„Fortschritt und Armut", Reclam, S. 421).

Tempi passati? Nichts von dem! Die Zeitschrift *Der Steuerzahler* (1955, Nr. 9) berichtet:

„Krank vor Ärger über die Steuern dürften beispielsweise die Bauern dreier fränkischer Dörfer geworden sein, als sie sich kürzlich dazu entschlossen, wertvolle *Baumkulturen* mit mehreren hunderttausend jungen Obstbäumen zusammenzuhauen und Brennholz daraus zu machen. Die Bauern begründeten ihren drastischen Schritt damit, das Finanzamt habe für ihre Grundstücke derart hohe Sätze als Einheitswert festgesetzt, daß die daraus erwachsenden Angaben und Gebühren nicht mehr herausgewirtschaftet werden könnten. Zumal die Preise für Jungbäume in der letzten Zeit gefallen seien, das Finanzamt auf seinen Forderungen in alter Höhe beharre".

Seit Jahrtausenden also dieselbe Tragödie als Folge des Systems, das sich vergebens als weise Finanzpolitik vorstellt: Verödung des Landes! So drängt sich die Vermutung zur Gewißheit auf, daß der engste Zusammenhang besteht zwischen

der Verkarstung der Mittelmeerländer, die noch zur Zeit Homers reiche Wälder trugen, — und dem Steuersystem, das jede Bodenverbesserung unter Strafe stellt!

Eugène Simon, der Kenner des alten, durch fremde Einflüsse nicht verdorbenen China, schildert in der „*Cité chinoise*“ (1864, deutsch 1924) die erstaunliche Gartenwirtschaft der Chinesen, deren uralter Boden unter dieser Pflege immer besser wurde. *Demtschinski* stellte diese „Ackerbeetkultur“ dem Abendlande als Vorbild hin, und *Albert Maximilian Toubeau* vertritt sie in seiner „*Réparation métrique des impôts*“ (1880). Aber der „zivilisierte“ Durchschnittseuropäer fühlt sich, weil er lesen und schreiben kann, dem vermeintlich „rückständigen“ Chinesen himmelhoch überlegen und kommt gar nicht auf den Gedanken, daß er von ihm etwas lernen könnte. — Auch in der Bundesrepublik sind die Zustände kaum besser als anderswo. Nach *Theodor Oberländer* sind 60% der Böden krank, so daß 50% der Lebensmittel eingeführt werden müssen (*Rheinischer Merkur* Nr. 41, 1954). Diese Mißstände werden sich nicht ändern, solange die Gesetzgebung nicht dazu nötigt, den Boden in den Dienst des gesamten Volkes zu stellen. In ihrem tief schürfenden Werke „*Die letzte Chance für eine Zukunft ohne Not*“ (1950) bringt *Annie Francé-Harrar* den wissenschaftlichen Beweis dafür, daß den Rückgang des Bodenertrages seit jeher nicht die Natur verschuldet, sondern unverantwortlicher Raubbau, Habsucht und Kurzsichtigkeit. Es ist zu begrüßen, daß das klar ausgesprochen wird; denn die rein geschichtliche Darstellung führt leicht zu dem Trugschluß, die vorhandenen Schäden seien naturbedingt und daher unabänderlich. Praktischen Wert hat das Studium der Geschichte nur dann, wenn es der Verbesserung mangelhafter Zustände der Gegenwart dient.

In der *Zeitschrift für Weltforstwirtschaft* (1954, Heft 6, S. 208 bis 215) geht Professor *Franz Heske* zahlreichen Ursachen für die Verkarstung des Mittelmeergebietes und des Nahen Ostens nach, nicht zuletzt der berüchtigten Waldweide:

„Von Madrid bis Pakistan sind die Wälder der Ziege geopfert worden“

Aber erfreulicher Weise begnügt sich *Heske* nicht mit dieser bekannten Erklärung. Es leuchtet ein, daß insbesondere die Herren der Welt im Altertum die Macht hatten, mit ihren Ziegen fertig zu werden, wenn sie gewollt hätten. *Heske* sieht tiefer,

„daß die grundlegende Lösung des Problems nicht allein in forstwirtschaftlichen Maßnahmen zu suchen ist, sondern in erster Linie eine Frage sozialer und wirtschaftlicher Politik darstellt“.

Diese Forderung ist nicht an Raum und Zeit gebunden. Sie gilt auch für die Bundesrepublik. Doch unter den vortrefflichen Mitteln, die *Heske* für die Sanierung der Land- und Forstwirtschaft vorschlägt, fehlt das entscheidende: die Bodenwertsteuer! Aus der Fülle der vorgetragenen Zeugnisse folgt der notwendige Schluß, daß ohne die Einbeziehung der Steuerfrage alle Maßnahmen zur Gesundung der Land- und Forstwirtschaft, die, nicht anders als der Städtebau, ein Teil der Gesamtwirtschaft ist, Stückwerk bleiben müssen. Die Natur hat den Boden allen Menschen, allen Völkern gegeben, und daher schadet jede Mißhandlung des Bodens der ganzen Menschheit. Daher wandte sich schon *Plato* im „*Staat*“ gegen die unsinnige Verwüstung der Wälder in Feindesland. Daher ist der friedliche Kampf um die Gesundung des Bodens ein internationales Problem und ein Unterpfand des Völkerfriedens. Wenn der Boden seine Bewohner ernährt, so braucht

man keinen „Erbfeind“ zu erfinden, um dessen Land zu rauben. Daher haben sich die großen Forscher über die Landesgrenzen hinaus gefunden, die in der Besteuerung des Bodens das unfehlbare und einzige Heilmittel erkannten:

Vor allen anderen *Quesnay* (1694 bis 1774):

„Der Grundbesitzer, der Herrscher und das ganze Volk haben ein großes Interesse daran, daß die Steuer unmittelbar und völlig auf die Bodenrente gelegt wird; denn jede andere Form der Erhebung widerspricht der Ordnung der Natur, da sie Erzeugung und Steueraufkommen einschränkt und da die Steuer auf sich selbst zurückfällt.“ (Tableau économique)

Sodann *du Pont de Nemours* (1739 bis 1817):

„Indirekte Steuern, arme Bauern. Arme Bauern, armer Staat. Armer Staat, armer König!“ (De l' origine et des progrès d' une sciene nouvelle 1768, S. 354).

Turgot (1727 bis 1781), der nach *Seligman* „vorsichtigste und bedeutendste unter den Physiokraten“, hätte die französische Revolution verhindert, wenn ihn nicht der Eigennutz der privilegierten Klassen — zum Entsetzen *Voltaire's* — gestürzt hätte. In England begründete *Ricardo* (1772 bis 1823) in seinen „Grundsätzen der Volkswirtschaft und der Besteuerung“ dieselbe Theorie, die nach *Weinberger*

„vergeblicher Kritik zum Trotz, unerschüttert geblieben ist“. (Handwörterbuch der Staatswissenschaften 4. Aufl. Art. „Grundrente“).

Am tiefsten drang der deutsche Landwirt *J. H. von Thünen* (1783 bis 1850), dessen unsterblicher „Isolierter Staat“ nach *W. Roscher* dazu berufen ist, die Volkswirtschaft wieder aufzurichten, wenn sie jemals sinken sollte. Mit aller wünschenswerten Deutlichkeit schreibt er über die „Landrente“ (Bodenrente): (§ 5a):

„Was nach Abzug der Zinsen vom Wert der Gebäude, des Holzbestandes, der Einzäunungen und überhaupt aller Wertgegenstände, die vom Boden getrennt werden können, von den Gutseinkünften noch übrig bleibt und somit dem Boden an sich gehört, nenne ich *Landrente*“.

Eine Steuer von dieser Landrente (Bodenrente) ist natürlich unvereinbar mit dem zur Zeit geltenden „Einheitswert“, der die Bodenverbesserungen, Bepflanzungen usw. in die Bemessungsgrundlage einschließt und damit subjektive, vom Menschen geschaffene Werte erfaßt, während vernünftiger Weise objektive, von der Natur geschaffene Werte erfaßt werden sollten! Darum sagt *Thünen*, der seine Lehre an der Landwirtschaft entwickelt, in § 38:

„Bei der Verschiedenheit von Tätigkeit und Kenntnis, womit die Landwirtschaft betrieben wird, können zwei Güter von gleicher Lage und gleichem Boden doch einen sehr verschiedenen Reinertrag (Gesamtertrag) geben; aber man kann deshalb dem schlecht bewirtschafteten Gut keine geringere Landrente beimessen als dem anderen Gut. Der Unterschied rührt bloß von der Persönlichkeit des Bewirtschafters her und verschwindet wieder, sobald der Bewirtschafter durch einen anderen ersetzt wird. Nur das Dauernde an einem Gute, die Lage und der Boden, nicht das Zu-

fällige und Vergängliche, die Person des Landwirtes, kann den Wert und die Landrente eines Gutes bestimmen“.

Daraus folgt zunächst, daß nach Abzug der Bebauungen und Verbesserungen vom möglichen Ertrage der Boden in seinem Naturzustande offenbar wird und daß es keinen Wesensunterschied zwischen städtischer und ländlicher Bodenrente gibt; beide sind vielmehr nur dem Grade nach unterschieden. Daraus folgt ferner:

Es kann keine Steuer vom reinen Boden geben, die für die Stadt gut, für das Land aber schlecht ist!

Wenn man von den drei einzigen Produktionsfaktoren: Boden, Arbeit und Kapital die vermehrbaren Posten Arbeit und Kapital steigern will, so muß man den unvermehrten Boden belasten, nicht aber dessen Bebauung! Wie ist die Wirkung einer solchen Steuer nach *Thünen* (§ 38)?

„Diese Abgabe kann so wenig auf die Ausdehnung der Kultur, als auf die Bevölkerung, die Anwendung des Kapitals die Quantität der erzeugten Produkte einen nachteiligen Einfluß äußern; ja, wenn die ganze Landrente von der Abgabe hinweggenommen würde, bliebe die Kultur des Bodens dennoch, wie sie gewesen ist“.

Es dürfte höchste Zeit sein, daß man sich wieder auf die Grundsätze *Thürens* besinnt; denn weder Theorie noch Praxis denkt daran, nur den Boden zu besteuern! Diese Art der Steuererhebung sichert zugleich das denkbar höchste Steueraufkommen; denn jede andere Art der Erhebung über Lohn und Einkommen, über Umsatz und Verbrauch, über Preis und Kapital usw. schränkt Nachfrage und damit Erzeugung ein. Die einzige Steuer vom Boden, die schrittweise im Laufe von zehn Jahren erreichbar ist, schafft zugleich die Garantie für die Beständigkeit der Preise und der Währung, deren Sicherheit sogar an führender Stelle, wenige Jahre nach Ihrer Gründung, zweifelhaft geworden ist. Will der Staat mehr erzwingen, so will er über seine Verhältnisse leben, und das kann er ebenso wenig wie ein Privatmann. Durch eine schleichende Inflation, die der Bürger nicht sogleich entdeckt, obgleich die steigenden Preise laufend darauf hinweisen, kann der Staat sich eine Zeit lang darüber täuschen, aber das Ende mit Schrecken ist unausbleiblich. — *Jean Baptiste Say* (1767—1832) rühmt die englische land tax von 1692:

„Damit werden landwirtschaftliche Meliorationen angeregt, Vernachlässigungen unter Strafe gestellt“. (*Handwörterbuch der Staatswissenschaften*, Art. „Überwälzung der Steuern“).

Im Jahre 1692 betrug der Anteil des Bodens an allen Steuern etwa 80%, und vor der Einführung der Magna Charta Libertatum, der ältesten Verfassungs-urkunde Englands von 1215, 100%! Unter dem Einfluß des Amerikaners *Henry George* (1839 bis 1897), der in seinem tiefen Werke „Fortschritt und Armut“, zu denselben Forderungen kommt wie seine ihm unbekannten Vorgänger, ist man in den USA und in Teilen des britischen Empires mit dieser Steuer vorangegangen. Aber da man sie auf die Gemeinden beschränkte, verbaute man sich die Lösung des Problems in großer Form. — Anders in Dänemark, wo der Bauernführer *Sophus Berthelsen* die Trennung von Boden und Bauwerk und ihre getrennte Besteuerung mit dem Schwergewicht auf den Boden durchsetzte. Die von Fehlern im einzelnen nicht freien dänischen Gesetze können hier nicht geschildert werden. Nur so viel sei angedeutet: die Reform trug dazu bei, den Wohnungsbau so

zu fördern, daß er dem zehn mal so großen Frankreich gleich kam und daß die dänische Landwirtschaft, die *Rehwinkel* besorgt macht, an der Spitze der Welt steht. Das bestätigte der dänische Finanzminister Professor *Kristensen* am 2. 2. 1954 in der Universität Bonn:

„Die Landwirtschaft in Dänemark ist leistungsfähiger als in den meisten Ländern Europas. Wir sind gezwungen, die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse niedrig zu halten, und darum wenden wir die besten Methoden an“.

Ein solches Verfahren dürfte wirksamer sein als die Drosselung der Erzeugung! — Entscheidend ist also, wie auch *Aereboe* in seiner „Agrarpolitik“ (S. 389) betont, daß die Ertragsmöglichkeit, nicht aber der tatsächliche Ertrag besteuert wird. Dann kann der Boden nicht ungenutzt bleiben. Dann können im Zuge der Reform die geltenden wirtschaftsfeindlichen Steuern verschwinden, die nach *Carl C. Plehn*

„einer klebrigen Masse von Schusterpech gleichen, von der überall etwas hängen bleibt“. (Introduction to Public Finance New York 1914).

Dann wird auch *Grabower* widerlegt, der in offensichtlicher Unkenntnis der Bodenwertsteuer behauptet:

„Die wirtschaftlich unerfreuliche Tatsache der Preissteigerung ist mit jeder steuerlichen Belastung verbunden“. („Geschichte der Umsatzsteuer“, S. 233).

Denn dieses Urteil ist absolut unzutreffend für die Bodenwertsteuer. Dann wird die Steuer vom Feind zum Freunde der Arbeit, des Sparsinnes, der Kapitalbildung in jeder Form, zum Freund der Wirtschaft und des ganzen Volkes. Dann wird der Fortschritt der Kultur in Stadt und Land nicht mehr gehemmt, sondern gefördert.

Der viel gehörte Ruf nach Steuersenkung zeugt nicht von tiefem Eindringen in den Kern der Dinge. Wenn eine hohe Steuer schlecht ist, so wird sie nicht dadurch gut, daß sie gesenkt wird. Zudem sind schädlich bestehende Steuern nur dann abzubauen, wenn man sie durch eine andere Art der Besteuerung ersetzt.

Die Natur schweigt, aber sie rächt sich, wenn sie mißhandelt wird. Ihr Wille ist nicht nur in der verödeten Landschaft ganzer Erdteile, sondern auch in der Gesellschaftsordnung erkennbar. Beide sind weit näher miteinander verwandt, als es dem oberflächlichen Betrachter scheinen mag. Beide unterliegen im höchsten Maße der Gestaltung durch den Menschen, und beide entarten, wenn die Werke des Menschen dem Willen der Natur widersprechen, weil, wie *Goethe* sagt,

„die Natur immer recht hat und der Irrtum bloß auf der Seite des Menschen sein kann“.

Zum 600. Jahrgedenken des ersten deutschen Reichsgrundgesetzes

Im Jahre 1356 erließ Karl IV. nach abgehaltener Reichsversammlung zu Nürnberg jenes wichtige Reichsgesetz, das seit 1431 den Namen „Goldene Bulle“ führt und in seinen Grundbestimmungen über die Kaiserwahl und die Sonderstellung der Kurfürsten bis zur Auflösung des Reiches im Jahre 1806 rechtsgültig blieb. Da sich Er-

gänzungen und weitere Ausführungen sehr bald als notwendig erwiesen, wurde auf einem zweiten Reichstag im November desselben Jahres zu Metz das Gesetz endgültig abgeschlossen und darauf zu einem einheitlichen Werk zusammengefaßt. Als solches erhielt jeder Kurfürst eine Originalausfertigung, worin sich rein äußerlich

bereits die nunmehr gesetzlich festgelegte Sonderstellung der Kurfürstenwürde ausdrückte. Die Siebenzahl der Kurfürsten, die sich im Laufe der Zeit bei den deutschen Königswahlen herausgebildet hatte, fand jetzt ihre gesetzliche Anerkennung. Gleichzeitig gewährte die Goldene Bulle, die im ganzen nur eine Festsetzung althergebrachter Reichsgewohnheiten war, den Kurfürsten neben dem ausschließlichen Recht der Kaiserwahl verschiedene Sonderrechte. Diese Sonderstellung der ersten Fürsten des Reiches kommt auf den ersten Blick nicht nur einer Anerkennung, sondern einer entschiedenen Festigung des deutschen Partikularismus gleich. Sie wollte, leider unter Duldung der weiteren Sonderung der Territorien, das Reich vor der Staatsallmacht eines — modern gesprochen — autoritären Kaisertums bewahren und ließ den Kaiser als primus inter pares letzten Endes nur eines schiedsrichterlichen Amtes walten.

Es wird dabei leicht übersehen, daß man gleichzeitig versuchte, die Kurfürsten zu entscheidenden Trägern des Imperiums zu machen. Die Goldene Bulle nennt sie geradezu die Grundsäulen und Vormauern des Reiches. Ihre Verantwortlichkeit für das Reich zeigt sich dementsprechend in dem alleinigen Recht der Kaiserwahl —, dem Kurpfalz und Sachsen übertragenen Reichsvikariat und ihrer Verpflichtung, in allen Angelegenheiten der Hoheit des Kaisers beizustehen. Zur Königswahl ist den Kurfürsten oder ihren Botschaftern sicheres Geleit zu gewähren. Bei Nichtbefolgung steht Strafe des Meineides und Verwirkung aller Lehen aus. Meuterei gegen einen Kurfürsten oder beabsichtigte Ermordung desselben wird mit Schwerthinnrichtung bestraft.

Bei all den Schwächen einer Wahlmonarchie, wie sie sich nun einmal im Laufe der deutschen Geschichte entgegen der Tendenz der Vererblichung der Lehen entwickelt hatte, hat die Goldene Bulle trotz vieler Mängel dem Reich durch Jahrhunderte den gesetzlichen Grund gegeben, der jene unglücklichen Doppelwahlen unmöglich machte, die das Reich seit 1198 in so unheilvolle Bürgerkriege verwickelt hatte. Ebenso wurde durch ein völliges Übergehen der Erwähnung des Papstes jeder Einfluß der Kurie bei der Kaiserwahl ein für allemal ausgeschlossen.

Ferner blieb der universalistische Charakter des Reiches bis zu seinem Untergange im Jahre 1806 gewahrt. Die alte ehrwürdige Einrichtung des Sacrum Imperium, als rudimentäres Gebilde in die Neuzeit hinein-

ragend, hatte nichts zu tun mit der Auffassung eines nationalen oder völkischen Staates des 19. oder 20. Jahrhunderts. Es gab trotz des überstarken Gewichts des deutschen Volkstums in dem ersten Kaiserreich keine „Staatsnation“. Es wurde als selbstverständlich hingenommen, daß auch andere Sprachen ihr Eigenrecht innerhalb der Reichsgrenzen hatten. Gewiß, die deutsche Sprache erwarb den Vorrang als Verkehrssprache. Aber die anderen standen gleichberechtigt daneben, wie auch Sitte und Recht anderer Volksteile voll anerkannt wurden.

Aus dieser Staatsauffassung heraus machte die Goldene Bulle es den Kurfürsten zur Pflicht, ihre Söhne oder Erben und Nachfolger vom 7. Lebensjahre an in der lateinischen Sprache, die neben dem Deutschen bis zum Anfang des 18. Jahrhunderts immer noch als der „reichshergebrachte Stil“ galt, wie in der italienischen und wendischen Sprache unterrichten zu lassen. Ausdrücklich hieß es, daß die Macht des Heiligen Römischen Reiches sich auf verschiedene Völker mit unterschiedlichen Sitten, Sprachen, Satzungen und Rechten erstreckte und es deswegen als notwendig angesehen werde, daß die Kurfürsten als des Reiches Grundsäulen alle verstehen müßten und von allen verstanden werden sollten. An eine Germanisierung fremder Volksteile im Sinne des späteren Nationalstaates dachte man damals nicht.

So gesehen, bedeutete der Erlaß der Goldenen Bulle den Beginn einer festen Ordnung der Reichsverhältnisse, die das Herkömmliche zum Gesetz erhob. Es war ein Verhängnis der deutschen Geschichte, daß dieser Ansatz einer Verfassung des Heiligen Reiches der einzige blieb, der bis zum Ende des Reiches seine Gültigkeit behalten sollte. Die staatsrechtliche Grundlage von 1356 blieb somit fast die einzige feste Klammer, die das Reich trotz all seiner Gebrechen für genau 450 Jahre zusammenhielt und damit dem ersten Kaiserreich eine weit längere Lebensdauer bescherte als die national-kleindeutsche Reichsgründung Bismarcks.

Beim Gedenken an das erste deutsche Reichsgrundgesetz finden wir, daß das staatliche Denken einer früheren Zeit andere Wege gegangen ist. Es liegt an uns, ob wir angesichts der veränderten weltpolitischen Lage seit 1945 einen Weg finden, der zu einer neuen Völker- und Staatenordnung führt, die uns die überkommenen Werte unserer abendländischen Kultur erhält und hoffentlich auf weite Sicht sichert

Ulrich Abraham

Christentum und Kommunismus

Das „Ultimatum Gottes“ im Mißverstehen der westlichen Ideologie

JOHANNES BAUER

... Es gibt noch einen dritten Block, und er ist es, der Herr über die Zukunft der Welt sein wird: es ist die Milliarde Menschen, die kein Dach über dem Kopf, kein Brot, keine Schulen, keine Krankenhäuser hat. Und die Mächtegruppe, auf deren Seite sich diese Milliarde Menschen mit ihrer Empörung wie mit ihrer Hoffnung schlägt, wird über die Zukunft der Welt entscheiden.

Abbé Pierre

Der Göttinger „Arbeitskreis für angewandte Anthropologie“ hat sich mit der verdienstvollen Arbeit von Georg D. Heidingsfelder „Der Kampf zwischen Christentum und Kommunismus“ der Aufgabe unterzogen, den christlichen Standort gegenüber dem Kommunismus zu klären¹⁾. Aus der Geschichte des Christentums wie aus seinem gegenwärtigen „abendländischen“ Befund, sei ohne Schwierigkeiten zu erweisen, daß es sich immer wieder mit den „Reichen von dieser Welt“ verbündet habe, um entweder (bestenfalls) „durch Macht zu missionieren“, oder einfach zu herrschen im Geiste der jeweils etablierten „Ordnung“. Der Vorwurf gegen das historische Christentum, daß es „Ideologie“ sei, geistiger Überbau von Machtverhältnissen und Interessen, sei also weithin berechtigt. Dennoch werde er dem Wesen des Christentums nicht gerecht. Der Kommunismus in seiner bolschewistischen Form sei zwar die radikalste Infragestellung des Christentums hier und heute. Er müsse aber verstanden werden als „das Ultimatum Gottes (Kütemeyer), als eine Herausforderung sondergleichen an die Christenheit, sich bei der Verwirklichung der sozialen Aspekte zu einem unpragmatischen Radikalismus hinzuwenden, der Zeugnis ist von einer brüderlichen Liebe, die von niemandem überboten werden kann.“

Heidingsfelder stellt die Frage, in welchem Sinne das Christentum hier und heute als „ideologisiert“ zu betrachten ist. Begrifflich unterscheidet er mit Werner Kurth zwischen einem „neutralen Ideologiebegriff“ (von Spranger als Darstellung dienlicher Handlungsentwürfe und Wertüberzeugungen im Dienste gesellschaftlicher Gruppen bezeichnet), einem „wertenden Ideologiebegriff“ (bis zu völligen oder teilweisen Täuschungen und Verhüllungen im Dienste von Interessen fortschreitend) und schließlich dem „totalen Ideologiebegriff“, der die Wahrheitsfrage überhaupt nicht mehr stellt, sondern alles menschliche Denken als „ideologisch“ ansieht und die ganze Sphäre des geistigen Seins als „Überbau“ von gesellschaftlichen Zuständen und Prozessen betrachtet. „Die Ideologien, zum System totaler Welterklärung ausgeweitet, institutionalisierte Idealitäten, haben vom Erdball Besitz ergriffen und spinnen ihn ein, heftig bestrebt, alle Gedankenproduktion, alles Ideenkapital an sich zu reißen, bis zum vollendeten Monopol... Ohne seitens der Kirchen entschiedenen Widerstand zu finden, sind sie an die Stelle der Religion getreten. Allerorts gelten nun die Ideale als heilig... Der kollektive Kampf gegen Andersdenkende heißt Kreuzzug: das ganze Vokabular dieser idealen Epoche riecht nach gesunkener Religion, wie die Hollywoodverfilmung eines biblischen Stoffes. Das Ergebnis ist ein Weltzustand, da beinahe

¹⁾ Sonderdruck der Schriftenreihe „Wissenschaft und Menschenführung“, mit einem Vorwort von Rudolf Genschel, Göttingen 1956, Kart. 71 Seiten.

alle Gewalt bei zwei Staatsriesen liegt, in deren Führungsgremien die ideologischen Eiferer teils schon regieren, teils heraufdrängen.“¹⁾

Von keiner Macht der Erde drohe dem Christentum größere Gefahr als von den Christen selbst, die aus ungläubiger Angst das Eigentliche in Gefahr sehen, wenn zeitgebundene Einkleidungen fallen. „Ein Christ kann Demokrat sein, aber es gibt keine christliche Demokratie. Ein Christ kann Gewerkschaftler oder Wissenschaftler sein, aber es gibt weder eine christliche Gewerkschaft noch eine christliche Wissenschaft. Bald werden wir einen christlichen Fußball spielen. Bild einer Christenheit, die den Glauben an ihre eigene Wahrheit verlor ... Immer stürzte die Welt in Finsternis, wenn das Christentum, die Nicht-Ideologie par excellence, politisch-ideologisch zur Machtsicherung oder Machtausweitung mißbraucht wurde ... Zwischen Christentum und Ideologie fallen die Entscheidungen.“²⁾

Heidingsfelder beklagt, daß die Bürger-Christenheit die westliche Kultur in Form einer westlichen Ideologie als die christliche Kultur schlechthin deklariert. Im Schlagwort vom „christlichen Abendland“ richte sie eine Lügenkulisse auf, vor der sie die Rüstungspolitik als Forderung „christlicher Politik“ sanktioniert. Man weigert sich, im Marxismus das „Ultimatum Gottes“ an den Westen zu sehen, vielmehr bloße Teufelei, die samt der in ihr enthaltenen Teilwahrheit ausgerottet werden müsse. Mit der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung hat man sich längst abgefunden. Zu der schändlichen Kolonialpolitik des Westens schweigt man ebenso wie zu der globalen Machtpolitik der internationalen Hochfinanz.

Nach Auffassung des Wiener Historikers Friedrich Heer, des „größten Entlarvers der christlichen Ideologie in unserer Zeit“, tendiert jede Ideologie zum Krieg. „Hinter den erbitterten Wortgefechten zwischen Ost und West ... steht nicht nur der durchsichtige Kampf um die Herrschaft über alle Kontinente, um Rohstoffe, Menschenmaterial, um Aufmarschräume und Operationsfelder, sondern ein Tieferes und noch Gefährlicheres, ... die Herrschaft über die Sprache und damit über den Geist und die Seele“. Der totale Sieger bestimmt, „was ‚Geist‘ und ‚Freiheit‘, was ‚Demokratie‘ und ‚Vernunft‘, was ‚Recht‘ und ‚Unrecht‘, Wahrheit und Lüge, Wirklichkeit und Unwirklichkeit ist. Der Großrat, eine Art Übersowjet und Über-Konvent, würde über alle Völker und in allen Sprachen sein Wort als das Heilswort ausgießen: erfüllt von diesem heiligen Geiste würden als Missionare und Sendboten, mit Feuer und Schwert vielleicht, auf jeden Fall mit Maschinen, Waren, Lehrbüchern und Programmheften die Volks- und Geistbeauftragten ausziehen, um diese eine Erde untertan zu machen dem Geist-Wort der neuen Brüdergemeinde.“

Damit wären die Utopien des Barock realisiert — so wie sie etwa der Dominikaner Tommaso Campanella in seinem „Sonnenstaat“ verdichtete und wissenschaftlich kommentierte: „bei ihm sollte ein Überpapst als Weltherrscher diese perfekte Weltherrschaft übernehmen, die neue Zucht des Menschen, die Veränderung der Materie, die totale Reglementierung der Seelen und Leiber mittels staatlicher Pflichtbeichten, überwacht vom „Offizier Liebe“ und einer Über-Gestapo geistlich-weltlicher Art“. „Die sowjetische Akademie der Wissenschaften hat dieses Werk des Dominikaners 1947 in Moskau neu ediert. Die große geistige Versuchung des Dominikaners, Rom als ein Über-Moskau zu konstituieren, bildet

¹⁾ Gert Kalow: „Zwischen Christentum und Ideologie“, Heidelberg 1956.

²⁾ ebd.

bekanntlich heute die intimste Versuchung von Intellektuellen und Politikern im katholischen Raum.“¹⁾

Im Mittelpunkt des westlichen wie des östlichen Menschenbildes stehe der Bourgeois, der in „üppigster Daseinsausstattung“ seine Welt für das endlich erreichte oder noch zu erreichende Paradies hält. Die Wesenselemente der menschlichen Existenz, Tragik, Leid und Tod, sind auf beiden Seiten ausgeklammert und von der chiliastischen Daseinsausstattung völlig verschlungen. Der „Bürger“ ist längst das Leitbild der Kapitalisten wie der Kommunisten. Auch der Marxismus kann und will den „Bürger“ nicht überwinden. „Er hat ihm nur den ‚Anti-Bürger‘ entgegengestellt.“ Nicht als neuen Typ, sondern als verzerrtes Spiegelbild des alten, als „andere Variante des gleichen Grundtyps“ (Heidingsfelder). Beide Bürger sind Materialisten, Verächter der geistigen Freiheit. Beide verneinen die Tragik als bloßes Ärgernis, als traurigen Zufall. „Sie verneinen damit die Grundlagen des Abendlandes, die Kontinuität des europäischen Geistes. Im Lebensgefühl des amerikanischen wie des sowjetischen Menschen hat Tragik keinen Raum.“ Beide sind oberflächlich, rationalistisch, optimistisch, werden der Abgründe des Daseins nicht inne und wollen alles durch Flucht in „Sicherheit“ und in eine „gute Organisation des Daseins“ überspielen. Beide Bürger glauben an Zwang und Gewalt, im Westen als rach- und neidsüchtiger Hassler, der bereit ist, für die „bürgerliche Ordnung“ die ganze Menschheit zu opfern, im Osten im schonungslosen Klassenkampf, durch Predigt der Gewalt. Beide Bürger sind radikale Individualisten, wobei der Kollektivismus nur „ein ins Kolossale und Institutionelle hinaufgesteigter Individualismus ist“ (Nell-Breuning). Beide sind Manager und Moralisten, die einen durch eine „Verstandes- und Zweckzivilisation“, die anderen durch „Management“ von Ökonomik und Überbau. Der „tierische Ernst“ der Auseinandersetzung zwischen beiden hat das Ausmaß einer Tragikomödie, wobei, wie Heidingsfelder richtig bemerkt, die Gegensätze nicht tragisch, sondern nur dialektisch bedingt sind, da beide für ein und dasselbe „Reich von dieser Welt“ miteinander im Streite liegen.

Gollwitzer stellt fest: die wichtigste Frage zwischen Christentum und Kommunismus sei die Frage nach dem Menschen und nicht nur die Frage nach der „neuen Gesellschaft“ oder nach einer anderen „Gemeinschaftskultur“. Heidingsfelder weist warnend darauf hin, daß die Geistesverwirrung in Deutschland, dem Lande der Entscheidung, bereits bei der Ideologisierung des Brudermords angekommen ist. Die Idealisierung des Brudermords, in der sich Volksbrüder nicht nur als bewaffnete Feinde, sondern als leibliche Brüder unter dem Staatsdruck des Wehrzwanges gegenüberstehen, wird zur Schande der Christen und Humanisten bei uns offen propagiert! „Hier sind Marxismus und (ideologisiertes) Christentum auf dem gemeinsamen Weg des Nihilismus.“

Zum Schluß seiner tiefgründigen und trotz des geringen Umfangs umfassenden Untersuchung erklärt der Verfasser: Der Pharisäismus, der in Selbstgerechtigkeit nicht anzuerkennen vermag, wie sehr er schuldig ist an der Entwicklung des Marxismus, ist nicht berufen, Gericht über ihn zu halten und in kriegertischer Pose zur Verteidigung des „christlichen Abendlandes“ zu rufen. Ein klerikaler Machtwille, der noch immer nicht zu sehen vermag, daß das „konstantinische Zeitalter“ vorüber und eine neue Haltung der Christenheit zum Staat gefordert ist, kann nichts dazu beitragen, daß das östliche „Ultimatum Gottes“ verstanden

¹⁾ Friedrich Heer: „Sprechen wir von der Wirklichkeit, Nürnberg 1955.

wird. Eine christliche Politik, die im Bündnis mit Kapitalismus und Militarismus jeder Gewissensforschung aus dem Wege geht und im Gewühl eines Wirtschaftswunders den Segen Gottes für ihre Restauration zu erschleichen hofft, wird nur dazu beitragen, die Apokalypse Deutschlands zu vollenden. Im Kampf mit diesen Mächten wird der Marxismus, so brüchig er ist, immer noch den Sieg zu erringen vermögen.

Den Menschen in Deutschland drohen gegenwärtig zwei Gefahren: „Vergewaltigung und Verführung, das eine durch den Kommunismus, das andere durch ein ideologisiertes Christentum. Gerade wer vor der Vergewaltigung Angst hat, verfällt notwendig der Verführung (in die Gewalt zu flüchten).“ Die westdeutsche Bürgerchristlichkeit sei dieser Verführung mit Haut und Haaren verfallen. „Kehrt die Christenheit auch in dieser letzten Stunde von diesem Wege nicht um, so ist sie in Europa mit Sicherheit verloren. Es wird dann vielleicht nicht der Kommunismus siegen, aber ganz gewiß der Nihilismus.“

Georg D. Heidingsfelder:

Alle gerechten Beurteiler sind sich darin einig, daß der Industriekapitalismus eine absolut ungerechte Gesellschaftsordnung etabliert hat, gegen die sich die versklavten „Proletarier“ mit Recht empörten. Der Sozialismus-Kommunismus war ursprünglich nichts als die ethisch tief begründete Auflehnung gegen diese „Ordnung“ und der Versuch, sie zu verändern.

Nikolai Berdjajew:

Die Wahrheit des gottlosen Bolschewismus besteht in der Auflehnung gegen die Lüge der entarteten christlichen Welt.

François Mauriac:

Wir Christen verwerfen zwar die falschen Götter der Mächte hinter dem Eisernen Vorhang, sind aber blind gegenüber den falschen Göttern, denen wir selber folgen.

Theodor Steinbüchel:

Die bürgerliche Welt trägt größere Schuld an der Entchristlichung des Menschen als Marx, dem diese Welt die soziale Auswirkung des Christentums nicht vorlebte.

Fulton J. Sheen:

Jede einzelne Idee des Kommunismus entstammt der westlichen bürgerlichen Gesellschaft.

Josef Bernhardt:

Die Bolschewisten zeigen uns in Reinschrift, was sie in unserer Schule gelernt haben.

Hellmut Gollwitzer:

Der Westen verführt zur Unmenschlichkeit, der Osten zwingt zu ihr. Die Verführung kann die größere Gefahr sein. Unter dem Zwang kann sich mehr Menschlichkeit halten als unter der Verführung; sie kann mehr korrumpieren als der Zwang.

Abbé Pierre:

Wir haben die Freiheit nur theoretisch gerettet: Wir laufen dabei Gefahr, nur einen Leichnam gerettet zu haben. Die Menschen in den unterentwickelten Ländern wollen lieber mit dem Kommunismus essen als mit unserer Freiheit Hungers sterben.



Weihnachten in Port Said. Das Ergebnis von Luftangriffen auf „militärische“ Ziele



Nach den britischen Luftangriffen auf Port Said vom 1. und 2. November 1956



Weltpolitische Rückschau

Nachtrag zur Novemberkrise

Die gesamte ungarische militärische Führung ist am 3. November von Sowjettruppen gefangen gesetzt worden. Die Regierung Nagy ist ausgeschaltet. Seit Mitternacht 3./4. November wird Budapest von russischen Truppen angegriffen. Der Welt-sicherheitsrat tritt am 4. November zu einer erneuten Sondersitzung zusammen. Auf der Sitzung macht der US-Delegierte die Mitteilung, Kardinal Mindszenty habe sich am 2. Nov. unter den Schutz der amerikanischen Gesandtschaft gestellt. Es wird bekannt, daß der Kardinal, kurz bevor er sich unter den Schutz der amerikanischen Gesandtschaft begab, die Geschichte seiner Gefangenschaft einem amerikanischen Magazin für 250 000 Dollar (etwa 1 050 000 DM) verkauft hat. Journalisten erklärte der Kardinal: „Ich wollte keine Restauration.“

Die UNO-Vollversammlung nimmt am 5. Nov. eine amerikanische Resolution mit 53 gegen 8 Stimmen (SU, Ukraine, Rumänien, Albanien, Bulgarien, Polen, CSR, Weißrußland) bei 15 Enthaltungen (Irak, Jordanien, Saudi-Arabien, Syrien, Jemen, Afghanistan, Burma, Ceylon, Finnland, Indien, Indonesien, Ägypten, Nepal, Jugoslawien) an. Danach sind „alle bewaffneten Angriffe auf das ungarische Volk und jede Form der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Ungarns zu unterlassen, alle Sowjet-Truppen abziehen und Ungarns Rechte auf unabhängige Selbstregierung anzuerkennen“. Eine Untersuchungskommission der UNO wird eingesetzt, um der UNO entsprechende Empfehlungen zu unterbreiten. Die SU und Ungarn werden aufgefordert, der Entsendung von UNO-Beobachtern zuzustimmen. An alle UN-Mitglieder ergeht der Aufruf zur Ungarnhilfe.

In UNO-Kreisen ist mit Bestürzung vermerkt worden, daß in der Abstimmung über die USA-Resolution sich die Mehrzahl der afro-asiatischen Länder der Stimme enthalten haben. Außer dem Vertreter der Philippinen hat sich kein Delegierter dieser Staatengruppe an der Ungarn-Diskussion beteiligt.

Moskau hat den Aufständischen in Ungarn eine letzte Frist zur Niederlegung der Waffen bis zum 5. November, abends 8 Uhr, gestellt. Die Stärke der Sowjettruppen in Ungarn beträgt 150 000—200 000 Mann. Über 100 000 Mann wurden neu nach Ungarn gebracht, 15 Panzerdivisionen und 4 mechanisierte Divisionen mit 6000 Panzern

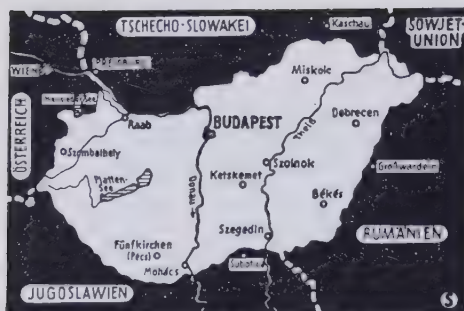
stehen dort. Der Abtransport tausender junger Männer nach Sibirien hat begonnen. Moskau dementiert diese Nachricht in der UNO „kategorisch“.

Eine US-Zeitung: „Wir klagen die Sowjetregierung des Mordes an. Wir klagen sie des gemeinen Verrates und des niedrigsten Betruges an, den Menschen kennen. Vorbei sind die letzten Illusionen. Moskau steht jetzt entblößt da. Wir werden es nicht vergessen, und aus Haß und Tränen wird der Entschluß geboren, den Kampf weiter fortzuführen, bis die Freiheit triumphiert.“ Eine britische Zeitung: Es ist möglich, daß die britische Aggression in Ägypten den Ausschlag für die sowjetische Planung hinsichtlich einer Gewaltaktion gab. Die Nichtbeachtung von Entschlüssen der UNO-Vollversammlung durch Großbritannien hat die Stärke der UNO in einem äußerst kritischen Augenblick unterminiert.

Eine französische Zeitung: „Es ist eine furchtbare, aber unentrinnbare Tatsache, daß Frankreich und Großbritannien die Verantwortung dafür tragen, was heute in Budapest geschieht.“

Der Schritt zum Abgrund

Die Landung britisch-französischer Streitkräfte in Ägypten hat am 5. November begonnen. Bei Port Said, Port Fuad und anderen Plätzen sind Fallschirmjäger und Luftlandetruppen abgesetzt worden. Die von der UNO-Vollversammlung beschlossene Errichtung einer internationalen Polizeitruppe für den Nahen Osten steht unter dem Kommando des kanadischen Generals Burns. USA, SU, Großbritannien, Frankreich und Nationalchina dürfen keine Kontingente stellen. Das Kommando wird von einem Mitglied des britischen Empire ausgeübt, dessen Neutralität von vornherein als fragwürdig erscheinen muß. — Am 6. November richtet Ägypten einen Notruf an die Welt mit der Bitte um Freiwillige und Waffen. Kairo gibt bekannt, daß alliierte Bomberverbände blindlings die Zivilbevölkerung und Wohngebiete angreifen und außerordentliche Verluste unter der Bevölkerung angerichtet haben. Zusage eines schwedischen Augenzeugenberichts aus Port-Said ist die Stadt ein brennendes, rauchendes Inferno, in dem Kinder ihre Eltern und Eltern ihre Kinder unter den Trümmern suchen. Feindliche Hubschrauber fliegen die Straßen ab und schießen mit Maschinengewehren zu den



Fenstern der Häuser hinein. Brandbomben zerstören die Wohnbereiche der Armenviertel, in denen Hunderte verkohlter Leichen von Kindern, Erwachsenen und Tieren liegen. Durch Bombardierung eines Zivil- und eines Militärkrankenhauses wurden allein über 900 Menschen getötet. Nur die Europäerviertel der Stadt blieben unzerstört. Britische Soldaten schaufeln Massengräbern und füllen sie mit aufgesammelten Leichen. Ein schwedischer Berichtserstatter sieht an einem einzigen Platz allein 400 Leichen aufgestapelt, während die britische Regierung behauptet, daß „der Zivilbevölkerung nur geringer Schaden zugefügt“ sei. Die Zahl der Toten allein in der Stadt wird auf 12 000 geschätzt, ohne die Zahl der Opfer unter den Ruinen. Sprengbomben haben die Wasser- und Elektrizitätsversorgung zerstört. Der Augenzeuge sieht Kinder, deren Rücken zerlöchert waren durch 7 cm weite Wunden, und auf der Flucht von Maschinengewehrfeuer erschossen wurden. „An einem einzigen Platz wurden während der zwei Stunden, die ich dort zubrachte, 270 Leichen fortgetragen.“ Währenddessen machen anglo-französische „Armeephotos“ ihre Propaganda-Photos. Das Grauen und die Zerstörung ist unbeschreiblich. Der Augenzeuge rettet seine Photodokumente als „unwiderlegbare Zeugen der schmachvollen anglo-französischen Polizeiaktion“. (Bericht und Augenzeuge: Per Olow Andersson).

Das atomare Risiko

Großbritannien und Frankreich beschließen, die Nahost-Aktion beschleunigt zu Ende zu führen. Ägypten stimmt der UNO-Resolution über die Schaffung einer UNO-Polizeitruppe zu. Bisher haben Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland, Pakistan Kontingente zugesagt.

Bulganin schlägt in einem vom 5. November datierten Telegramm Präsident Eisenhower „enge Zusammenarbeit zwischen

den USA und der UdSSR zwecks Beendigung der Nahostkrise und Unterbindung weiteren Blutvergießens vor. Schepilow fordert am gleichen Tag den Welt sicherheitsrat auf, England und Frankreich ein auf 12 Stunden befristetes Ultimatum zur Einstellung der Feindseligkeiten zu stellen, widrigenfalls die „militärische Unterstützung Ägyptens“ zu beschließen.

Am 6. November richtet Bulganin an die Regierungen Englands, Frankreichs und Israels die Forderung, ihre Nahost-Aggression einzustellen, widrigenfalls die Sowjetunion entschlossen sei, „mit anderen UNO-Mitgliedsstaaten die Aggressoren durch Gewaltanwendung einschließlich atomarer Mittel (Atomraketen) zu zerschlagen“. Im Schreiben Bulganins an Eden heißt es u. a.: „Die Frage des Suez-Kanals war lediglich ein Vorwand für die englisch-französische Aggression, die weitgesteckte Ziele verfolgt. Man kann nicht verbergen, daß sich jetzt in Wirklichkeit ein aggressiver Raubkrieg gegen die arabischen Völker entfaltet, der dem Zweck dient, die nationale Unabhängigkeit der Staaten des Nahen und Mittleren Ostens zu liquidieren und das von den Völkern abgelehnte Regime der kolonialen Sklaverei wieder herzustellen.“

„Hören Sie mit der bewaffneten Aggression auf, stellen Sie das Blutvergießen ein. Der Krieg in Ägypten kann auf andere Länder übergreifen und in einen Dritten Weltkrieg hinüberwachsen... Wir sind fest entschlossen, durch Gewaltanwendung die Aggressoren zu zerschlagen und den Frieden im Osten wiederherzustellen. Wir hoffen, daß Sie in diesem kritischen Moment die gebührende Einsicht an den Tag legen und daraus die nötigen Konsequenzen ziehen werden.“

Die US-Regierung erklärt, sie werde jede sowjetische Gewaltanwendung gegen die anglo-französischen Aggressoren ihrerseits mit atomarer Gewaltanwendung gegen die Sowjetunion beantworten. Zum Vorschlag der Sowjetregierung, gemeinsam mit anderen Mitgliedern der UN gegen die Aggressoren vorzugehen, erklärt die US-Regierung, sie „lehne jeden Einsatz amerikanischer Streitkräfte gegen britische und französische Truppen ab“. Sie bezeichnet die sowjetische Forderung als ein „Ablenkungsmanöver von Ungarn“. In der Nachtsitzung des Sicherheitsrates am 6. November morgens 2 Uhr wird die Erörterung des Sowjetvorschlages mit den Stimmen der USA, Englands, Frankreichs und Australiens gegen die Stimmen der SU, Jugoslawiens und Irans bei Enthaltung

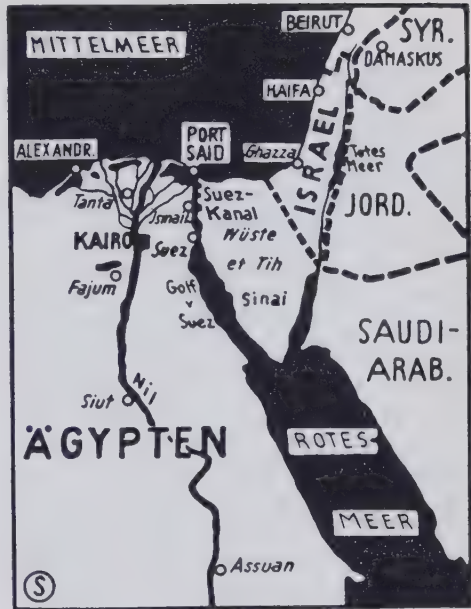
von Nationalchina, Cuba, Belgien, Peru abgelehnt. Der amerikanische Delegierte klagt die Sowjetunion „der größten Irreführung der internationalen Moral“ an.

Welt am Abgrund

Ägypten bittet die afro-asiatischen Staaten der UNO um militärischen Beistand. In Teheran beginnt eine Konferenz der Bagdad-Pakt-Staaten ohne England. Die Colombo-Staaten werden nach Neu-Delhi einberufen. Dort erklärt Nehru vor der gerade dort tagenden UNESCO: „Wir sehen in Ägypten und in Ungarn, wie menschliche Würde und Freiheit vergewaltigt und die Gewalt moderner Waffen angewandt wird, um die Völker zu unterdrücken und politische Ziele zu erreichen. Alte Kolonialmethoden, von denen wir in unserer Unwissenheit glaubten, daß sie längst einem weniger aufgeklärten Zeitalter angehörten, werden wieder belebt und angewandt. In anderen Teilen der Welt werden ebenfalls freie Bewegungen durch überlegene Macht niedergeschlagen.“ Die fünf von der Sowjetunion propagierten Prinzipien einer friedlichen Koexistenz hätten sich jetzt offensichtlich als „bloße Worte“ herausgestellt. Pakistan richtet an Bulganin eine Botschaft, mit der Gewaltanwendung in Ungarn ein Ende zu machen. Ein gleiches Telegramm richtet Nehru an Bulganin. Selwyn Lloyd erklärt im Unterhaus: der Sowjetüberfall auf Ungarn sei ein „Wiederaufleben des Stalinismus“.

Bundeskanzler Adenauer fährt am 5./6. November nach Paris zu Besprechungen mit der französischen Regierung. In einem gemeinsamen Communiqué vom 6. November geben die beiden Regierungschefs mit „tiefer Bewegung ihrer Entrüstung über die totale Unterdrückung“ Ausdruck, „deren Opfer das ungarische Volk in seinem Freiheitskämpfe ist“. Ägypten wird in dem Communiqué mit Schweigen übergangen. Stattdessen heißt es, „daß es künftig zu einer unverbrüchlichen Solidarität sowohl zwischen den europäischen Mächten sowie zwischen allen Mächten der atlantischen Allianz und der ganzen freien Welt kommen möge.“ Am gleichen Tage erklärt Eden in London, daß die Zusammenarbeit zwischen den drei Westmächten schnellstens wieder hergestellt werden müsse.

Die drei Bulganin-Noten an England, Frankreich und Israel werden von der Welt als Ultimatum aufgefaßt. Der Schweizer Bundesrat fordert die vier Staaten, die sich im Juli 1955 in Genf trafen, auf, sofort in der Schweiz zusammenzutreten, um den dro-



henden Dritten Weltkrieg zu verhindern. Als Vertreter der Bandung-Mächte soll Indien teilnehmen.

In der unheilswangeren Nacht zum 7. November, da die Raketendrohung Bulganins auf der Welt lastet, breiten die apokalyptischen Reiter ihren atomaren und nuklearen Todesmantel über der schlafenden Menschheit aus. Während sie über unseren Dächern hinwegziehen, durchwachen die Generalstäbe der NATO und des Warschauer Paktes die Nacht. Die USA halten ständig Flugzeuge mit Wasserstoff- und Atombomben in der Luft. Amerika fürchtet ein zweites Pearl Harbour. Es läßt den größten Teil seiner Flotte auslaufen. Man weiß im Westen nicht, ob es sich bei der Bulganin-Aktion nur um Bluff oder um die ernste Ankündigung handelt, sich Luft zu verschaffen. Die in der Luft kreisenden Wasserstoff- und Atombombenflugzeuge werden laufend von Begleitflugzeugen aufgetankt. Landende Flugzeuge werden von anderen ebenfalls bombenbeladenen Maschinen sogleich abgelöst. Durch unterirdische Nachrichtenkanäle wird den Sowjets die Mitteilung zugespielt, daß bei einem Angriff auf London und Paris der westliche Atomgegenschlag sofort erfolgen wird.

Um 01.00 Uhr MEZ stellen die Aggressoren in Ägypten das Feuer ein.

Die Kenntnis vom tiefsten Wesen des Gegners

Vor uns liegt ein erschütterndes Buch. Unter dem Titel „Wen sie verderben wollen — Bericht des großen Verrats“ hat Jürgen Thorwald seinen großen Bericht über den Wlassow-Komplex geschrieben. Auf rund 600 Seiten entrollt sich vor dem Bewußtsein des Lesers die Geschichte des deutsch-russischen Verhältnisses während des Zweiten Weltkrieges.

Ausgehend von der Untermenschen-Propaganda und der grenzenlosen Verständnislosigkeit weiter Kreise in den ersten Monaten und Jahren des Ostkrieges erleben wir mit, wie sich da und dort tapfere und von ihrer Aufgabe besessene Einzelgänger der allgemeinen mitleidlosen Tendenzen entgegenstellen. Bekannte Namen tauchen auf, die wir im Rahmen dieses Komplexes noch nicht recht einzuordnen wußten: Gehlen, Stauffenberg, Oberländer, aber auch Rosenberg, Himmler, Hitler. Neben ihnen stehen viele andere, die man bisher noch nicht kannte. Sie alle erhalten in diesem Buch einen Rang und Wert, der bisherige Werturteile bestätigt, ergänzt, umwirft oder aus dem großen Heer der Namenlosen Ungezählte zu neuem Leben erweckt und damit unser geschichtliches Bewußtsein vertieft, verbreitert und überhöht. Das ganze Geschehen um diese deutschen Namen entzündet sich aber an Menschen des russischen Volkes, die hineingerissen werden in Spannungen, die Menschenkraft fast übersteigen. Wir erleben das Hohelied der Leidenschaft in unvorstellbaren Qualen, der ungebrochenen Glaubensfähigkeit trotz endloser Enttäuschungen, der rührenden Treue bis zum aufwühlenden Ende.

Kein Leser kann sich dem Eindruck der Tatsache entziehen, daß engstirnige Überheblichkeit, menschliche Unreife, ideologische Verblendung und mangelnde Kenntnis vom tiefsten Wesen des Gegners die Ursache der deutschen Katastrophe gewesen sind. Alle diese Ursachen wirkten sich nicht nur in bezug auf den äußeren Gegner als verderblich aus. Nein, sie bestimmten auch das Verhältnis der Deutschen untereinander, so daß sich dann Menschen gleicher Ideale und gleicher Nahziele lediglich deshalb als Feinde betrachteten, weil der eine die graue, der andere die schwarze Uniform trug.

Thorwalds Buch ist das Ergebnis umfangreicher Quellenstudien, jeder Name und jedes berichtete Ereignis können urkundlich belegt werden. Das ist wichtig, weil die berichteten Ereignisse sich bisher fast

ausnahmslos dem Bewußtsein der Kriegsgeneration entzogen haben. Von dieser Schau her macht sich aber eine Umwertung aller unserer bisherigen Maßstäbe notwendig. Angeklagt ist hier nicht nur ein Teil des deutschen Volkes und der deutschen Führung, weil sie zu spät die geschichtliche Stunde erkannten, angeklagt sind auch die Siegermächte im Osten und Westen. Die Amerikaner und Engländer scheuten sich nicht, im Augenblick des Zusammenbruchs Hunderttausende russischer Soldaten, die in deutscher Uniform gegen den Bolschewismus und für ihre Freiheit gekämpft hatten, wie Schlachttiere zusammenzutreiben und den bolschewistischen Erschießungskommandos zu überantworten. Die Schilderung des bitteren Endes aller dieser russischen Einheiten auf deutscher Seite, die mindestens 800 000 Mann stark waren, kann nur als ein einziges Heldenlied bezeichnet werden. Das gilt auch dort, wo im Chaos des Zusammenbruchs anfechtbare Entscheidungen gefällt wurden, wie es diejenige der 1. Wlassow-Division war, die in den Prager Aufstand an der Seite der Tschechen mit eingriff.

Die tragischste Gestalt des Geschehens ist der General Wlassow selbst. Ihn so klar und menschlich nahe vor das Bewußtsein dieser Generation gestellt zu haben, ist ein unbestreitbares Verdienst des Verfassers. Wir sollten dafür dankbar sein.

Wer Thorwalds Buch nicht gelesen hat, dem fehlt ein Eckstein in seinem Geschichtsbewußtsein. Darüber hinaus sollte jeder Leser für alle Zeiten davor bewahrt sein, kollektive Verurteilungen irgendeiner Menschengruppe jemals noch für erträglich zu halten. Wer das Buch aus der Hand legt, der muß ein Volk wie das russische lieben, der kann nicht mehr einstimmen in irgendeine Aussage, die zum Ziele hat, lebendige Menschen gleichzusetzen mit irgendeinem System, das sie beherrscht. Mehr noch, jeder Leser wird irgendwie hineingezogen in den Bannkreis einer großen Sehnsucht nach tätiger Reue. Insofern ist dieses Buch ein Ereignis.

Man weiß nun: Wir sind alle schuldig, Deutsche, Engländer, Amerikaner und Russen. Retten kann uns nur noch die Besinnung auf jene Gemeinsamkeit, die aus der Ehrfurcht vor dem Leiden hervorgeht.

Jürgen Thorwald, *Wen sie verderben wollen — Bericht des großen Verrats*. Steingruben-Verlag Stuttgart, 606 Seiten, Gzln. DM 20,—.

Georg Jentsch

Auf den Spuren der christlichen Zivilisation

Zum Reisebericht von HANS A. DE BOER

Wer im Dienste christlicher Mission um die Erde reist und uns darüber zu berichten wagt, bedarf der persönlichen Unbestechlichkeit, einer inneren Bereitschaft für das Feststellen der Tatsachen und des Mutes zur Selbstkritik. Die erforderlichen Voraussetzungen erfüllt der Autor des Buches „unterwegs notiert“. Sein „Bericht einer Weltreise“, nicht unterwegs notiert aber unterwegs erlebt und erfahren, gehört in die Hand eines jeden, der den Fragen nach dem weiteren Schicksal der weißen Rasse nachspürt und aus christlicher Verantwortung die Wesensbestandteile einer „neuen Politik“ sucht.

Erschütternd auf dem Höhepunkt des Buches der Bericht aus Madras, wo — wie in ganz Südasien — allnächtlich Tausende von Obdachlosen im Freien schlafen müssen. Wenn dann der Morgen graut... Hören wir den Autor selbst! „Die meisten drücken sich, sobald sie sich von ihrem Lager erhoben haben, in irgendeine Nebengasse und sind bald verschwunden. Aber seltsam, hier und da ist einer liegen geblieben. Mit eigentümlich verkrümmten Gliedmaßen liegen sie im Staub der Straße, selbst staubverkrustet, kaum mehr menschlichen Wesen gleich, sondern mehr einem dürrn Zweig ähnlich.“ Und dann geht dem Bericht der ganze grauenhafte Wahrheit auf. „Die hier noch liegen, während ihre Gefährten sich längst davongemacht haben, sind über Nacht gestorben. Verhungert.“ So verhungern in der Provinz Travancore (Südindien) beispielsweise etwa 800 Menschen täglich. „Sie schlafen abends ein, vor Erschöpfung und Entkräftung kaum mehr fähig, ihren wahren Zustand zu erkennen, und sie wachen nicht mehr auf. Andere fallen zu Boden, wo sie gerade stehen oder gehen mögen, und verenden auf der Straße wie ein Tier.“ Morgens fährt ein Lastwagen durch die Straßen und sammelt die Leichen auf.

Das Auge des Verfassers dringt in die übelriechenden Wunden einer unbefriedeten Welt, in die stinkenden Hinterhöfe des „Westens“ und die Fragwürdigkeiten der christlichen Zivilisation dort, wo sich Freiheit, Christlichkeit, Zivilisation hätten bewahren müssen, in den Räumen Afrikas, Indiens, Südasiens, Australiens, Japans. Vielleicht hätte man den Bericht auf Südafrika und Indien beschränken sollen. Mit seinen im Vergleich zu den südafrikanischen und indischen Erlebnissen düftigeren Berichten über Australien und die USA lie-

fert der Verfasser, der kein abgeklärtes Verhältnis zum Nationalsozialismus hat und dazu neigt, selbst das Wort „Vergangenheit“ einer kollektiven Diskriminierung alles Deutschen zwischen 1933 und 1945 zu opfern, ungewollt, den Beweis dafür, daß der Nationalsozialismus mit seiner antisemitischen und militaristischen Hysterie nicht hinter der Zeit herhinkte, sondern vielmehr der Zeit vorausseilte, während wir derartige Gebrechen in Australien und den Vereinigten Staaten, aber auch in der Südafrikanischen Union jetzt erst im Kommen sehen.

Daß christliche Delegierte in Asien sich scheuen, mit Farbigen, Indern oder Chinesen, in einem Schwimmbecken zu baden, wird jedenfalls in dem ehemals nationalsozialistischen Deutschland heute als antiquiert und geradezu lächerlich betrachtet. Nur restaurative Elemente sehen sich darin bestätigt. Die Verständnislosigkeit, mit der britische und amerikanische Rassevertreter auch der Rasse-Aufgeschlossenheit des Autors gegenüber versagen, ist dieselbe wie gegenüber dem Phänomen „unserer Vergangenheit“ und kennzeichnet die Ahnungslosigkeit der Angloamerikaner gegenüber den geschichtlich von uns längst durchlebten und durchlittenen Problemen der Rasse, des Feind-hört-mit-Terrors und der militanten Gewaltpolitik.

Mit seiner breiten Darstellung der Wirklichkeit der Apartheid-Politik Südafrikas ist das Buch für unsere Leser eine wichtige Ergänzung zu unserem Heft 10/1956. Mit seiner Darstellung der Lage Indiens, besonders der südlichen Provinzen, weht den Leser ein Hauch der Geschichte an, die zu neuen Ufern vordrängt. Wer hier nicht ein Gewandelter ist, muß einer werden, oder ihm fehlt das Organ für die großen politischen Anliegen und Aufgaben unserer Zeit.

Der Bericht ist keine Anklage, eher ein Stück Erkenntnis der westlichen Welt. Er ist ein Stück erschütterndes Selbstbegreifen des Abendlandes und der fragwürdigen Fundamente, auf denen die christliche Zivilisation und der abendländische Imperialismus aufgebaut wurden. Er ist ein Anruf gleichsam in letzter Stunde. Wird ihn der Westen vernehmen?

Hans de Boer: Unterwegs notiert — Bericht einer Weltreise. J. G. Oncken Verlag Kassel, 1956, Gzln. 328 Seiten mit einer Übersichtskarte. Preis 12,80 DM.

Halbmond um Israel

Der Halbmond um Israel, das sind die Länder der arabischen Halbinsel, interessiert nicht erst seit der israelisch-britisch-französischen Aggression in Ägypten. Die Staaten auf dem versandeten Boden der islamischen Kultur repräsentieren heute „junge Nationen“, deren Bedeutung längst im weltwirtschaftlichen Zusammenhang ersichtlich ist. So wird beispielsweise der gesamte Erdölvorrat der Welt heute auf 21,5 Milliarden Tonnen geschätzt. Davon liegen in den arabischen Ländern des Mittleren Ostens 11,15 Milliarden Tonnen, das sind 51,8% der Weltreserven. Jede fünfte Tonne Öl, die 1954 auf der Welt gefördert wurde, kam aus Arabien. Noch 1946 produzierten die arabischen Staaten „erst“ 14 Millionen Tonnen, 1954 bereits rund 132 Millionen. Gegenüber den gewaltigen Vorräten des Mittleren Ostens tritt die Reserve der USA erheblich zurück. „Die USA sind heute zwar der größte Produzent, haben aber nur eine Reserve von 3,94 Milliarden Tonnen; das ist etwas weniger, als im kleinen Kuwait in der Erde lagern.“

Aber nicht nur vom Erdöl des neuen Arabiens berichtet das Werk. Das Gesicht der ganzen Halbinsel gewinnt Kontur. Da ist Basrah, dessen Güterumschlag sich heute auf rund 2 Millionen Tonnen im Jahr beläuft und das während des Zweiten Weltkrieges der wichtigste Nachschubhafen der Alliierten im Mittleren Osten war, über den auch ein großer Teil der alliierten Heereslieferungen für die bolschewistische Südfrente ging, dort Maskat, die mittelalterlich „unarabisch“ wirkende Sultanstadt an der Küste von Oman, da sind Hodeida und Mokka, die beiden Hafenstädte des Jemen, des „abgeschlossensten Staates der Erde“, und Aquaba, der einzige Hafen Jordaniens (am Roten Meer) und der „Schlüssel zum Wohlstand“ dieses mit 500 000 arabischen Israel-Flüchtlingen überlasteten Landes, da ist schließlich Beirut, die westlich anmutende größte Hafenstadt der östlichen Mittelmeerküste, und der ganze Raum zwischen diesen Eckpunkten. Ein fesselndes, reich und instruktiv gebildertes, wichtiges Lesebuch und eine Grundlage zum Verständnis der Probleme des Nahen und Mittleren Ostens und der im Aufbruch befindlichen arabischen Welt.

Horst Eliseit: Halbmond um Israel. Arabiens neues Gesicht. (Aus der Reihe: „Die Welt von heute“.) Safari Verlag Berlin o. J., 578 Seiten mit 146 Fotos, 7 Textkarten und 2 Ausschnitttafeln.

Libanon

45 große Bildtafeln vermitteln einen Eindruck von der Schönheit der phönizischen Küste und dem Hochland des Libanon, das sich anschickt, eines der ersten Reiseländer im Nahen Osten zu werden. Kurze Kapitel führen ein in die Geschichte des Landes, berichten von Natur und Landschaft, von den steinernen Zeugen großer Vergangenheit und der modernen Kultur des Landes, seinen Bauten und Straßen, seinem Bildungswesen und inneren Aufbau. Ein praktischer Teil bringt alles, angefangen von den Reiseformalitäten bis zum vollständigen Hotelverzeichnis mit sämtlichen Preisen, was der Reisende oder der Geschäftsmann vom Libanon wissen muß, Statistiken, Warenindex, Währungsdeckung und Lebenshaltungskosten, ebenso Behörden und Regierungsstellen, Verkehrsmittel und Zolltarif. Die beigefügte Karte ist unzureichend. Sonst eine glückliche Vereinigung von Bildband, Länderkunde und Reiseführer.

Libanon, Traumland des Orients. Ein Informationsbuch. Herausgegeben von der Deutschen Libanon-Gesellschaft. 1955. 80 Seiten, 1 Farbtafel, 44 Kunstdrucktafeln, 1 Landkarte, Ganzleinen, farbiger Schutzumschlag DM 15,50. Alleinauslieferung: Colonia-Versandbuchhandlung, Köln-Lindenthal.

Ägypten im Bild

Hier wird der Versuch gemacht, Ägypten im Zusammenhang seiner großen Vergangenheit zu sehen. Die 150 Kunstdrucktafeln stellen deshalb zugleich einen Gang durch die ägyptische Geschichte dar, bei dem die überwältigende Schönheit der alten Zeit offensichtlich mehr beeindruckte als der Zivilisationskomfort der modernen unterägyptischen Städte: Außer Kairo vor allem Gise, Abydos, Dendera, Luxor, Karnak, Theben und Edfu. Ausführliche Erläuterungen bereichern den Bildteil. Auch eine kurze Übersicht über die Ägyptische Geschichte fehlt nicht und ist hier unerlässlich. Das Werk ergänzt in hervorragender Weise die historische Literatur und vermittelt ein Bild von Größe und Eigenwuchs der alten Kultur am Nil. Nur wer ausschließlich das zeitgenössische Ägypten sucht, kommt zu kurz. Er muß sich mit einem Blick in einige ländliche Siedlungen und auf Menschen des heutigen Landes begnügen. Aber auch das Alte ist im Grunde jeweils ein wesentlicher Bestandteil der gegenwärtigen Welt.

Eugen Kusch: Ägypten im Bild. Verlag Hans Carl, Nürnberg 1955. 192 Seiten mit 150 ganzseitigen Abbildungen und 1 Kunst-druckskizze. Gzln. DM 29,50.

Militärische Integration und Gehorsamspflicht

ALEXANDER ANDRAE

Im britischen Unterhause ist bei der Debatte über das militärische Eingreifen in Ägypten von der Labour-Opposition die Frage berührt worden, ob die britischen Offiziere die Befehle zur Aggression hätten ausführen müssen? Sie wurde kurzer Hand und ohne vertiefende Begründung bejaht. Die Frage lautet in anderer Ausdrucksform: ob die britische militärische Führung im Mittelmeer nicht die Berechtigung gehabt hätte, den Gehorsam zu verweigern? Die britische Stellungnahme ist nicht verwunderlich, wie es ja überhaupt Meinungen gibt, die den soldatischen Gehorsam gegenüber der übergeordneten Befehlerteilung grundsätzlich und unter allen Umständen für verpflichtend erklären.

Die allgemeine britische Auffassung ist bekannt. Sie bejaht das Recht und die Pflicht zur Gehorsamsverweigerung bei anderen Nationen im Falle eines als rechtswidrig oder verbrecherisch erkannten Befehls. Sie nimmt aber für britische Soldaten die Verpflichtung zum Gehorsam unter allen Umständen in Anspruch, wenn es das eigene nationale britische Interesse zu erfordern scheint. Diese Auffassung überordnet nationale Nützlichkeit grundsätzlich den Bedingungen internationalen Rechts und auch allgemein moralischer Anforderungen. Ein typisches Beispiel hierfür aus der jüngsten Geschichte liegt im Falle Oran vor. Während des Zweiten Weltkrieges waren verbündete französische Seestreitkräfte auf der Reede vor Oran in der Gefahr, in die Hände des gemeinsamen Kriegsgegners, des Deutschen Reiches, zu fallen. Der vor Oran operierende britische Admiral Sommerville erhielt von der britischen politischen Kriegführung den Befehl, die französischen verbündeten Schiffe präventiv zu torpedieren, zu versenken und so dem Zugriff des gemeinsamen Feindes zu entziehen. Der Befehl bedeutete den Tod von etwa 1500 Mann der französischen Flottenbesatzung. Es war der Befehl zum Mord. Der Admiral weigerte sich, ihn auszuführen. Trotz seines Widerspruches wurde der Befehl wiederholt. Der Admiral gehorchte. Die französischen verbündeten Schiffe gingen mit der französischen verbündeten Besatzung auf den Grund des Meeres. Der Admiral blieb ohne Anklage wegen der Ausführung eines verbrecherischen Befehls.

Dieser Grundsatzfall wurde für die deutsche Öffentlichkeit in seinen Einzelheiten durch den Prozeß gegen Feldmarschall v. Manstein bekannt. Er wurde als beweiskräftig entlastend herangezogen. Der britische Verteidiger des Marschalls, Paget, war genötigt, Stellung zu nehmen. Er gab zu, daß es sich um einen Befehl zum Massenmord, also unstreitig um den Begriff des „verbrecherischen Befehls“ gehandelt habe. Er fand den — britisch grundsätzlichen — Ausweg, indem er dem Sinne nach sagte: „Wer könnte bezweifeln, daß der Befehl ausgeführt werden mußte, da er im nationalen Interesse Englands lag?“ Diese Deduktion stellt zwar schlicht und sorglos das ganze Problem des Gehorsams bei rechtswidrigem Befehl auf den Kopf. Sie verneint ganz simpel den Konflikt; aber sie ist eben deswegen so britisch, wie sie britischer nicht sein kann. Durch sie wird die nationale Nützlichkeit als alleingültig allen Konflikten aus Recht, Moral und Gewissen übergeordnet. Paget hat die gesamte britische Öffentlichkeit für sich. Niemand in England macht dahinter ein Fragezeichen, es sei denn, er will als Doktrinär ohne Realitäten-Verstand betrachtet sein. Der Fall Oran ist Beispiel dafür, wie das

Problem entproblematisiert werden kann. Es ist britisch einfachst, grundsätzlich und endgültig gelöst. Die Methode Oran und das Werturteil Oran ist geltendes Recht geworden. Darauf kam es an. Darauf wird es auch für die Zukunft ankommen.

Von anderer Seite gesehen sieht es anders aus. Nicht-Briten muß es gestattet sein, anders darüber zu denken, denn ein Problem, das für andere auf die britische Weise nicht gelöst werden kann, bleibt ungelöst. Es gilt insbesondere für Deutsche. Es gilt — eigentlich — für alle, nicht zuletzt für die USA und für die Gesamtheit der NATO.

Nach der Lehre, die aus den Kriegsverbrecherprozessen nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt worden ist, hätten andere Befehlshaber an Stelle der britischen in Zypern und Malta das Recht — wenn nicht die Pflicht — gehabt, den Gehorsam zu verweigern. Die Aggression gegen Ägypten verstieß, ohne daß daran ein Zweifel gestattet oder auch nur behauptet worden wäre, gegen die Charta der UNO ebenso wie gegen den besonderen Nah-Ost-Vertrag von 1950. Der Wortlaut dessen sei auszugsweise wiedergegeben: „Die drei Regierungen — (USA, Großbritannien und Frankreich) — erklären, daß alle in Frage stehenden Staaten ... versicherten, daß sie nicht beabsichtigen, irgendeine Angriffshandlung gegen irgendeinen anderen Staat zu unternehmen ... Sollten die drei Regierungen feststellen, daß irgendeiner dieser Staaten sich darauf vorbereitet, die Grenzen oder Waffenstillstandslinien zu verletzen, würden sie in Übereinstimmung mit ihren Verpflichtungen als Mitglieder der Vereinten Nationen unmittelbar zu Taten schreiten ... um eine solche Verletzung zu verhindern.“

Die Aggression geschah durch Israel gegen Ägypten. Also wären die drei Vertragschließenden, — aber gemeinsam — gehalten gewesen, gegen Israel einzuschreiten. Das Gegenteil geschah. England und Frankreich gingen gegen Ägypten vor in Gemeinsamkeit mit dem die Grenzen überschreitenden Israel. Damit wurde auch die Charta der Vereinten Nationen gebrochen. Die Aggression gegen Ägypten ist angetan, die Grundlagen der UNO, dabei Wesen und Aufgabe der NATO sowie das Grundsätzliche des Vertragsgedankens schlechthin zu zerstören.

Nach der Nürnberger, aus den Prozessen zu ziehenden, Lehre ist bereits die Vorbereitung eines derartigen Krieges für Soldaten strafbar wie natürlich ebenso die aktive Teilnahme. Dort erhielt der militärische Führer eine Verantwortung zugewiesen, die ihm einen Widerstand gegen die politische Fehl-Führung abverlangt. Hier beginnt das Recht und sogar die Pflicht zur Gehorsamsverweigerung, wobei das persönliche Risiko der physischen oder moralischen Liquidierung durch das herrschende System nicht ins Gewicht fallen dürfe.

Nach dieser Lehre ist für den Fall der Aggression in Ägypten der Widerstand gegeben gewesen. Es spielt dabei keine Rolle, ob die Aggression in der politisch offiziellen Kennzeichnung als „Vergeltungsmaßnahme“ oder als „Polizeiaktion“ deklariert wird. Beide widersprechen völkerrechtlich zwingend bindenden Verträgen in genau demselben Sinne wie etwa eine Kriegserklärung ihnen widersprochen hätte. Das entscheidend wichtige Element ist der Vertragsbruch.

Aus den Vorgängen der „Revolution“ von 1944 (wenn sie auch praktisch mißglückte) in Deutschland ist die allgemeine Lehre gezogen worden, daß das Gewissen gegen das Unrecht aufzustehen habe. Diese Lehre ist auch für die Bundeswehr der westdeutschen Bundesrepublik gefordert worden. Es wird die subjektive Gewissenshaltung als gegeben und berechtigt angesehen. Die Subjek-

tivität des Gewissens wird auch dann anerkannt, wenn ihre Folgerungen der allgemeinen Haltung von Volk und Wehrmacht zuwiderlaufen. Das Höchstmaß an Individualität wird aufgerufen. 1944 war das Volk in seiner Gesamtheit und die Wehrmacht in Millionen von führenden und nicht-führenden Persönlichkeiten der politischen Führung gehorsam. Nur ein verschwindend kleiner Bruchteil im Verhältnis zur Gesamtzahl der Gehorchenden war revolutionär aus Gewissen. Damit die Lehre vom subjektiv sich bildenden Gewissen sich erhalte und in der Bundeswehr fortpflanze, wurde der Personalgutachterausschuß, der die oberen Führer auswählte und genehmigte, mit Männern und Frauen dieser Lehre der Revolution von 1944 durchsetzt. Nur wer in ihrem Sinne „zuverlässig“ dachte, sollte verantwortlicher militärischer Führer der Bundeswehr sein können. Die Lehre stabilisiert das Recht und die Pflicht der militärischen Führung zur Überprüfung von Recht und Unrecht in der politischen Befehlserteilung.

In Zukunft und bei uns wird die politische Führung in ihren Entschlüssen, die zu einer militärischen Befehlserteilung führen, sich grundsätzlich und jeweils fragen müssen, ob wohl auch die militärischen Führer die Befehle befolgen werden. Sie wird sich so einrichten müssen, daß sie befolgt werden können, indem sie jeder rechtlichen und moralischen Überprüfung ohne Fragezeichen standhalten, auch unter der Annahme eines speziellen subjektiven Gewissens.

Diese unausweichliche Folgeerscheinung allerdings dreht die Absicht in das Gegenteil. Die Absicht war, die militärische Funktion der politischen unter allen Umständen zu unterstellen. Das war nichts Neues. In Preußen wie im Deutschen Reiche war es schon immer so. Neu ist nur die Pflicht zum Überprüfen und das Recht wie die Pflicht des subjektiv aufgerufenen Gewissens zum Nein-Sagen. Dadurch kann praktisch die Entscheidung der militärischen Führung bestimmend werden für die an sich zeitlich und graduell vorangehende politische Funktion. Einer der nach dem Zweiten Weltkriege kriegsverurteilten deutschen militärischen Befehlshaber sagte einmal: in Zukunft wird der Soldat das Strafgesetzbuch im Tornister mit sich herumtragen müssen. Man wird hinzufügen dürfen: auch die neuesten Kompendien zum Völkerrecht muß er bei sich haben.

Die britische politische Führung kennt die neue Lehre nicht. Dort wird gehorcht, ob Recht oder Unrecht. Unrecht ist Recht, wenn es England nutzt. Was aber nutzt, entscheidet der Politiker. Das ist „geltendes Recht“. So aber ist das geltende Recht in Großbritannien ein anderes als in der militärisch integrierten Bundesrepublik. Mit der „Integration“ von Truppen mit unterschiedlichem Recht und unterschiedlichem „Gewissen“ ist es eine zweifelhafte Sache.

Bei Konferenzen der Evangelischen Akademie in Loccum 1956 haben Offiziere der USA ihre ersten Bedenken gegenüber der allgemeinen Lehre vom subjektiven Gewissen des Ungehorsams nicht verhehlt. Hat doch diese Lehre schon einmal — und bei ihrer Entstehung — zu dem Ergebnis geführt, daß Straflosigkeit gefordert wurde für das Bombenlegen unter den Tisch des Befehlshabers als letzter Konsequenz. Die Befehlshaber wollen das nicht.

Eine kleine politische Gruppe in der Bundesrepublik, die Deutsche Reichspartei, hat kürzlich Auskunft verlangt über die Unterstellungsverhältnisse zwischen den NATO- und den westdeutschen Befehlshabern und insbesondere über das Recht und die Pflicht der Gehorsamsverweigerung der westdeutschen Truppenführer. Die Frage müßte von allen Seiten gestellt werden, von der politischen ebenso wie von der wissenschaftlichen, der journalistischen und nicht zuletzt von der militärischen Seite.

Vom künftigen deutschen Soldaten

GEORG JENTSCH

Ein Sonderdruck des Herder-Verlages bringt drei Aufsätze von *Werner Picht*, die der Monatsschrift *Wort und Wahrheit* entnommen sind. Erfreulich ist bei den Ausführungen des Verfassers die ungewöhnlich große Sachkenntnis in bezug auf das behandelnde Problem. Er macht sich die Lösung nicht leicht. Schon aus diesem Grunde verdient er eine Antwort, die auch noch dadurch herausgefordert wird, daß der Verlag selbst die Veröffentlichung als Diskussionsgrundlage bezeichnet, ohne sich damit zu identifizieren.

Die beiden ersten Aufsätze erarbeiten die sachlichen Voraussetzungen der Problemstellung. Im ersten wird die vom Verteidigungsministerium herausgegebene Schrift gleichen Titels einer sehr ernst zu nehmenden Kritik unterzogen, der wir im großen und ganzen zustimmen vermögen. Auch der zweite Aufsatz „Soldaten im Wandel“ bedarf keiner grundsätzlichen Richtigstellung. An einigen Stellen kommt er der Problemlösung so nahe, daß man meinen könnte, der Verfasser habe den Gesamtkomplex tatsächlich erfaßt. Das gilt besonders von der Formulierung: „Im Soldaten hat die Menschheit eine Seinsform entwickelt, die als geistiges Leitbild unabhängig von Uniform und Waffe Bestand und Gültigkeit hat. Es ist in der Form des miles Christi unveräußerlicher Bestandteil abendländischen Denkens und abendländischer Gesittung geworden.“

Beim Studium des dritten Aufsatzes „Der Soldat im Atomzeitalter“ merkt man dann allerdings bald, daß es dem Autor noch nicht gelungen ist, den inneren Bruch in der Argumentation, den er dem Verteidigungsministerium vorwirft, für sich selber zu vermeiden. Werner Picht ist in den Männerbund verliebt. Er verabsolutiert ihn. Er hat zwar Hans Blüher aufmerksam gelesen, hat ihn aber anscheinend nicht mit gleicher Aufmerksamkeit zu Ende gelesen, weil er sonst wissen müßte, daß das Sakrament, das Bereich des Heiligen, nicht einer Männerwelt zuerkannt wird, sondern einer versöhnten Welt, die aus der polaren Gespaltenheit des Menschseins die einzig mögliche Folgerung gezogen hat. Werner Picht sollte begreifen, daß es ja gerade das Wesen der heutigen Krise ist, daß die Männerwelt zugrunde geht. Sie mit freiwilligen Atombombenkriegern aufrecht erhalten zu wollen, ist genau so hoffnungslos, wie es hoffnungslos war, als die Amazonen darangingen, mit den Mitteln des Mannes die zerfallende Gynäkokratie zu verteidigen. Der Sinn der Wandlung liegt in ganz anderer Richtung.

Wohl ist der Einzelkämpfer gefordert. Er ist aber gefordert als der bewußt Waffenlose, der damit auch dem Urbild jeder Gewalt die Waffe aus den Händen schlägt. Die Männerbünde hatten ihre Berechtigung und ihre Zeit, solange gewaltlose Existenzsicherung, die keineswegs das Phänomen des Krieges aus dem Zusammenhang der Handlung herausreißt, wie der Autor irrtümlich meint, geistig noch nicht vollziehbar war. Es ist das Wesen des revolutionären Geschehens unserer Tage, daß nicht nur im Atom die Urkraft entdeckt wird, die massierten Stahl- und Masseneinsatz sinnlos werden läßt, sondern daß sich auch im Einzelindividuum der gleiche Prozeß vollzieht, der dieses instand setzt, wieder an die unwiderstehliche Gewalt seiner Nichtigkeit und Schutzlosigkeit glauben zu können. Hier liegt die eigentliche Revolution unserer Zeit. Sie wird von Werner Picht mitvollzogen werden, denn er steht unmittelbar vor der Schwelle.

Die Entstehung der Zonengrenze

KLAUS-EBERHARD MURAWSKI

Unabhängig von der Frage, wie immer die politische Zukunft Deutschlands aussehen würde, beauftragten die alliierten Gegner Deutschlands im Herbst 1943 ihr politisches Planungsorgan in London, die European Advisory Commission (EAC), eine gemeinsame Besatzungspolitik und Besatzungsverwaltung auszuarbeiten. In der Frage der Besetzung Deutschlands hatten zunächst nur die Engländer und die Sowjets klare Vorstellungen. Der britische Vertreter, Sir William Strang, legte als erster der EAC einen Entwurf vor. Danach sollte Deutschland (ausdrücklich in den Grenzen von 1937!) in drei Zonen geteilt werden. Für die Sowjets waren 40 v.H. des Reichsgebietes vorgesehen; ihre Zone sollte nicht nur die Länder Mecklenburg, Sachsen, Thüringen und die preußischen Provinzen Sachsen, Brandenburg und Pommern (mithin also die heutige Sowjetzone) umfassen, sondern auch die östlich davon gelegenen Teile Preußens (also die jetzt unter vorläufiger fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebiete). Der sowjetische Vertreter Gussjew akzeptierte den Vorschlag mit der Einschränkung, daß die UdSSR an der Kontrolle des Ruhrgebietes beteiligt werden müsse.

Ein amerikanischer Gegenvorschlag vom Februar 1944 drang als unrealistisch nicht durch: Die Amerikaner wollten ohne Rücksicht auf historische Grenzen und Verkehrsverbindungen drei sich fächerartig von Berlin nach Norden, Westen und Süden erstreckende Zonen bilden; die sowjetische Zone sollte 22 v.H. des Reichsgebietes betragen. So konzentrierten sich die Beratungen des EAC im Sommer 1944, nachdem die Invasion das Kriegsende in absehbare Nähe gerückt hatte, auf den britisch-sowjetischen Vorschlag. Am 12. September 1944 stellten die Alliierten im sogenannten Ersten Zonenprotokoll fest: „Deutschland in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 wird zum Zweck der Besetzung in drei Zonen geteilt. Jede der drei Mächte erhält eine Zone und einen bestimmten Sektor in Berlin, welches von den drei Mächten gemeinsam besetzt wird.“

Bei der Festlegung der Westgrenze der sowjetischen Besatzungszone griffen die Alliierten auf das Reichsrecht zurück: Sie zitierten ausdrücklich die Verordnung des Reichsinnenministers über die Gebietsbereinigung im Raum Salzgitter vom 25. Juni 1941, nach welcher zwischen den Ländern Preußen und Brandenburg Gebiete ausgetauscht worden waren. Die Grenze zwischen den Zonen der Westmächte (die noch festzulegen waren) und der Sowjetzone sollte der binnendeutschen Verwaltungsgrenze folgen und an der Westgrenze des Landes Mecklenburg, der Provinz Sachsen und an der West- und Südgrenze des Landes Thüringen verlaufen. Im Zweiten Zonenprotokoll vom 14. November 1944 ließen sich die Amerikaner den Süden Deutschlands zuweisen, nachdem sie im Zeichen des Morgenthau-Planes ihr Interesse an dem Ruhrgebiet aufgegeben hatten. Anlässlich der Potsdamer Konferenz unterzeichneten die drei Mächte am 26. Juli 1945 das Dritte Zonenprotokoll, das die Beteiligung Frankreichs an der gemeinsamen Besatzung regelte.

Bekanntlich stießen die westalliierten Streitkräfte im Frühjahr 1945 weit über den für sie vorgesehenen Besatzungsraum vor: Die 1. US-Armee erreichte durch

die Leipziger Mulde die Elbe, die 3. US-Armee gelangte bis in das Chemnitzer Industriegebiet (um dann nach Süden umzuschwenken), die 9. US-Armee besetzte auf breiter Front das Elb-Ufer im Magdeburger Raum (um dort stehen zu bleiben), während die 2. britische Armee nach Überschreiten der Niederelbe einen Teil Mecklenburgs in Besitz nahm. Zwar hatte Churchill größte Bedenken, diesen 200 Kilometer breiten Streifen den Sowjets zu überlassen, aber die Übergabe der Berliner Sektoren an die Westmächte und die Räumung Niederösterreichs durch die Sowjets waren davon abhängig, daß den Zonenprotokollen Genüge getan wurde. So verabredeten Truman, Churchill und Stalin Mitte Juni 1945, daß am 1. Juli der Rückzug der Streitkräfte in die festgelegten Bereiche Deutschlands und Österreichs beginnen sollte. Bereits am 21. Juni 1945 übergaben die Amerikaner im westlichen Mecklenburg, in der Provinz Sachsen, in den Ländern Thüringen, Sachsen und Anhalt die Verwaltung an sowjetische Dienststellen. Am 2. Juli 1945 veröffentlichte die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur die kurze Mitteilung: „Am Morgen des 1. Juli begann das Alliierte Oberkommando mit dem Abzug der amerikanischen und britischen Truppen aus der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Sowjetische Truppen marschierten in Schwerin, Halle, Leipzig, Weimar, Erfurt und Plauen ein.“ Und Churchill ahnte, als er in jenen Sommertagen 1945 vor dem Abzug der amerikanischen Truppen aus Mitteldeutschland in einem Telegramm an Präsident Truman als erster von dem „Eisernen Vorhang von Lübeck bis Triest“ sprach, das deutsche und europäische Verhängnis voraus.

Veränderung der historischen Grenzen

Im folgenden wird eine Übersicht über diejenigen Abschnitte der Zonengrenze gegeben, in denen sie von den historischen Landes- bzw. Provinzgrenzen aus der Zeit vor 1945 wesentlich abweichen.

I. Grenzveränderungen zwischen Schleswig-Holstein und Mecklenburg

1. Vom Lande Schleswig-Holstein wurden abgetrennt und dem Land Mecklenburg zugeteilt:
 - a) Schaalseegebiet (vom LKr. Herzogtum-Lauenburg zum LKr. Hagenow),
 - b) Gemeinde Lassahn (vom LKr. Herzogtum-Lauenburg zum LKr. Hagenow).
2. Vom Land Mecklenburg wurden abgetrennt und dem Land Schleswig-Holstein zugeteilt:
 - a) Gemeinden Bäk,
 Mechow,
 Römnitz,
 Ziethen
 (vom LKr. Schönberg zum LKr. Herzogtum-Lauenburg),
 - b) weitere kleinere Grenzveränderungen wurden vorgenommen.

II. Grenzveränderungen zwischen Niedersachsen und Mecklenburg

1. Vom Land Niedersachsen wurde abgetrennt und dem Land Mecklenburg zugeteilt: der Teil des LKr. Lüneburg nördlich der Elbe — Gebiet um Neuhaus — zugunsten des LKr. Hagenow.
2. Vom Land Mecklenburg wurde abgetrennt und dem Land Niedersachsen zugeteilt: Domäne Kaltenhof bei Dömitz (vom LKr. Ludwigslust zum LKr. Lüchow-Dannenberg).

III. Grenzveränderungen zwischen Niedersachsen und Brandenburg

Es wurden keine Grenzveränderungen vorgenommen.

IV. Grenzveränderungen zwischen Niedersachsen und Sachsen-Anhalt

1. Vom Land Niedersachsen wurden abgetrennt und dem Land Sachsen-Anhalt zugeteilt:
 - a) Kalvörde (vom LKr. Helmstedt zum LKr. Gardelegen),
 - b) Kreisteil Blankenburg in der SBZ,
 - c) ferner wurden sehr zahlreiche Grenzveränderungen vorgenommen.
2. Vom Land Sachsen-Anhalt wurden abgetrennt und dem Land Niedersachsen zugeteilt: keine Grenzveränderungen mit bewohnten Gebietsteilen; dagegen zahlreiche kleinere Grenzveränderungen.

V. Grenzveränderungen zwischen Niedersachsen und Thüringen

1. Vom Land Niedersachsen wurden abgetrennt und dem Land Thüringen zugeteilt: keine Grenzveränderungen mit bewohnten Gebietsteilen; dagegen kleinere Grenzveränderungen.
2. Vom Land Thüringen wurden abgetrennt und dem Land Niedersachsen zugeteilt: die Gemeinden Bad Sachsa, Tettenborn
(vom LKr. Grafschaft Hohenstein zum LKr. Osterode/Harz).

VI. Grenzveränderungen zwischen Hessen und Thüringen

1. Vom Land Hessen wurden abgetrennt und dem Land Thüringen zugeteilt:
 - a) Gemeinden Asbach, Siekenberg, Vatterode, Weidenbach
(vom LKr. Witzenhausen zum LKr. Heiligenstadt)
 - b) (nicht dagegen: LKr. Herrschaft Schmalkalden; 1. 4. bzw. 1. 7. 1944),
 - c) weitere kleinere Grenzveränderungen wurden vorgenommen.
2. Vom Land Thüringen wurden abgetrennt und dem Land Hessen zugeteilt:
 - a) Gemeinden Neuseesen, Werleshausen
(vom LKr. Heiligenstadt zum LKr. Witzenhausen).
 - b) weitere kleine Grenzveränderungen wurden vorgenommen.

VII. Grenzveränderungen zwischen Bayern und Thüringen

1. Vom Land Bayern wurden abgetrennt und dem Land Thüringen zugeteilt: keine Grenzveränderungen mit bewohnten Gebietsteilen; keine technischen Grenzveränderungen.
2. Vom Land Thüringen wurden abgetrennt und dem Land Bayern zugeteilt: Exklave Ostheim mit den Gemeinden: Ostheim vor der Rhön, Sondheim vor der Rhön, Stetten, Urspringen
(vom LKr. Meiningen zum LKr. Mellrichstadt).

VIII. Grenzveränderungen zwischen Bayern und Sachsen.

Keine Grenzveränderungen mit bewohnten Gebietsteilen;
keine technischen Grenzveränderungen.

Kassel

Großstadt im Zonenrandgebiet

KURT FURER

Um die Jahrhundertwende und in den darauf folgenden Jahren war Kassel vorwiegend als Beamten- und Pensionärstadt bekannt. Seit 1866 zwar nicht mehr Landeshauptstadt, förderte die preußische Regierung die Metropole Kurhessens mit Errichtung der Provinzialverwaltung, die nicht nur das alte kurhessische Gebiet verwaltete, sondern auch die Stadt Frankfurt/Main und die ebenfalls 1866 zu Preußen geschlagenen Gebiete des Herzogtums Nassau. Neben dem Oberpräsidenten und weiteren Provinzialverwaltungen sowie dem Landeshauptmann residierte für die alten kurhessischen Lande ein Regierungspräsident. Zahlreiche Gerichte, hohe Militärdienststellen, eine große Garnison u. a. mehr brachten es mit sich, daß Kassel zur Beamtenstadt wurde und viele Staatsdiener veranlaßte, auch im Ruhestand hier wohnen zu bleiben.

Die Förderungsmaßnahmen der preußischen Regierung erstreckten sich aber auch auf wirtschaftliches Gebiet. Die schon vorhandenen Industrieunternehmen, z. B. der Maschinen-, Lokomotiv-, Fahrzeug- und Textilindustrie, hier insbesondere der Schwerwebereien, erfuhren nach Gründung des Zweiten Deutschen Reiches einen bedeutenden Aufstieg. Die Henschelwerke wurden durch C. A. Oskar Henschel zu einem Weltunternehmen im Lokomotivbau ausgebaut. Kasseler Schwergewebe gingen in alle Welt und zeugten von der Tatkraft und dem Fleiß Kasseler Bürger.

Als inländische Märkte der Kasseler gewerblichen Wirtschaft boten sich neben dem kurhessischen Bezirk die südlichen Gebiete der benachbarten Provinz Hannover an und die westlichen Gebiete Thüringens und die Provinz Sachsen. Diese wirtschaftliche Orientierung war von der Natur vorgezeichnet. Nach Südwesten standen dem natürlichen Verkehrsfluß lediglich die westhessische Senke und das enge Fuldataal offen, während nach Osten hin das Werratal und die Leine-Ilme-Senke den Kaufleuten einen ungehinderten Zutritt zu den thüringischen Landen gab. Außerdem war das Fulda-Werra-Bergland leicht zu überwinden. Zu dem kam noch die enge Verwandtschaft des chattischen und thüringischen Stammes, die in den früheren Jahrhunderten vor der Teilung der hessisch-thüringischen Lande in einem gemeinsamen Staat besonders gepflegt wurde. Auch heute noch ist dieses Zusammengehörigkeitsgefühl diesseits und jenseits der Zonengrenze im hessisch-thüringischen Bergland lebendig.

Nach der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre, unter der auch die Kasseler Betriebe infolge ihrer exportintensiven Stellung zu leiden hatten, wurde das Kasseler Wirtschaftsleben durch die Wiederaufrüstung stark belebt, insbesondere durch den Ausbau der vorhandenen Industrie zu einer kriegswichtigen Wirtschaft. Die Folge von dieser wirtschaftlichen Entwicklung war ein starker Anstieg der Bevölkerung. In rund 10 200 nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten wurden damals 101 500 Personen beschäftigt. Davon entfielen 38,8% auf die Industrie und das Handwerk, 24,3% auf den sonstigen Handel und Verkehr. Als der massierte Luftangriff am 22. Oktober 1943 die radikale Zerstörung Kassels als wirtschaftliches Zentrum einleitete, sank die Wohnbevölkerungsziffer von rund 225 000 im Jahre 1939 auf rund 113 000.

Mit über 40 000 blieb die Zahl der Industriebeschäftigten weiter ziemlich konstant, bis die Besatzung und der Totalzusammenbruch kam. Im April 1945 sank

die Bevölkerung auf 71 000 „Lebensmittelkartenempfänger“. Eine andere Statistik gab es damals nicht. Nach vorsichtigen Schätzungen lebten zu diesem Zeitpunkt aber nur ca. 40 000 Personen in Kassel. Alle Industrie- und Versorgungsbetriebe waren im Kriege mehrfach zerstört oder doch schwer beschädigt worden.

Von der menschlichen Seite aus gesehen war der Wohnungsbau am förderungswürdigsten. Von den 1939 registrierten 63 568 Wohnungen standen 1945 mehr oder weniger beschädigt nur noch 29 603 Wohnungen. Von dem gesamten Wohnungsbestand waren nur 14% unzerstört geblieben. 1955 wurden 51 778 Wohnungen gezählt. Seit 1945 bedeutet dies einen Zugang von 22 175 Wohnungen. Von 1950 bis 1955 war eine Zunahme von 14 667 Wohnungen festzustellen, das sind 6,1% des gesamten Zuganges von Hessen. Auf 10 000 Einwohner (31. 12. 1955) Kassels kamen in diesem Zeitraum somit 769 Normalwohnungen neu hinzu (in Hessen: 523).

Die Zonenrandlage Kassels wirkte sich für den wirtschaftlichen Wiederaufbau hemmend aus, insbesondere nachdem die russische Besatzungsmacht die Zonengrenze hermetisch abriegelte. Jahrzehntlang bestehende enge Wirtschaftsverbindungen zwischen Kassel und dem zu dieser Stadt gehörenden Wirtschaftsraum wurden zerrissen. Die erforderlichen Verkehrswege in den nun wirtschaftlich neu zu erobernden Räumen waren teilweise überhaupt nicht vorhanden, teilweise aber nur auf Umwegen zu erreichen. Gerade die Verbindung in das rheinisch-westfälische Industriegebiet war (und ist heute noch) alles andere als günstig. Auf der Straße ist das Industriegebiet nur auf der stark überlasteten Bundesstraße 7 und auf der gebirgigen Bundesstraße 251 direkt zu erreichen, wenn der Autofahrer nicht den Umweg über Marburg — Siegen nehmen will. Auf dem Schienenweg bestehen nur die Strecken über Warburg oder Gießen.

Diese standortmäßig ungünstigen Bedingungen hemmten den Aufbau der gewerblichen Wirtschaft Kassels. Trotzdem wurde, besonders in den letzten Jahren, manches erreicht. So beherbergte Kassel 1949 wieder 138 Industriebetriebe, 142 im Jahre 1955¹⁾. Die Beschäftigungsziffer stieg im gleichen Zeitraum von 23 416 (= 100) auf 30 751 (= 134). Die hier ausgewiesenen Industriefirmen erzielten 1949 Umsatzziffern in Höhe von 327,5 Millionen DM (= 100) und 1955 sogar 662,5 Millionen DM (= 191). Der Export stieg von 6,9 Millionen DM 1949 auf 116,3 Millionen DM 1955.

Die wirtschaftliche Struktur insbesondere bei der Industrie hat sich gegenüber den Vorkriegsjahren wie auch den ersten Jahren nach 1945 in gewissem Maße verändert. Vor dem Kriege herrschte die Rüstungsindustrie vor, so die Flugzeug- und Panzerwerke und Munitionsanstalten, darüber hinaus der schon erwähnte Lokomotiv- und Fahrzeugbau. Kassel hatte somit vor dem Kriege eine besonders krisenempfindliche Industrie; dies mußte bei einem Rückschlag unabsehbare Folgen haben. Die Nachkriegsjahre sprechen da ein beredtes Zeugnis. Der Lokomotiv- und Fahrzeugbau konnte sich vor dem Kriege nur durch Verlagerung des Marktes auch in das Ausland eine stete Beschäftigung sichern, da die damalige Reichsbahn wohl ständiger Abnehmer dieser Produktion war, aber die Kapazität dieser Werke nicht ausgenutzt werden, geschweige denn erweitert werden konnte. Auch heute ist gerade dieser Industriezweig trotz erhöhten Nachholbedarfs und der in den nächsten Jahren rapiden Umstellung der Bundesbahn von Dampflokomotiven auf elektrische und Diesellokomotiven auf starken Export

¹⁾ Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten.



Kassel, Herkules mit Kaskaden im „größten Waldpark Europas“

Foto: Günther Becker



Kassel. Wiederaufbau zwischen Tradition und Moderne. Rechts Haus der Jugend, links neue Fußgängerbrücke mit neuen Wohnbauten im Hintergrund.

Foto: Kurt W. L. Mueller

angewiesen. Exportintensiv sind auch die feinmechanische und optische Industrie, die ebenfalls im Kasseler Raum von alters her beheimatet sind. Die schon erwähnten Schwerwebereien sind in aller Welt bekannt.

Nach dem Kriege sind verschiedene neue Betriebe in Kassel angesiedelt worden und haben die vorher etwas einseitig orientierte Kasseler Industrie aufgelockert. Diese neuen Betriebe sind hauptsächlich an der Peripherie der Stadt und im benachbarten Landkreis Kassel zu finden und haben heute schon dafür vorgesorgt, daß eine Ausdehnungsmöglichkeit besteht. Die alten Kasseler Betriebe dagegen, die sich am Stadtrand etabliert hatten, haben im verstärkten Maße unter Raum- und Ausdehnungsnot zu leiden und mußten schon vor dem Kriege teilweise Zweigbetriebe außerhalb Kassels errichten, um diesem Mißstand gegenüberzutreten. Die Entwicklung und Umstellung der Industrie in Kassel wäre weitaus schneller fortgeschritten, wenn Kassel nicht unmittelbar an der Zonengrenze liegen würde.

Die Stadt hat sich für die Weiterentwicklung und Festigung der Industrie 3 Aufgaben gestellt:

1. Erhaltung, Festigung und Erweiterung der Wirtschaftskräfte der vorhandenen Betriebe,
2. Anziehen neuer zusätzlicher Wirtschaftskräfte, was zugleich bedeutet, Kassel als Wirtschaftsfaktor anziehender zu machen, also ein wirtschaftsförderndes Klima zu schaffen,
3. Auflockerung des einseitigen Wirtschaftsgefüges mit dem Ziel, die gegenwärtigen Schwerpunktproduktionen durch ausgleichende Erzeugungszweige zu ergänzen.

Dieses Ziel kann nicht nur durch Neuansiedlung, sondern auch durch Veränderung, d. h. Umstellung, Erweiterung und Ergänzung des Produktionsprogrammes der bereits bestehenden Betriebe, ermöglicht werden. Schon in früheren Jahren hat hier die Firma Henschel durch die teilweise Umstellung des Lokomotivbaues auf Fahrzeugbau ein ausgezeichnetes Beispiel gegeben. Mit Hilfe dieses Dreipunkte-Programms der Stadt Kassel und den Förderungsmaßnahmen des Bundes und des Landes Hessen für die Zonenrandgebiete dürfte für Kassel ein erfreulicher Aufbau möglich sein.

In diesem Zusammenhang sind die Finanzhilfen des Bundes und des Landes Hessen für die Kasseler Wirtschaft von der Währungsreform bis zum 31. 3. 1955, die sich auf Angaben des hessischen Ministers für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr stützen, interessant. Das Land Hessen vergab an die Stadt Kassel insgesamt rund DM 19,9 Millionen staatsverbürgte Kredite, 1,8 Millionen Staatskredite, 280 000 verlorene Zuschüsse und Zinsverbilligungen, 1,8 Millionen Darlehen für verstärkte Förderung für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, also insgesamt 23,6 Millionen DM Finanzhilfen, das sind 8,5 % der gesamten von Hessen erteilten Finanzhilfen oder 141,16 DM pro Kopf der Bevölkerung bei einem Landesdurchschnitt von 64,37 DM. Bei einem Vergleich mit den übrigen Stadt- und Landkreisen Hessens haben nur die Kreise Eschwege mit 311,42 DM als besonders förderungswürdiger Zonenrand- und Sanierungskreis und der Kreis Wiesbaden mit 153,39 DM als Landeshauptstadt mehr Finanzhilfen pro Kopf der Bevölkerung erhalten. Die hessische Regierung hat also wohl erkannt, wie wichtig gerade eine Förderung des Kasseler Stadtkreises ist. Über diese 23,6 Millionen DM Finanzhilfen des Landes hinaus erhielt die Stadt noch 23,9 Millionen DM ERP-Mittel (5,6 % sämt-

licher in Hessen ausgegebenen ERP-Mittel) und 315 000 DM Bundesmittel zur Verfügung gestellt (5,3% der im Lande Hessen ausgeworfenen Bundesmittel). Insgesamt erhielt die gewerbliche Wirtschaft Kassels somit rund 48 Millionen DM Finanzhilfen oder 6,7% der hessischen Finanzhilfen. Auch hier ist der Betrag pro Kopf der Bevölkerung interessant: er betrug 285,30 DM bei einem Landesdurchschnitt von 163,53 DM. Bei den gesamten Finanzhilfen rangiert hier Kassel aber an 6. Stelle nach den Kreisen Darmstadt-Stadt, Fritzlar-Homberg, Frankfurt-Main, Eschwege und Wiesbaden.

Über diese Finanzhilfen hinaus wurden und werden den Betrieben Kassels als anerkannter Zonenrandstadt noch Sonderabschreibungen gewährt. Bis zum 31. 12. 1954 wurden in Hessen 450 Fälle genehmigt, in denen zusammen 15,1 Millionen DM abgeschrieben werden durften. Davon entfielen allein auf Kassel 89 Fälle mit 5,2 Millionen DM, also über 33 $\frac{1}{3}$ %. Gerade diese Abschreibungsmöglichkeit im Zonenrandgebiet dürfte manchen Betrieb insbesondere in den Ballungsgebieten veranlassen, Zweigbetriebe hier aufzubauen. Die Startmöglichkeiten für derartige Betriebe werden dadurch weitaus günstiger gestellt. Die Auswirkungen der Umsatzsteuererleichterungen sind in diesen Ergebnissen nicht einmal erfaßt. Neben den Sonderabschreibungen sind der Kasseler gewerblichen Wirtschaft weiterhin Investitionsrücklagen möglich, Zuschüsse aus der Frachthilfe, bevorzugte Vergebung öffentlicher Aufträge, Straßenbaumaßnahmen, Notstandsarbeiten und ähnliches.

Trotz der erheblichen Zuwendungen von Bund und Land sind weitere Förderungsmaßnahmen im Rahmen des Zonenrandprogramms unbedingt erforderlich. Der hessische Staatskommissar für die Förderung der hessischen Notstandsgebiete und Zonengrenzkreise legt dies in seiner Denkschrift über die Zonenrand- und Sanierungsgebiete des Landes Hessen, die im März 1956 der Öffentlichkeit vorgelegt wurde, ausdrücklich dar. In der Denkschrift heißt es u. a.:

„... ist der Rückstand Kassels gegenüber der Vorkriegszeit und der allgemeinen Konjunktorentwicklung, vor allem verursacht durch die ins Mark schneidende Kriegszerstörung, immer noch so beträchtlich, daß für sie — trotz des sichtbaren Aufschwunges während der letzten Jahre — eine spürbare Förderung angebracht erscheint. Diese Notwendigkeit wird bereits durch die Tatsache demonstriert, daß ihre Einwohnerzahl am 30. 6. 1955 mit 189 151 — nach dem letzten bekannten Stand vom 1. 1. 1956 betrug diese Ziffer bereits 192 515 — immer noch erheblich unter dem Stand von 1939 mit 216 241 liegt. Zwar entspricht der Stand von 1939 einer außergewöhnlichen Rüstungskonjunktur, die der Stadt Kassel besonders zugute kam. Wohl ist auch in den vergangenen Jahren viel für Kassel getan worden, nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet, sondern durch die Errichtung von Fachschulen, insbesondere der Staatlichen Ingenieurschule für Maschinenbau und Elektrotechnik und sonstiger kultureller Maßnahmen und die Zuweisung des Bundessozialgerichts und des Bundesarbeitsgerichts. Auch die vom Land geförderte „Bundesgartenschau“ war ein Ruck vorwärts. Trotzdem ist die wirtschaftliche Kapazität Kassels immer noch nicht ausgeschöpft. Es gibt immer noch unausgenützte Betriebsanlagen, zumal noch gewisse Reserven an Arbeitskräften vorhanden sind. Ein entscheidender Ausgleich für den Standortnachteil der Zonengrenznähe wäre die Erteilung öffentlicher Aufträge, für die gerade die Wirtschaft der Stadt Kassel besonders günstige Voraussetzungen bietet, und der Bau der Autobahn Kassel-Kamen als Brücke zum westfälischen Industriegebiet.“

Hilfeleistungen des Bundes für die Zonenrandgebiete

KURT PLUCK

Wer wollte daran zweifeln, daß sich Pflichten und Interessen des Bundes bei seiner Hilfe für die Zonenrandgebiete im Einklang befinden? Die Pflichten erwachsen ihm als sozialem Staat, der für das Wohlergehen der Bevölkerung Sorge zu tragen hat. Der Art. 72 des Grundgesetzes spricht in seinem zweiten Abschnitt davon, daß der Bund das Gesetzgebungsrecht im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung habe, „soweit ein Bedürfnis nach bundesgesetzlicher Regelung besteht, weil insbesondere die Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse über das Gebiet eines Landes sie erfordert“. In sinngemäßer Umkehrung kann gesagt werden, daß der Bund — über den Bereich der Gesetzgebung hinaus — die Pflicht hat, für die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse in seinem Gebiet Sorge zu tragen. Und zwar nicht nur, was die Rechtsverhältnisse betrifft, sondern gerade auch bezüglich der materiellen Möglichkeiten und kulturellen Belange. Allerdings läßt sich die Uniformität, wie sie weithin für die Rechtsverhältnisse gilt, nicht in gleicher Weise auf den materiellen und kulturellen Bereich anwenden. Hier hat der Bund subsidiäre Funktionen auszuüben, in dem Sinne, gleiche Chancen des materiellen und kulturellen Lebens zu ermöglichen.

Dies gilt für gleichwo befindliche Notstandsgebiete in der Bundesrepublik. Für das Zonenrandgebiet trifft die Verpflichtung des Bundes in besonderer Weise zu, weil dieser als Rechtsnachfolger des deutschen Reiches in die besondere Verantwortung der aus der Spaltung Deutschlands entstehenden Folgen gezogen ist. Er tut es außenpolitisch durch die Bemühungen um die Wiedervereinigung. Die gleiche Konsequenz bindet ihn innenpolitisch im weitesten Sinne.

Diesen Pflichten stehen die Interessen nicht gegenüber, sie fallen mit ihnen zusammen. Sozialpolitisch gesehen sind Enklaven der Armut, des Notstands, des Zurückgebliebenseins — zumindest potentielle — Krisenherde. Disharmonische Wirtschafts- und Sozialstrukturen können Scheinblüten erleben, sie bleiben jedoch anfällig. Ein starkes Gefälle zwischen wirtschaftlich entwickelten, weil begünstigten Bezirken und Rückstandsgebieten ruft durch die Diskrepanz des Lebensstandards politische und soziale Spannungen hervor, die das Ganze gefährden können. Sich selbst überlassen, schwindet die Kraft unterentwickelter oder von der allgemeinen Entwicklung abgeschnittener Gebiete mehr und mehr zu Gunsten industrieller und kommerzieller Ballungsräume. Mit dem Durchschnittseinkommen steigt die Investitionsquote. Sich selbst überlassen, potenziert sich die Leistungsfähigkeit wirtschaftlicher Zentralräume. So vergrößert sich die Kluft zwischen Armut und Wohlstand durch die divergierenden Tendenzen der Gegenseiten. Konjunkturüberhitzung bahnt sich im wirtschaftlichen Ballungsraum an. Sie kann gedämpft werden durch die Verringerung des Anteils der öffentlichen Hand an der Investitionsquote zugunsten einer verstärkten Kreditgewährung und Investitionstätigkeit in den Notstandsgebieten. In diesem Zusammenhang nach den Interessen des Bundes zu fragen, erübrigt sich.

Über das sozialpolitische und wirtschaftliche Interesse des Bundes an einer zunehmenden Kräftigung der Zonenrandgebiete hinaus — das mit dem kulturellen Interesse Hand in Hand geht — sollte nicht vergessen werden, daß diese Bezirke

mit der Wiedervereinigung wieder ihre alten Funktionen als Übergangsräume zwischen Schwerpunktgebieten ausüben sollen. Die Förderung der Zonenrandgebiete ist also eine Vorleistung der Bundesrepublik für ein politisch, wirtschaftlich und sozial integriertes Gesamtdeutschland.

Dem Zonengrenzgebiet kommt jedoch außerdem hinsichtlich einer Politik der Wiedervereinigung steigende Bedeutung zu. Seit 1953 ist ein stetig wachsender Besucheraustausch zwischen Vereinen dieses Gebietes und solchen aus den der Zonengrenze nahegelegenen Städten und Orten der Sowjetzone zu verzeichnen. Die verwandtschaftlichen Bindungen zwischen Bundesrepublik und Mitteldeutschland sind naturgemäß im beiderseitigen Grenzraum am intensivsten. Die in Hoffnung auf eine künftige Wiedervereinigung betriebene Politik hat die Aufrechterhaltung der menschlichen Kontakte zum zwischenzeitlichen Tenor innerdeutscher Aktivität gemacht. In der Konsequenz liegen Anstrengungen, die sowjetzonalen Behörden immer wieder auf den Wunsch der Bevölkerung nach Wiedereröffnung des seit 1952 unterbundenen kleinen Grenzverkehrs hinzuweisen. In der Entwicklung des kleinen Grenzverkehrs liegt die aussichtsreichste Chance, den Besucherverkehr und damit die menschlichen Begegnungsmöglichkeiten zu erweitern. Da dieser menschlich private Kontakt die auf Dauer unabweisbare Voraussetzung einer Wiedervereinigung ist, wird das Zonengrenzgebiet immer mehr zum Prüfstein und Angelpunkt der Unteilbarkeit des deutschen Volkes. Die mit dem Verkehr der Vereine von hüten und drüben gegebene Gefahr der Infiltration ist geringer als die Chance, durch den „Angriff“ des menschlichen Kontaktes und die Überzeugungskraft des wirtschaftlichen Aufbaus im Zonengrenzgebiet die örtliche Position des Kommunismus jenseits der Zonengrenze zu erschüttern. Die Aussicht auf Erfolg kann durch planvolle Arbeit seitens des Bundes und der Länder noch wesentlich gesteigert werden. Das Interesse des Bundes als Wahrer gesamtdeutscher Belange liegt auf der Hand.

Seinen Pflichten und Interessen hat der Bund in den vergangenen Jahren nachzukommen gesucht. Im Nachfolgenden sind Hilfsmaßnahmen des Bundes für die Zonenrandgebiete kurz aufgezeichnet. Es muß erwähnt werden, daß der Bund dabei im weitesten Umfang auf die Zusammenarbeit mit den Ländern angewiesen ist, wie sich aus dem föderalen Aufbau der Bundesrepublik ergibt. Zur technischen Durchführung der Hilfsprogramme ist zu sagen, daß, nachdem der Bund Grundsätze und Richtlinien für die Vergabe der Mittel erlassen hat, es Aufgabe der Länder ist, für die Förderung geeignete Objekte vorzuschlagen. Die Ausgestaltung der Hilfsmaßnahmen lag also umfänglich bei den Ländern. Mit der Durchführung der Finanzierung der einzelnen Projekte wurden durch die Länder Banken beauftragt. Die damit verbundene Schwergewichtsverlagerung auf den einseitigen Gesichtspunkt der Rentabilität kann bedauert werden, ist jedoch nur schwer zu umgehen. Die Prüfung der Einzelprojekte und die Überwachung der Geschäftsabwicklung oblag den Ländern. Ihnen werden auch die Zinsrückflüsse der verfügbaren Beträge zugestanden, die sie für gleiche Maßnahmen verwenden können.

A. Feststehende Programme

1. Von 1951 bis 1954 lief das „Sanierungsprogramm der Bundesregierung“ in Höhe von jährlich 50 Mill. DM. Dieses Programm sah (neben einer Hilfe für die Stadt Kehl und die Insel Helgoland mit insgesamt 10 Mill. DM) Hilfsmaß-

nahmen für Notstandsgebiete vor, deren besondere Merkmale strukturelle Arbeitslosigkeit oder landwirtschaftlicher Notstand waren. Folgende Maßnahmen wurden aus diesen Mitteln gedeckt:

- a) Gewährung von Darlehen an gewerbliche Unternehmen,
- b) Gewährung von verzinslichen und zinslosen Darlehen und Zuschüssen für allgemein fördernde Maßnahmen auf dem gewerblichen Sektor (Handwerksförderung u. ä.),
- c) Gewährung von Zuschüssen, zinslosen und verzinslichen Darlehen für die gewerbliche Erschließung der Sanierungsgebiete (Ausbau der Verkehrsverbindungen, der Energieversorgung usw.),
- d) Gewährung von Zuschüssen, zinslosen und verzinslichen Darlehen zur Durchführung landwirtschaftlicher Maßnahmen.

Dieses Programm bezog sich also auf Notstandsgebiete schlechthin. Die durch die politische Grenzziehung von 1945 entstandenen Randgebiete waren als solche darin nicht besonders berücksichtigt. Gleichwohl flossen die Gelder des Sanierungsprogramms zum überwiegenden Teil in die Zonengrenzgebiete, da sie ohnehin Notstandsgebiete im Sinne des Sanierungsprogramms waren. Abgesehen von besonderen Verpflichtungen, die sich für den Bund aus den von sowjetzonaler Seite im Mai 1952 durchgeführten Sperrmaßnahmen an der Zonengrenze für die betroffenen Gebiete ergaben, beschloß die Bundesregierung im Jahre 1953

2. das „Programm zur Steigerung der Wirtschaftskraft und zur Beseitigung von Wirtschaftsschäden an den Grenzgebieten der Bundesrepublik“, das einmalig mit Mitteln in Höhe von 120 Mill. DM ausgestattet wurde. Die Mittel entstammen dem Bundesanteil an der Einkommen- und Körperschaftssteuer der Länder. Dieses Programm bezog sich auf einen 40 km breiten Streifen, der sich von Passau bis Flensburg am Ostrand der Bundesrepublik, der Tschechei und der Sowjetzonengrenze und im Norden der Ostseeküste entlang erstreckte, sowie auf das Grenzgebiet des Landes Rheinland-Pfalz zum Saargebiet.

Von der genannten Summe von 120 Mill. DM entfielen (nach Abzug von 4%) auf die einzelnen Länder

Bayern	27 936 000 DM
Hessen	8 064 000 DM
Niedersachsen	27 360 000 DM
Rheinland-Pfalz	11 808 000 DM
Schleswig-Holstein	40 032 000 DM

die mit diesen Mitteln folgende Maßnahmen gefördert haben und noch fördern:

- a) Erstattung von Frachthilfeaufwendungen,
- b) Zinszuschüsse für Rationalisierungskredite in strukturbestimmenden Industriezweigen,
- c) Zinszuschüsse für Investitions- und Betriebsmittelkredite an das Straßenverkehrsgewerbe,
- d) Wirtschaftsbeihilfen für existenzgefährdete landwirtschaftliche Betriebe,

- e) Ausbau von Verkehrsverbindungen; insbesondere Straßenbau,
- f) Neubau und Ausbau von Versorgungsanlagen,
- g) Förderung des Berufsausbildungswesens,
- h) allgemeine Wirtschaftsförderungs- und Erschließungsmaßnahmen, nach den für die unter 1. genannten Sanierungsaktionen geltenden Richtlinien.

Die beiden unter 1. und 2. umrissenen Programme liefen im Jahre 1954—1955 nebeneinander. Sie ergänzten und überschnitten sich und wurden für das Jahr 1955—1956 zu einem einheitlichen

3. „Regionalen Förderungsprogramm“ zusammengefaßt. Dieses führte die Hilfsmaßnahmen des Sanierungsprogramms und des Zonenrandprogramms mit Mitteln in Höhe von 150 Mill. DM fort. Für das Land Schleswig-Holstein wurden insgesamt 70 Mill. DM abgezweigt, mit welchem dieses Land, neben anderen Aufgaben, die sich aus der Fortführung der beiden vorhergehenden Programme ergebenden Maßnahmen bestreiten mußte. Weitere 3 Mill. DM wurden für die restliche Wiederbesiedlung der Stadt Kehl abgezogen, so daß (unter Berücksichtigung einer 10%igen Verfügungsbeschränkung der Gesamtsumme) ein Betrag von 69 Mill. DM verblieb. Aus ihm wurde die ostbayerische Frachthilfe gezahlt und der Rest von 61,6 Mill. DM folgendermaßen auf die Länder verteilt:

Bayern	23 350 000 DM
Hessen	6 200 000 DM
Niedersachsen	22 200 000 DM
Rheinland-Pfalz	9 830 000 DM

4. Aus dem von der Bundesregierung im Jahre 1951 eingerichteten Fonds für den Schulbau in den Grenzgebieten der Bundesrepublik in Höhe von 4,3 Mill. DM flossen ständig Mittel in das Zonengrenzgebiet. Dieser Fonds wurde für das Jahr 1955—1956 auf 7,3 Mill. DM erhöht. Weitere 2 Mill. wurden für sonstige kulturelle Zwecke im Zonenrandgebiet zur Verfügung gestellt. Nach Abzug von Reservemitteln und einer 10%igen Verfügungsbeschränkung erhalten

	Schulbaumittel	Mittel für allgem. kulturelle Aufgaben
Schleswig-Holstein	1 810 000 DM	320 000 DM
Niedersachsen	1 115 000 DM	512 000 DM
Hessen	467 500 DM	240 000 DM
Bayern	1 545 000 DM	528 000 DM
Rheinland-Pfalz	1 500 000 DM	—

5. Westdeutschen Landwirten, denen seit den Sperrmaßnahmen vom Mai 1952 die Bewirtschaftung ihrer jenseits der Zonengrenze liegenden Grundstücke verwehrt ist, werden Pachtausfallvergütungen gezahlt. Die hierfür verfügbaren Mittel betragen jährlich 250 000 DM.

B. Sonstige Leistungen des Bundes

1. Als die Sowjetzonenregierung im Mai 1952 an der Zonengrenze rigorose Sperrmaßnahmen durchführte, verschärfte sich der Notstand im Zonengrenzgebiet im allgemeinen und für verschiedene dort ansässige Wirtschaftszweige im

besonderen. Die vom Bund zur Behebung der akuten Schwierigkeiten zur Verfügung gestellten Mittel beliefen sich

für die Wiederherstellung der Energieversorgung auf	6 Mill. DM
für die Maßnahmen auf dem Versorgungssektor auf	6 Mill. DM
für die Förderung der gewerblichen Wirtschaft auf	3 Mill. DM

Für die Unterbringung von Personen, die anlässlich der Sperrmaßnahmen aus dem auf sowjetzonalen Seite errichteten Sperrgürtel von den Sowjetzonenbehörden evakuiert worden waren und die zum überwiegenden Teil in das Zonenrandgebiet der Bundesrepublik flüchteten, vergab der Bund Mittel in Höhe von 30 Mill. DM.

2. Bei der Verteilung von Wohnbauförderungsmitteln wurden die Länder mit Zonenrandgebieten besonders berücksichtigt. Darüber hinaus wurden den Ländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen und Bayern im Jahre 1953 aus einem Sonderfonds 1,5 Mill. DM für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt. Von den bis zum Jahre 1954 verbrauchten 30 Mill. DM für Versuchs- und Vergleichsbauten wurden allein rund 10 Mill. in das Zonenrandgebiet vergeben. Im Jahre 1955 flossen aus einem Sonderfonds 6 Mill. DM für den verstärkten Facharbeiter-Wohnungsbau in das Zonenrandgebiet.

Die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (BAVAV) hat bei der Vergabe von Geldern zur erststelligen Finanzierung des Wohnungsbaus den Zonengrenzländern die Auflage gemacht, die Zonenrandgebiete angemessen zu berücksichtigen.

3. Die BAVAV hat 10 Mill. DM für Kredite der Wirtschaft im Zonenrandgebiet zur Verfügung gestellt; weiter 65 Mill. DM an die Wirtschaft verschiedener Länder, wobei die Zonengrenzländer die Möglichkeit hatten, Betriebe des Zonenrandgebietes zu berücksichtigen. Rund 83 Mill. DM wurden bis März 1953 von der BAVAV als Grundförderung und verstärkte Förderung auf dem Wege der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge in die Zonenrandgebiete gegeben. Im Jahre 1955 folgten zum gleichen Zwecke aus Mitteln des Bundes und der BAVAV weitere 212 Mill. DM für das Zonenrandgebiet und einige andere Gebiete mit restlicher struktureller Arbeitslosigkeit.

Die BAVAV gewährte der Bundesbahn Darlehen in Höhe von 25 Mill. DM, mit der Auflage, diese Arbeiten in erster Linie in den Grenz-, Zonenrand- und Notstandsgebieten durchzuführen. Daneben erhielt die Deutsche Bundesbahn 15 Mill. DM zur Auftragsfinanzierung, die sich zu einem erheblichen Teil im Zonenrandgebiet auswirkten.

4. Seit Errichtung des Lastenausgleichsfonds wurden bis Ende 1955 Kredite in Höhe von rund 290 Mill. DM zur Beschaffung von Dauerarbeitsplätzen vergeben. Die hierdurch geschaffenen 85 000 zusätzlichen Arbeitsplätze befinden sich überwiegend in den Zonenrand- und Sanierungsgebieten.
5. Bei der Gewährung von langfristigen Krediten für die Errichtung, Wiederherstellung und den Ausbau von Werkstätten wurden die Zonenrandgebiete besonders stark berücksichtigt. Bis zum Jahre 1954 wurden ihnen Kredite in Höhe von rund 3 Millionen DM bewilligt.
6. Bei bevorzugter Berücksichtigung innerhalb durchgeführter Investitions- und Wirtschaftsförderungsprogramme flossen in die Energiewirtschaft des Zonenrandgebietes bis Ende 1953 rund 120 Millionen DM Investitionsmittel, die

Gießereien und die eischaffende Industrie erhielten Investitionskredite in Höhe von etwa 73 Millionen DM.

7. Die Deutsche Bundespost hat von 1952—1954 an die Notstandsgebiete, an Vertriebene und Flüchtlinge Aufträge in Höhe von insgesamt rund 115 Millionen DM vergeben. In das Zonenrandgebiet gingen davon im Jahre 1954 für 27,8 Millionen DM und im Jahre 1955 für 53 Millionen DM Aufträge.
8. Von 1950—55 haben Dienststellen im Zuständigkeitsbereich des Bundesministers für Verkehr an Unternehmen im Zonenrandgebiet, in Wilhelmshaven und in Schleswig-Holstein Lieferungen und Bauaufträge in Höhe von 414 Millionen DM vergeben. Die Aufträge ergingen neben der Bundesbahn durch Bundesbehörden für Straßenbau, Wasserbau, Seeverkehr, durch den Bundesschleppbetrieb und die Bundesanstalt für Flugsicherung.
9. Bei der Aufbringung der Investitionshilfe wurde den Betrieben im Zonenrandgebiet ein Drittel des Aufbringungsbetrages gestundet und später erlassen. Damit sind bis Mitte 1954 der Wirtschaft im Zonenrandgebiet schätzungsweise 40 Millionen DM belassen worden.

Zahlreiche andere Hilfen des Bundes für das Zonenrandgebiet lassen sich in diesem Zusammenhang nicht näher darlegen. Es darf z. B. erinnert werden an die gesteigerten Investitionen der Deutschen Bundespost, des Bundesministers für Verkehr (Straßenbau, -umbau, Flußregulierungen an der Elbe, fortschreitende Kanalisierung des Mains) und die hierdurch hervorgerufene Entlastung des Arbeitsmarktes, die besondere Berücksichtigung Lübecks bei den Getreideimporten, die Förderungsmaßnahmen für den Fremdenverkehr in diesen Gebieten, die steuerlichen Vergünstigungen (Stundung, Erlaß, Sonderabschreibungen), die sehr umfangreichen Hilfs- und Förderungsmaßnahmen für Schleswig-Holstein und Niedersachsen, die zahlreichen Einzelförderungen auf dem kulturellen Sektor usw. Mit einem Erlaß des Bundeskanzlers vom 30. November 1953 wurden alle Ressorts angewiesen, bei der Vergabe öffentlicher Mittel und öffentlicher Aufträge sowie bei allen anderen in Frage kommenden Maßnahmen die Zonenrandgebiete bevorzugt zu berücksichtigen.

Abschließend sei erwähnt, daß die im „Grünen Bericht“ der Bundesregierung in Aussicht genommenen Maßnahmen künftig die Hilfsmaßnahmen für das Zonenrandgebiet wirkungsvoll ergänzen werden, da sie sich insbesondere auf die Stützung kleinbäuerlicher Gebiete und Gebiete mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit beziehen.

Indischer Psalm

Ihr habt die härtesten Krallen der Welt,
Kräne, den Reichtum zu packen.
Ihr habt die hurtigsten Vögel der Zeit,
Himmel und Erde zu stürmen.
Ihr habt Gehäuse von Riesenformat,
Wolken und Wind zu verhöhnen.
Ihr habt verwegene Straßen erprobt,
Berge zur Demut zu zwingen.
Ihr habt die schwarzen Fabriken gebaut,
Quelle und Strom zu vergiften.
Ihr plant noch Schulen am laufenden Band,
Eure Gehirne zu mästen.

Aber die Pranken des Tigers sind kühn;
aber der Adler hat Majestät;
aber die Zellen der Bienen sind süß;
aber Himalayas Schluchten sind tief;
aber die Armen am Ganges sind gut;
Aber die Weisheit blüht mitten im Schilf.

Was ihr geschaffen, ist riesig, gewaltig. —
Aber die Größe, die schenkende Kraft,
zieht heimlich fort. —

Siegfried Bokelmann

Der Modernismus läuft leer

Zur Lage der Bildkünste

ROBERT SCHOLZ

Es sei vorausgeschickt, daß es nicht die Absicht der nachfolgenden Betrachtungen ist, in den Streit um den Wert oder Unwert dessen, was man heute moderne Kunst nennt, einzugreifen. In dieser Auseinandersetzung haben sich die Begriffe so verhärtet, daß auf der bisherigen Diskussionsebene ein nützliches Gespräch nicht mehr zustande kommen kann. Die Argumente, mit denen Anhänger und Gegner der Moderne operieren, sind so affektgeladen, daß man in diesem Streit um die moderne Kunst die wahren geschichtlichen Realitäten nicht mehr sieht. Wäre es nicht an dem, so hätten beide Parteien längst erkennen müssen, daß nicht nur die alten Argumente abgegriffen sind, sondern daß sich auch das Problem, um das es geht, in einem ständigen Verwandlungsprozeß befindet.

Vor 50 oder 30 Jahren sah das, was man moderne Kunst nennt, jedesmal ganz anders aus als heute. Vor dem Weltkrieg waren es der Kubismus und der Futurismus, welche die künstlerische Modernität repräsentierten. 20 Jahre später

waren der Dadaismus und der Expressionismus Trumpf. Dann kam als Reaktion zwischendurch die neue Sachlichkeit, der Exotismus und der Primitivismus und zuletzt der Infantilismus in der Art der Sonntagsmalerei des französischen Zöllners Rousseau. Heute ist von all dem kaum noch die Rede, denn im Vordergrund steht die sogenannte „abstrakte“ oder gegenstandslose — Kunst, und die Vertreter des frühen Expressionismus sind zu Klassikern der Moderne avanciert, wodurch man die Tatsache kaschieren möchte, daß in dem modernen Kunstbetrieb seit geraumer Zeit ein beträchtliches Vakuum entstanden ist, weil keine neue Richtung mehr nachkommt. Die eifrigen Versuche, diese offensichtliche Brache des Modernismus wenn schon nicht durch eine neue Richtung so durch ein winziges kleines Richtungslein wie die „Tachismus“ benannte Fleckenmalerei auszugleichen, sind wenig eindrucksvoll, weil es sich lediglich um einen Aufguß der dadaistischen Kleksgraphie handelt.

Der Modernismus und seine propagandistischen Interpreten sind in eine schlimme Krise geraten, weil sie in Gefahr sind, langweilig und akademisch zu werden. Man proklamiert mit Pathos den Durchbruch der modernen Kunst und stellt fest, daß diese heute kein Problem und Kampfobjekt sondern eine unbestreitbare Realität ist, aber man kann dabei die Besorgnis und Unsicherheit darüber nicht verbergen, wie es denn nun eigentlich weitergehen soll, nachdem man alle artistischen Möglichkeiten eines zum Selbstzweck gewordenen Kunstbegriffs durchprobiert hat. Auch die maßgeblichen Interpreten der modernen Kunst haben jetzt entdeckt, daß die wichtigsten Programmpunkte des Modernismus, nämlich Individualität und Originalität, in der Masse des Epigonentums untergehen, welche den Modernismus als akademisches Rezept übernommen hat.

Wie schwer diese Sorgen um die Zukunft auf den Ideologen der modernen Kunstauffassung lasten, kann man ermessen, wenn man liest, was einer ihrer intelligentesten Vertreter im Vorwort des Katalogs der „Documenta“ genannten Ausstellung in Kassel geschrieben hat, jener bedeutsamen Schau des Vorjahres, welche den Triumph der modernen Kunstrichtungen als einen echten Stil der Zeit proklamieren sollte. Es gehört zum Wesen aller historischen Kunststile, daß sie den großen Rahmen für eine Entwicklung der Fülle kleinerer Talente darstellen, daß sie dem individuellen künstlerischen Streben, gleich welchen Ranges, Form und Richtung geben. Es ist daher sehr merkwürdig, wenn man in dem Katalog der „Documenta“ lesen kann: „Die moderne Kunst ist gar nicht mehr von außen bedroht, das hat sie hinter sich, ihre Gefahr liegt innen — im eigenen Konformismus. Sie liegt in der Meinung, daß wenn einer ‚abstrakt‘, konkret und kubistisch oder sonst wie arbeite, er bereits Anspruch auf allgemeine Beachtung hätte. Die abstrakte Malerei besteht seit 45 Jahren, die konkrete Malerei seit 42 Jahren, die kubistische seit 48 Jahren — es ist also heute kein Grund zu prophetischer Allüre vorhanden, noch zu jenem esoterischen Hochmut, der das Kennzeichen aller Sektierer ist.“ Es heißt dann in diesen so aufschlußreichen Ausführungen weiter: „Man könnte das auf sich beruhen lassen . . . wenn nicht damit die riesige Gefahr bestünde, die erreichten Positionen erneut zu versteifen und die vorandrängende Entwicklung, eben jene ständig weiterwirkende Kontinuität zu blockieren.“ Und mit beschwörendem Pathos wird dann gesagt: „Die moderne Malerei hat heute schon in breiter Front die Lehrstühle der Akademien bezogen, die abstrakte Malerei schickt sich dazu an und beginnt auch eigene Akademien zu bilden. Die Gefahr ist sehr groß, daß im natürlichen Gefälle der Geschichte die großen Ideen absinken und versteinern, daß ein intellektueller Hochmut sich auf den erreichten

Bastionen verschanzt und mit diesen den schmalen Durchlaß zur Zukunft verbaut. Die Gefahr ist, daß der Konformismus die Freiheit erstickt."

Diese Warnung eines denkenden Vertreters der Moderne zeichnet sich durch eine überraschende Offenherzigkeit aus. Haben wir richtig gelesen? Hier warnt ein überzeugter Prophet des Modernismus die Kommenden und vor allem die Jugend, den Stil und die Ausdrucksmittel der jetzt als modern geltenden Kunstströmungen zu übernehmen! Man hat mit Emphase die modernen Kunstströmungen als den Stil der Zeit, als eine neue künstlerische Sprache der Zukunft proklamiert und beschwört im gleichen Atemzug die Nachfolgenden, diese Sprache nicht zu übernehmen. Hier tut sich ein Widerspruch auf, der die innere Zerrissenheit der modernen Kunst und den geistigen Zwiespalt ihrer Theorie schlagartig beleuchtet. Kann man sich dagegen vorstellen, daß ein Meister der Gotik, der Renaissance oder des Barock seine Schüler und Nachfolger vor der Nachahmung seines Stils gewarnt hätte? In diesen Zeiten hatte die Kunst einen langen Atem. Es scheint zum Wesen und zur echten Tragik der künstlerischen Modernität zu gehören, daß all ihren Erscheinungsformen dieser große Atem, die Möglichkeit einer organischen Fortentwicklung fehlt. Der Grund für diese Erscheinung ist darin zu suchen, daß alle früheren Kunststile einen Fundus überzeitlicher und überindividueller Werte besaßen und dieser von einer Generation der anderen weitergereicht wurde. Demgegenüber wurden in der Kunstentwicklung der letzten Jahrzehnte Individualität und Originalität zu den einzig gültigen Höchstwerten, wodurch alle übrigen Kunstelemente immer mehr verdrängt und entwertet wurden.

Das Problem der künstlerischen Modernität ist aber älter als die Erscheinungsformen der letzten Jahrzehnte, welche eine immer stärkere Schrumpfung der künstlerischen Substanz im Gefolge hatten. Die Verkennung der Tatsache, wie weit die Wurzeln einer echten künstlerischen Modernität in die Vergangenheit zurückreichen, führen einmal zu einer Überwertung und zum andern zu einer Unterschätzung. Man überwertet das Phänomen der künstlerischen Modernität, wenn man es, wie es heute meist geschieht, als einen Akt spontaner Genialität ansieht, durch den über Nacht neue Welten entdeckt und erschlossen wurden. Andererseits unterschätzt und mißversteht man den geistig zwingenden Antrieb jeder echten künstlerischen Entwicklung, wenn man diese Erscheinung nur mit negativen Vorzeichen ausstattet, so als wenn nur die künstlerische Dekadenz und die reine Spekulation das Phänomen der künstlerisch experimentierenden Richtungen hervorgebracht hätte. Daß in jedem Wandel der historischen Gestalt auf welchem Gebiet auch immer eine innere Notwendigkeit wirksam ist, hat der Philosoph der Romantik Baader überzeugend formuliert, wenn er sagt: „Bei ewiger Gleichheit des Wesens müssen die Formen des Lebens wechseln, und diese Formen müssen stets über den Geistern stehen, um sie zu sich hinauf zu ziehen, nicht unter ihnen, um sie nicht tiefer herab zu drücken. Viele wollen jetzt durchaus das Alte, weil das Neue nicht gut getan hat, hätte aber das Alte gut getan, so würde das schlechte Neue es nicht haben verdrängen können." Auch die Formen des ewig gleichbleibenden Wesens der Kunst müssen im Sinne dieser Erkenntnis wechseln, das ist ein ehernes Gesetz aller Lebenserhaltung, aber auch in der Kunst müssen nach Baaders tiefer Einsicht die Formen stets über den Geistern stehen. Nicht der Wechsel der Formen der Kunst ist das Übel, sondern es wirkt sich negativ aus, wenn dieser Wechsel einen Abfall vom Wesen, von der Idee der Ganzheit des künstlerischen Weltbildes bedeutet. Der Wertungsmaßstab für das neuzeitliche Kunstschaffen darf nicht nur nach der Originalität, er muß vor allem

auch nach der Qualität fragen. Es gehört zum Wesen künstlerischer Qualität, daß echte neue Formen der Entwicklung das künstlerische Weltbild vermehren, nicht aber durch eine ständig fortschreitende Primitivierung einengen. Das Problem ist die Verwandlung der traditionellen Werte unter Wahrung der Ganzheit der Kunstidee.

Die echte Modernität als innerer Zwang zu einem lebendigen Wechsel der Formen ist das Schicksal der abendländischen Kunst, welches in ihrem historischen Bewußtsein begründet ist. Die Modernität ist aus einem Erkenntnisakt des europäischen Künstlers erwachsen, der sich als verantwortliches Subjekt einer Welt der Wirklichkeit gegenübergestellt sieht. Das Problem der künstlerischen Modernität ist nicht erst mit dem Aufbruch der neuen Lebensmächte „Technik“ und „naturwissenschaftliches Weltbild“ im 19. Jahrhundert entstanden. Es hat hier nur seine besondere Zuspitzung erfahren. Die moderne Kunst ist ihrer geistigen Herkunft nach älter, als man gemeinhin annimmt. Schon Albrecht Dürer ist einer der ersten im wahren Sinne modernen Geister der europäischen Kunst. Er hat bereits ganz bewußt den inneren Auftrag des abendländischen Künstlers, eine neue Welterkenntnis in der Deutung der Formen der Wirklichkeit zu schaffen, empfunden. Der viel zitierte Satz Dürers: „Denn ein guter Maler ist inwendig voller Figur“ — setzt sich fort in den Worten — „und ob's möglich wär, daß er ewiglich lebte, so hätt er aus den inneren Ideen, davon Platon schreibt, allweg etwas Neus durch die Werk auszugießen.“ Der Glaube an die Unerschöpflichkeit und Originalität der künstlerischen Schöpferkraft tritt bei Dürer erstmalig mit der Wucht künstlerischer Selbsterkenntnis in Erscheinung.

Diese moderne geistige Konzeption der künstlerischen Aufgabe steht am Anfang des Weges, der dann in der romantischen Genieauffassung als einer unendlichen und einzigartigen Schöpferfülle gipfelt. Ohne den Glauben an den Auftrag der Kunst als einer Offenbarung der Weltseele in immer neuen Formen wäre weder die innere Dynamik noch der Formenreichtum der abendländischen Kunst erklärlich. Man war sich aber bis zum Einbruch des Rationalismus in diesen stets neuen künstlerischen Deutungsprozeß der Welt bewußt, einer Wirklichkeit gegenüberzustehen, welche etwas Bleibendes bedeutet, weil sie sich mit einer transzendenten Instanz in einer unauflösbaren inneren Übereinstimmung befindet. Im Rahmen einer gottgeschaffenen Natur wird jede Offenbarung künstlerisch schöpferischer Originalität zu einer Offenbarung des absoluten Wesens. Die Suche nach neuen Formen ist zweifellos ein ebenso tiefer wie echter künstlerischer Antrieb, wenn ihr Ziel nicht ein spielerisches sondern ein im wahren Sinne erkenntnistmäßiges ist.

Der geistige Umbruch dieser Tendenz im Sinne dessen, was man negativ als künstlerischen Modernismus versteht, vollzieht sich im Verlauf einer Wandlung der ästhetischen Wertbegriffe im Gefolge des philosophischen Kritizismus. Analog der Erkenntnistheorie Kants, nach der der erkennende Verstand sich seine Wirklichkeit aus sich heraus konstituiert, hat die Kunsttheorie des 19. Jahrhunderts, so besonders der Wiener Kunsthistoriker Alois Riegel, dessen Anschauungen noch heute auf die Gegenwart stark einwirken, die Behauptung aufgestellt, „daß die künstlerische Anschauung ebenso wenig einem ‚Ding an sich‘ gegenübersteht als der erkennende Verstand, vielmehr genau wie jener der Gültigkeit ihrer Ergebnisse deswegen sicher sein darf, weil sie selbst ihrer Welt die Gesetze bestimmt, d. h. überhaupt keine anderen Gegenstände besitzt als solche, die sich allererst in ihr konstituieren.“ (Aus E. Panofsky: „Idea“.) Damit wird die individuelle An-

schauung zum obersten Gesetz der Kunst, und hier treffen wir auf den geistigen Ursprung des ästhetischen Absolutismus, welcher die Originalität im Formalen zum Selbstzweck der Kunst erhoben hat. Es ist sehr richtig bemerkt worden, daß durch die Aufhebung der künstlerischen Auseinandersetzung mit einer gegebenen Wirklichkeit, durch die Preisgabe des Spannungsverhältnisses von Subjekt und Objekt der künstlerische Narzismus das Endthema der Kunst darstellt.

Ohne die Auseinandersetzung mit einer objektiv gegebenen Wirklichkeit büßt die bildende Kunst nicht nur ihren Gegenstand sondern auch ihr Wesen ein. Die Auflösungserscheinungen der Kunst des 20. Jahrhunderts haben eine ihrer Ursachen in der Aufspaltung der ästhetischen und ethischen Elemente der Kunst, die noch in der Kunsttheorie des 18. und frühen 19. Jahrhunderts als absolute Einheit gesehen wurden. Die Kunst hat ihre wahre geistige Substanz eingebüßt, indem die modernen Kunstrichtungen vorwiegend unter den psychologischen Termini „Ausdruck“ und „Erlebnis“ begriffen werden. Da diese Begriffe aber aus der einseitigen Reflexion, d. h. ausschließlich vom Betrachterstandpunkt aus gewonnen sind, erfassen sie nicht das, was jedes echte Kunstwerk als schöpferische Aktion, als Leistung in der geistigen Formung des Stoffes und der Materie darstellt. Wie wenig ist in den meisten Dokumenten neuester Kunstrichtungen von jenem Tiefgang des künstlerischen Suchens bis zur Selbstaufgabe zu verspüren, der die Werke alter Kunst so bedeutungsvoll macht! Wie vieles in der heutigen Kunst ist kaum mehr als ein unverbindliches Spiel mit den dekorativen Möglichkeiten von Form und Farbe. Diese Art Kunst kann gewisse ästhetische Reize vermitteln, aber hilfreich sein, da wo es um weltanschauliche Orientierung geht, vermag sie nicht. Wenn Nietzsche sagt: „Kunst ist, es sich sehr schwer machen und so, daß es aussieht, als wenn es ganz leicht wäre“, dann gibt er die Formel für einen künstlerischen Schaffensprozeß, indem Ästhetisches und Ethisches auf das engste verschmolzen sind und welcher so die geistige Freiheit aufschließt.

Die Originalität als Selbstzweck ist zu einer überwertigen oder, wie man auch sagt, fixen Idee der Kunst unserer Tage geworden. Seit Jahrzehnten sind viele der Künstler von der Angst gepeinigt, sie könnten den Ausdruck des Zeitgeistes verfehlen. Dabei ist der Ausdruck der Zeit das, was sich in der Kunst ganz ohne Willensanstrengung einstellt. Die souveräne künstlerische Gestaltung drückt der Zeit ihren Stempel auf. Und oft ist das zunächst Unzeitgemäße, das gegen die Zeit Gerichtete gerade das gewesen, was von der Warte einer späteren historischen Betrachtung aus gesehen, den Geist einer Epoche am stärksten repräsentiert. Gerade die ganz Großen der Kunst wurden oft beschuldigt, unzeitgemäß zu sein. So hat Börne Goethe vorgeworfen, daß er seine Zeit um ein Jahrhundert aufgehalten hat. Demgegenüber hat Goethe in den Worten: „Was ihr den Geist der Zeiten heißt, das ist im Grund der Herren eigener Geist, in den die Zeiten sich bespiegeln“ mit feiner Ironie gesagt, was von den Kritikern zu halten ist, die das Genie mit der Elle ihres Zeitgeistes messen.

Es wäre sehr reizvoll, denen, die heute in der Kunst nur einen Reflex der Zeitideen sehen wollen, alle jene Äußerungen großer Denker und Künstler entgegenzuhalten, in denen diese sich gegen eine Abhängigkeit der Kunst vom Zeitgeist aussprechen. Es seien hier als Beispiele aus einer Fülle gleichartiger Äußerungen nur zwei besonders markante Bekenntnisse angeführt. Der als ein Vorläufer der Moderne so hoch geschätzte Maler Hans von Mareés schreibt an den Kunsthistoriker Fiedler im Jahre 1888: „Ich kann in den äußerlich sehr verschiedenen Werken der Kunst von Phidias bis Velasquez immer nur dieses eine (das

Wesentliche der Erscheinung) erkennen, als dasjenige, was mich ergreift und aufklärt. Erkennt man dieses, so stellt sich heraus, daß Zeit und Richtung in der Zeit einen nur sehr geringen Einfluß auf den Künstler haben können."

Ebenso deutlich spricht sich im gleichen Sinne der französische Dichter André Gide aus, wenn er sagt: „Uneinig sein mit seiner Zeit — das gibt dem Künstler seine Daseinsberechtigung. Und deshalb kann ich kaum zugeben, daß er keinen anderen Wert habe, als den eines Reflexes. Er widersetzt sich, er weicht ein, und das ist es auch, weshalb er zuerst nur von einigen Wenigen verstanden wird."

Es dürfte nicht unberechtigt sein zu glauben, daß die wahrhaft Unzeitgemäßen, nämlich diejenigen, welche nicht auf der breiten Straße der heute offiziell anerkannten ästhetischen Normen marschieren, die wahren Garanten der künstlerischen Zukunft sind. Im Hinblick darauf sollte man die Dogmatik der abstrakten Kunstideologie zugunsten einer größeren Weite der künstlerischen Maßstäbe lockern. Die heute bestehende Einseitigkeit der künstlerischen Wertung im Sinne eines ästhetisch-abstrakten Absolutismus bedeutet eine Verengung des künstlerischen Horizontes, die nur zu einer völligen künstlerischen Stagnation, zu einem Abgleiten in eine seelisch leere formalistische Manier führen kann. Ohne die Auseinandersetzung mit der Natur als ihrem ewigen Gegenstand wird die bildende Kunst zu einem artistischen Spiel ohne tiefere Bedeutung.

Die moderne Kunstideologie hat die traditionellen Ausdrucksformen und Qualitäten der Kunst als überlebt bezeichnet. Es verhält sich aber mit den traditionellen Werten der bildenden Kunst etwa so wie mit den klassischen Sprachen des Griechischen und Lateinischen. Sie sind schwierig zu erlernen, und man kann sich ihrem geistigen Gehalt nur über die Kenntnis der Vokabeln, der Grammatik und der Syntax nähern. Aber auch die sogenannten „toten“ klassischen Sprachen besitzen noch einen unersetzlichen Bildungswert. Sie sind der Weg zur Universalität abendländischer Bildung, und man sollte analog der humanistischen Erziehung auch wieder eine Universalität der künstlerischen Bildung anstreben. Auch wenn man anerkennt, daß es Aufgabe jeder Epoche ist, ihre eigenen künstlerischen Formen zu finden, so kann es ebenso wenig zweifelhaft sein, daß es die Aufgabe jeder Zeit ist, auch das Erbe der Tradition neu zu gewinnen und so die Kontinuität der kulturellen Entwicklung zu wahren. Es besteht kein vernünftiger Grund, den großen Schatz der Formerfahrung und der Bildungswerte einfach fallen zu lassen, die sich in der so reichen Tradition der abendländischen Kunst angesammelt haben. Der wahre moderne Kunstgeist wird den Gedanken einer echten Liberalisierung der künstlerischen Erziehung und Wertung nicht ablehnen.

Als sinnvoller Abschluß dieser Betrachtungen sei ein Wort von Max Sauerlandt zitiert, der als ein leidenschaftlicher theoretischer Verfechter des künstlerischen Fortschritts forderte: „Man soll sich immer hüten, die Zukunft auf die letzten Leistungen oder auf das Ideal der Gegenwart zu verpflichten. Die Ideale wechseln und der Weg der Kunst hat kein Ende."

Die große Lücke in Friedrich Nietzsches Moralkritik

HERBERT CYSARZ

Je mehr sich in heutiger Praxis Nietzsches Naturalisierung und Psychologisierung der Moral bestätigt, desto weniger grundsätzliche Anerkennung findet seine Moralkritik und -prophetie. Die Auflösung und Rückführung sittlicher Ideale in Anliegen des persönlichen Lebens und des umfassenden Machtwillens feiert tagtäglich reelle Triumphe. In der Ablehnung der entsprechenden Lehre und Botschaft hingegen scheinen Christentum, Humanismus und Sozialismus, Pazifismus und jederlei Demokratie durchaus einig, einig sogar mit den totalitären Systemen des Kommunismus. Schon in dieser Konstellation offenbart sich die große Lücke von Nietzsches Ethik — und manch übergreifender Anstoß.

Der überlieferten Moral der Neuzeit, der christlich urteilenden, weithin freiheitlich und gleichmacherisch gesonnenen Spätneuzeit, begegnet der humanistische Herold des klassischen Altertums und der Renaissance einerseits als universalhistorischer Entzauberer und Entlarver, anderseits als zukunftsschwanger, ein neues Weltalter kündender Umwerter. Desillusion: Alle Moral verkleidet Interessen des hungrigen, kämpfenden Lebens. Biologismus: Moral ist Anpassung der Schwächlinge und Feiglinge an ihre kümmerliche Natur. Psychologisch untersucht: Ressentiment der Zukurzgekommenen, „Lieblingsrache der geistig Beschränkten an denen, die es weniger sind“. Und, geschichtlich betrachtet, freilich auch Machtwerdung dieser Komplexe: Durchsetzung, Schutz und Trutz, der ärmeren oder gezähmteren Instinkte gegen die ungebrochenen, aristokratischen und imperialistischen.

Schon hier allerdings packt Nietzsche noch nicht den größten Stier an den Hörnern. Moral ist nicht nur Mimicry, die Perspektive, in der sich einer zeigen und empfehlen möchte. Bereits im „Du sollst“ — statt des grundlegenden „Ich soll“ — steckt eine Waffe gegen den andern: So will ich dich haben, so kriege ich dich. Das im „Du sollst“ enthaltene Gottesgebot kehrt sich da immer auch in eine angestrebte Übermächtigkeit von Mensch zu Mensch. In ebendieser wurzelt aller Widerstreit zwischen sittlichem Reden und unsittlichem Handeln: Du sollst sein und tun, wie ich dich brauche; moralisch bist du mir am liebsten, nämlich nützlichsten. Drum sind die willensstärksten, machtsüchtigsten Völker entweder lehrerisch veranlagt wie das deutsche oder so innig der Predigt und Predigerei zugeeignet wie die angelsächsischen. Jede politische Partei übt heute an sämtlichen andern Parteien moralische Kritik (und hat damit meistens recht). Ehe die Sieger eine geldliche Kriegsschuld bemessen können, auferlegen sie eine sittliche Schuld — es ist die unbegriffliche Weise, den Fuß auf den Nacken des bedingungslos Unterliegenden zu setzen.

Und dies führt zu Nietzsche zurück: Schuld, sagt er, kommt von Schuldenlast, Urbild des sittlich Schuldigen bleibt der Schuldner im Schuldurm. Überhaupt: Statt die Lebensursprünge der Moral gleisnerisch zu bemänteln, solle man ihnen vielmehr offenen Preis zollen. Preis dem „stoischen, harten, tyrannischen“ Ethos! Preis der „Ordnung des Ranges“, nicht des wahllosen Mitleids, des Vorteils und des Glücks! Der Herrscher der geborenen Gesetzgeber und Befehlshaber, dieser wahrhaft „Werteschaaffenden“ und nichts weniger als „Uninteressierten“! Der „großen Gesundheit“ allerwege, den „tapferen, großmütigen, verwegenen, exzessiven Neigungen der starken Seele“!

Indes das Leben, das Nietzsche in schwärmerischen Gesichtern verklärt, zugleich nicht minder unersättlich metaphysiziert, fällt nirgends in animalische Kräftespiele hinab. Nietzsches Leben ist geisthaltig, stets auch sich selbst voraus und überlegen, ja sich selbst transzendent, voll aller Finsternisse des Unendlichen und aller Sonnen des unerschöpflichen Schaffens. Und es sucht je und je ein Höheres, Höchstmögliches an Wert und Selbstveredlung. Der Übermensch soll keinen Wunschtraum des ich-besessenen Größenwahns, sondern ein ebenso individuelles wie universelles Leitbild der menschlichen Bestimmung verkörpern: der nach Weltfug je einmaligen Bestimmung des Menschen im All, des Einzelmenschen, dessen Allgesetz der ihm durch Schöpfungsauftrag angewiesene eigene Weg bleibt, der Weg, den kein Wesen gehen kann als er selbst. Daher bedarf gerade Nietzsches farbenglühendes Leben unverbrüchlich moralischer Werte, menschlicher Wertungen und Überwindungen: „Wir sind in ein strenges Garn und Hemd von Pflichten eingesponnen und können da nicht heraus — darin eben sind wir ‚Menschen der Pflicht‘, auch wir!“ Echte Herrschaft fängt bei der Selbstbeherrschung der Herrschenden an, nach dem stoischen Satz: „Alles kommt darauf an, daß man sich selbst befehle“. Kein Rausch halkyonischer Bilder verdunkelt hier das Fridericianische „vivre et mourir en roi“: den Verzicht auf das Nahe, Bequeme, Schmeichelnde, Vorteilhafte, Gewinnbringende um des Fernsten und Schwersten willen. Die vielen Heutigen überaus fragwürdig gewordene sittliche Autonomie, die jeden zum obersten Richter über sich selbst einsetzt, teilt Nietzsche mit Kant. Sie ist ein Vermächtnis der Neuzeit, des Weltalters der sich allseits emanzipierenden, immer eigengesetzlicheren Persönlichkeit. Dieses Weltalter sieht erst in seinem letzten Jahrhundert (vor 1914) den Aufbruch der Massen, der technischen und organisatorischen Gewalten, die es alsbald begraben. Zunächst unterfängt es sich, auch diese neu strukturierten Phänomene der Macht mit seinen überwiegend individualistischen Normen zu lenken.

Selbst Nietzsche, Aug in Aug mit mehreren geschichtlichen und ungezählten vorgeschichtlichen Jahrtausenden, mit der Heraufkunft des Nihilismus und der „großen“, interkontinentalen Politik, läßt die moralischen Initiativen ganz unmittelbar allein im Einzelmenschen Wurzel schlagen. Nicht nur, daß Gewissen und Verantwortung singularia tantum bleiben, auch künftighin keinen Plural verstaten. Noch Nietzsches elitenbildende Züchtung — nicht Zähmung — nämlich äußerstmögliche Spannung des Menschen, wird dem Einzelnen anvertraut. Sogar die unerhört neue „Macht“ gerät oft unter allzu individuelle Optik, sie erscheint dann ungebührlich vergeistigt, vermenschlicht und entdämonisiert. Erst der Gedanke der ewigen Wiederkehr verleiht so dem Lebensbegriff wie der sittlichen Wertleiter und gebotenen Selbstüberwindung den kosmischen Zusammenhang; doch ebendiese Wiederkunft ist wohl die fragwürdigste von Nietzsches Fundamentalkonzeptionen — durchgehend erweist sich Nietzsche im Detail weit stärker als in den Gesamtentwürfen.

Die Ideenmasse des „Willens zur Macht“ birgt aber auch manche Selbstberichtigung, Selbstübergreifung des Individualismus und seiner Ethik. Sie rührt noch da, wo sie aufhört und abbricht, ja irrend versagt, an entscheidende Themen von heute und morgen.

Nach wie vor bezichtigt Nietzsche die entsagerische und gleichmacherische Moral, „dem Dasein seinen großen Charakter zu nehmen, die Menschheit zu kastrieren und auf eine armselige Chineserei herunterzubringen“, der Verwandlung Europas bald in ein Zuchthaus bald in ein Krankenhaus, insgemein der Ver-

düsterung und Verhäßlichung, der Fellachisierung der christlichen Menschheit Vorschub zu leisten. Trotzdem durchschaut er immer schärfer die unbezwingliche Macht der Kollektivierung — und den Immoralismus dieser Machtwerdung, der die Zertrümmerung jeder asketischen, leidenschaftsfeindlichen und mitleidfreudigen Moral zur Übergenüge vollzieht. Der Staat, das kälteste der kalten Ungeheuer, enthüllt sich jetzt als „die organisierte Unmoralität“: „Die Vielheiten sind erfunden, um Dinge zu tun, zu denen der Einzelne nicht den Mut hat. Eben deshalb sind alle Gemeinwesen, Gesellschaften hundertmal aufrichtiger und belehrender über das Wesen des Menschen als das Individuum, welches zu schwach ist, um den Mut zu seinen Begierden zu haben“ ...

Kein Zweifel, Gewalttätigkeit und Kriegsrüstung unserer Staaten, Rache und Haß der Nationen, rücksichtslose Rivalität der Parteien, Ansprüche erpresserischer Berufsgruppen auf das letzte Hemd jeder anderen, das und viel mehr reicht über Nietzsches lästerlichste Bejahungen „moralinfreier Macht“ hinaus. Nietzsche selbst versucht einmal hyper-zynisch, die Herrschaft der Masse auf seine eigene Herrenmoral zu reimen: „Die Heraufkunft des Pöbels bedeutet noch einmal die Heraufkunft der alten Werte“.

An anderen Stellen würdigt er die kollektive Staatsmacht als Mittel zur sittlichen Überwindung der Zagheit und Trägheit, beinahe als Hegelische „List“ einer kollektiven Moral: „Moral ist wesentlich das Mittel, über die Einzelnen hinweg oder vielmehr durch eine Versklavung der Einzelnen etwas zur Dauer zu bringen“. Am zuverlässigsten aber zeitigt die Kollektivisierung vorab eine Herrschaft der „Mittelmäßigkeit“. Gegen das Fortschreiten zu gleichen Rechten und gleichen Chancen aller, gegen die zunehmende Ausgleicheung der Wirtschaftsvorteile und Lebensgenüsse ist kein Kraut gewachsen. Nietzsche rät daher, diese Entwicklung zu beschleunigen: „Die Verkleinerung des Menschen muß lange als einziges Ziel gelten; weil erst ein breites Fundament zu schaffen ist, damit eine stärkere Art Mensch darauf stehen kann ... Es handelt sich um die Herstellung eines Unterbaus, auf dem endlich eine stärkere Gattung möglich wird.“ Erst auf der Ebene „jener unvermeidlich bevorstehenden Wirtschaftsgesamtverwaltung der Erde“ ist ein „neues Wozu“ möglich: „das ist es, was die Menschheit nötig hat“!

Nietzsche weiß, daß legitime Herrschaft — ein Herrentum im Sinn seiner Moral-Umwertung — weder auf der jeweiligen Mehrheit noch auf äußerlichen Privilegien (zu denen er auch den Geburtsadel rechnet) beruhen kann. Die Leitung der Staaten sollte, das ist wieder ein strikt moralisches Sollen, in Händen liegen, die sich durch Hervorbringungs- und Ordnungskraft und nicht durch bares Mehr-Einkommen oder Übermacht von gnaden der Verhältnisse (paradigmatisch: Übermacht des Lebensmittelschiebers über den darbenden Konsumenten) auszeichnen; bei Menschen also, die ihrem Führungsamt Behagen und Gewinn aufopfern.

Und wahrlich, kein Genosse unserer Zeit, der es nicht tausendfältig bewiesen sähe: Prassende Bonzen untergraben jedes Regime. Das Vorwiegen der Habgier schädigt die Autorität, die Moral jedwedes Stands und Berufs — immerzu kann der Preis zum Verderber des Werts werden. Im Bereich der Lohnkämpfe tötet der Waren-Charakter der Arbeit viel Ethos der Arbeit: Dawider steht Nietzsches Forderung, auch Arbeiter möchten ihren Erlös minder als Kaufpreis denn als Honorar nehmen, wie ehemals Soldaten und Beamte. All dies heischt freilich gründliche Reformen der gerechteren Lohnverteilung. Stracks entwirtschaftlichen läßt sich heute weder die Macht noch die Lebens- ja Geisteshaltung der Gesellschaftsglieder.

Dennoch gilt Nietzsches Gebot: Entnivellierung mehr der Köpfe, der Begabungen und Leistungen als der Geldbeutel und der Bequemlichkeiten, mehr Gleichheit der Klassen und Kassen zugunsten der seelischen Ungleichheit, des geistigen Oben und Unten! Mehr kollektive Disziplin, sei's Moral, um reicherer, tieferer, wuchtigerer Individualitäten willen!

Ob sich nun die gesamt menschliche Qualität, das edlere Sein, je wieder in Machtbefugnis oder unmittelbare Machtwirkung wird umsetzen lassen? Ob irgendwann die Moral aus den anonymen Gebreiten, in denen sie heute wie jederzeit heilvoll waltet, wieder zu öffentlicher Macht aufsteigen wird? Oder ob Nietzsches sittlicher Prototyp — es ist letztlich die Einheit des starken, starken und weisen, und des guten Menschen — forthin eine Utopie und nicht nur ein aufrufendes Ideal bleiben muß? Ersichtlich hat Nietzsche der Macht, seinem Element alles Werdens, zu viel Wertempfindlichkeit und Geistempfänglichkeit zugetraut. Das wirkliche Gesetz der Macht heißt längst auch Erstarrung der Macht, heißt Autarkie und unverträgliche Totalität der Macht (noch bei raschem Wechsel der Träger). Die Freiheitsansprüche, aus dem Willen zur Macht gespeist, schlagen nach Machtübernahme in Anmaßungen perpetuierender Satzung um; die Rechtskämpfe büßen bereits als Kämpfe (jedes Recht will erkämpft sein, doch Kämpfe sind nie bloß gerecht), erst recht nach Sieg, ihre unbestechliche Waage und schaffende Offenheit ein. Vollends in unseren omnipotenten Gemeinwesen legt die Macht, mag sie sich vordem geistig und sittlich beglaubigt haben, ihre Exekutiven in verhältnismäßig plumpe Fäuste. Ihre Organe, sprich Apparate, leisten den Absichten selbst der Gründer und Manager sehr bedingten Gehorsam. Und diese Lenker sind mehr und mehr Spezialisten des Willens, immer seltener Fachleute eines Ressorts, geschweige universelle Menschen — ein Genie wird die heutigen Ausscheidungskämpfe um die öffentliche Macht am gewissesten nicht bestehen. Die hinaufgelangte Mittelmäßigkeit aber schaltet nicht nur im Namen aller, sie setzt die betreute Macht auch, häufig skrupellos, zum individuellen Vorteil ein. Gerade sie vermag den Egoismus, ohne den die Geschichte ja stillstände, zu widernatürlich despotischen und monomanen Überschwängen aufzupeitschen. Sie verquickt die von Nietzsche geduldete Quasi-Moral der vielen Kleinen mit der von Nietzsche verkündeten Moral der einzelnen Großen — und zerrüttet beide. Doch dies sei nicht bloß beklagt! Hier entrollt sich das Feld der sowohl individuellen als auch kollektiven Ethik und Legislatur von morgen...

Schon Nietzsches immoralistisch-moralisches Menschentum drängt nicht nach Ruhm, es gewärtigt jederlei Verkennung und Unterdrückung. Mehr als je gibt es heute unbekannte Heilige, Helden, Erfinder, Künstler, Höchstbegabte aller Fächer (und versklavte „Übermenschen“). Nietzsches ethisches Ringen um den letztmöglichen Wert jedes Daseins zeugt nicht nur für den Einzelnen, es ruft auch nach der Solidarität, an der es den Schaffenden unserer Gegenwart wohl am bittersten fehlt: Solidarität all der Einzelnen im Dienst an der ebenso individuellen wie universellen menschlichen Aufgabe. Füglich fortgedacht, knüpft es die gewiesene Aufgabe aller an jeden wesenhaften Menschen und an die Menschheit — und mittelbar an jedes die beiden Pole vereinende Wir. So wird die große Lücke in der Moralkritik dieses unsagbar „Vorausgeworfenen“ zum Tor in die Zukunft.

Verehrter Leser!

Mit dem vorliegenden Heft beschließen wir den 4. Jahrgang von *Gemeinschaft und Politik*, bzw. den 27. Jahrgang der *Zeitschrift für Geopolitik*, deren Leser wir seit Januar 1956 mitbetreut haben. Im hinter uns liegenden Jahr hatte unsere Arbeit zwei Schwerpunkte. Einmal galt es, die Politik als Ganzes in den Griff zu bekommen, zum anderen ergab sich die Notwendigkeit einer Wertung der gegenwärtigen politischen Lage.

Mit der Hereinnahme der Außenpolitik galt es zunächst, den weltpolitischen Horizont aufzureißen. Im Zuge dieser Arbeit mußten die Grundlagen der westlichen Welt, die Grenzen der gewaltpolitischen Lösungsversuche in Ost und West und die entscheidenden weltbewegenden Kräfte in Bevölkerungswachstum, afro-asiatischer Revolution und Atomstrategie sichtbar gemacht werden. Unser Standpunkt war der des kritischen Betrachters, der sich mit der Orientierung wertend abgrenzt.

Allein der außenpolitische Aspekt konnte eine ganzheitliche politische Sicht nicht begründen. Auch die geistigen und geschichtlichen Zusammenhänge, die in einer durch Spezialisierung gekennzeichneten Epoche meist zu kurz kommen, müssen bedacht sein, wenn die weltpolitische Situation richtig analysiert und der weitere Weg für die Nation gewiesen werden soll. In dieser Gesamtschau ergab sich die fundamentale Kritik jener gesellschaftlichen Verhältnisse, wie sie der Westen als vorbildlich anpreist und wie sie doch die Ursache für das so leidenschaftlich bekämpfte System des Ostens sind.

Geopolitisch hatte unsere Arbeit den Schwerpunkt nach draußen im Bereich Südasien bzw. der afro-asiatischen Nationen. Von Indonesien bis nach Afrika ist eine Gruppe teils alter, teils junger Völker im Aufbruch aus kolonialer Versklavung zu Selbstbestimmung und sozialer Neuordnung. Im Durchbruch dieser „neuen“ und im eigentlichen Sinne „freien“ Welt bricht sich zugleich die Hoffnung der Menschheit nach Frieden und Überwindung der Ost-West-Spaltung Bahn. Aber was durch den Namen der indonesischen Stadt Bandung an Gemeinschaft gekennzeichnet ist, das erhält seine weltbewegende Bedeutung erst als Prinzip einer über den Rahmen der afro-asiatischen Völker hinausgehenden Selbsthilfebewegung aller wirklich freien oder freiwerdenden Nationen. Daß hier der entscheidende Ansatz auch zur Entwicklung einer dritten Gesellschaftsordnung mit Geltung und Duldung für alle Völker der Erde liegt, konnte dem Leser ersichtlich werden.

Nach innen gesehen lag der geopolitische Schwerpunkt unserer Arbeit im Zonenrandgebiet, jenem Raum zwischen Passau und Lübeck, der dem Schicksal aller Randgebiete in einem wirtschaftszentralistisch beherrschten Raum preisgegeben ist und doch die Brücke darstellt zu dem anderen Deutschland jenseits der Zonengrenze, mit dem wir uns wieder vereinigen wollen. Hier sollte nicht nur die materielle Not eines Teiles der Bundesrepublik geschildert werden, wie sie sich im Zuge der politischen Aufspaltung Mitteleuropas und der konjunkturellen Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft ergab. Hier sollte vielmehr auch die geistige Not eines wesentlichen Teiles Deutschlands und Hunderttausender von deutschen Menschen fühlbar gemacht werden, die mit ihrem Schicksal heute zugleich die Hüter der gesamtdeutschen Verantwortung und Treue sind.

Im vor uns liegenden Jahr verlagert sich unsere Arbeit auf neue Schwerpunkte. In der politischen Gesamtschau haben die bisher nicht bedachten Räume

(Ostasiens, Australiens, Amerikas) neben den angeschnittenen Problemen Asiens, Afrikas, Europas zur Geltung zu kommen und zugleich die entscheidenden geistigen, eine neue Lebens- und Rechtsordnung der Völker begründenden Kräfte aufgeheilt zu werden. An Stelle der fundamentalen Kritik hat ein fundamentaler Aufbau zu treten. Wo die kritische Sprache noch den Eindruck von Aggressivität erwecken konnte, soll fortan ein gesteigertes Bemühen sichtbar werden, der Gegenseite jeweils volle Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Erst so kann auch das Gerüst eines neuen Weltmacht- und Gesellschaftsdenkens entstehen.

Mit dem Versuch unserer Gesamtschau haben wir uns bereits im hinter uns liegenden Jahrgang gegen alle Strömungen der Zeit zur Geschichte in ihrer universalen Vielfalt und zu unserer eigenen Vergangenheit in allen ihren Stufen und Entfaltungen bekannt. So wird im kommenden Jahr unsere Arbeit ein weiteres Stück Weg sein in Richtung einer Wiederanknüpfung an unsere bisherige Entwicklung unter Auflösung jener Verdrängungskomplexe, unter denen wir bisher litten. Wer mit sich selbst und seiner Vergangenheit nicht ins Reine gekommen ist, kann weder für sich noch für andere eine tragfähige Zukunft bauen, ebenso wenig wie der Restaurateur, der das Vergangene verhärtet.

Versöhnung mit der deutschen Geschichte scheint uns die Voraussetzung für die Erarbeitung und Sichtbarmachung aller unser mitteleuropäisches Schicksal bestimmenden materiell-geopolitischen und geistig-metaphysischen Kräfte zu sein. Ohne ihre Kenntnis ist Politik Stümperei. Aber die Wiedergewinnung der geschichtlichen Kontinuität bedeutet auch Bruch mit dem kurzsichtigen Festhalten liebgewordener Einseitigkeiten und Feindschaften, bedeutet Sichaufschließen für das Anliegen der einst gegnerischen Kräfte, die Mithereinnahme der Opposition.

Sie bedeutet Polarität und Preisgabe der Ressentiments, zwingt uns, Organe zu bilden für die Aufnahme neuer Erkenntnisse auf Grund neuer und geschichtlich bislang nicht dagewesener, unwiederholbarer Erfahrungen, bedeutet den Sinn schärfen für die raum- und machtpolitisch revolutionären Wandlungen unserer Zeit und für die sich ankündigenden Lösungen in einer durch Selbstvernichtung und Übervölkerung gefährdeten Welt. Sie bedeutet Bruch mit dem Scheinrealismus einer zu Ende gehenden gewaltpolitisch bestimmten Epoche und Hinfinden zu einer im höheren Sinne schöpferischen Realpolitik.

Gemeinschaft und Politik und Zeitschrift für Geopolitik gehen in einen neuen Jahrgang. Herausgeber und Schriftleitung stehen in einem ernsten und heißen Bemühen um die Mitteilung von Politik. Aber unsere Arbeit wird erst fruchtbar im direkten Gespräch mit dem Leser, das sich am Inhalt der Hefte entzündet. Viele der Leser haben uns ihre Stellungnahme nicht vorenthalten. Manches uns wesentliche Urteil blieb uns jedoch — vielleicht nur aus „Zeitnot“ — bisher versagt. So wenden wir uns mit unserer Einladung zur Kritik vor allem an diejenigen, die uns bisher weder Zustimmung noch Ablehnung widerfahren ließen. Wir werden im neuen Jahr weiterhin versuchen, Weg zu weisen. Unsere Bitte geht dahin, daß der Leser durch sein kritisches Urteil dabei mitwirken möge.

Gerade jetzt aktuell:

HARALD BRAEUTIGAM

Konjunktur · Wirtschaftsordnung Wiedervereinigung

Die Koinzidenz der wirtschafts- und außenpolitischen Aufgaben

Es dürfte sich mittlerweile herumgesprochen haben, daß man hinter den Kulissen der Weltpolitik dem Gedanken der Ausklammerung eines wiedervereinigten Deutschlands aus den beiden Militärblöcken nicht mehr so ablehnend gegenübersteht, wie von den amtlichen Stellen des Westens nach außen hin immer noch vorgegeben wird. Gleichzeitig wächst die Erkenntnis, daß ein west-östliches Übereinkommen über den künftigen militärischen Status Gesamtdeutschlands für sich allein noch nicht genügen würde, die Sowjetunion zur Herausgabe des „deutschen Pfandes“ ohne Prestigeverlust an die „kapitalistisch-imperialistische Welt“ zu bewegen. Das entscheidende Hindernis für die deutsche Wiedervereinigung ist daher heute bereits weniger der künftige militärische, als vielmehr der künftige soziale Status Gesamtdeutschlands. Und hier, bei der Überwindung der sozialwirtschaftlichen Gegensätze zwischen West und Ost, kann ohne Gefährdung unserer Freiheit eine Lösung nur von den Deutschen der Bundesrepublik durch eigene konstruktive Vorschläge gefunden und damit die Wiedervereinigungsfrage entscheidend vorangetrieben werden.

Ein hervorragender Sachkenner der konjunktur- und wirtschaftspolitischen Probleme und Mitarbeiter des Instituts für Geozsoziologie und Politik in Bad Godesberg, Dr. Dr. Harald Braeutigam, bietet uns eine wissenschaftliche Analyse der gegenwärtigen Konjunkturentwicklung und zeigt in unwiderlegbarer Weise, welche Wege der weiteren Entwicklung offenstehen, welche Richtung man einschlagen müßte, wenn man einer Geldentwertung und Wirtschaftskrise ernsthaft steuern und zielstrebig auf die deutsche Wiedervereinigung losgehen will. Die Unteilbarkeit von Wirtschafts- und Außenpolitik erweist sich als Gesetz und Aufgabe zugleich.

Eine Schrift für jeden, der sich gründlich mit den Fragen der

Konjunktur · Wirtschaftsordnung · Wiedervereinigung

auseinandersetzen will.

Umfang 70 Seiten, brosch., DM 3,90

Verlag des Instituts für Geozsoziologie u. Politik · Bad Godesberg · Römerstr. 11

GESELLSCHAFT DER FREUNDE DES WERKES
von E. G. Kolbenheyer (e. V.)
(Wolfratshausen vor München)

Die Gesammelten Werke E. G. Kolbenheyers letzter Hand

beginnen Weihnachten 1956 zu erscheinen. Im ersten Band wird mit der
dramatischen Tetralogie:

„MENSCHEN UND GÖTTER“

ein Höhepunkt von Kolbenheyers Dichten und Denken der deutschen Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

In diesem Bühnenwerk wird der Weg deutscher Gläubigkeit durch die Jahrtausende in vier großen Spielen: MYTHUS, ECKART, LUTHER und DER HELLWEG gestaltet und so die Kontinuität eigengearteten Fühlens und Denkens von der mythischen Frühe bis zur logischen Durchdringung der Gegenwart in lebensvollem geistigem Ringen zur Darstellung gebracht. —
Zugleich wird der erste Band des Gesamtwerkes das Erstlingsdrama

Kolbenheyers

„HEROISCHE LEIDENSCHAFTEN“

enthalten, das uns das kämpferische Schicksal Giordano Brunos in aufrüttelnder Weise nahebringt.

Subskriptionspreis des ersten Bandes: DM 9.—

L. C. WITTICH VERLAG · DARMSTADT

Anton Wopperer

Sozialreform und Selbsthilfe

Wegweiser zur Neuordnung der
gesellschaftlichen Verhältnisse

DM 1,80

Carl Schmitt

Nehmen - Teilen Weiden

Ein Versuch, die Grundlagen
jeder Sozial- und Wirtschafts-
ordnung vom Nomos her richtig
zu stellen.

DM 0,80

Unentbehrlich für jeden:

Grundlegende Informationen über

ATOMKRIEG

(Picht — Weinstein — Welty — Schmitt — Liddell Hart)

Der erste Versuch einer rechtlichen Verortung der Atomstrategie und des
Soldaten im Atomzeitalter

96 Seiten mit 11 Abb. im Kunstdruck

DM 3,90

VERLAG DES INSTITUTS · BAD GODESBERG · RÖMERSTRASSE 11